



universität
wien

MASTERARBEIT/MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit/Title of the Master's Thesis

„Antisemitismus im österreichischen ‚Ständestaat‘.

Eine diskursanalytische Untersuchung der

Reichspost von 1933 bis 1938“

verfasst von/submitted by

Maria Schuh, BA

angestrebter akademischer Grad/in partial fulfilment of the requirements
for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2021/Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt/
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 817

Studienrichtung lt. Studienblatt/
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Deutsche Philologie

Betreut von/Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Ernst

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
1.1 Fragestellung und Forschungsinteresse	2
1.2 Forschungsstand	4
2 Antisemitisches Phänomen - ein geschichtlicher Überblick	5
2.1 Begriffsgeschichte	5
2.2 Antisemitismus – seine Entwicklung bis ins 18. Jahrhundert	7
2.3 Juden und Antisemitismus in Wien bis zur 1. Republik	12
2.4 Klerikaler und politischer Antisemitismus	18
3 “Austrofaschismus”	22
3.1 Begriffsdefinition	22
3.2 Die Errichtung des “Ständestaats” und die austrofaschistische ‘Österreich’- Ideologie	23
3.3 Antisemitismus in der Christlichsozialen Partei	29
4 Die Situation der Presse im “Ständestaat”	35
5 Die Reichspost - ihre Anfänge bis 1938	37
6 Methodische Grundlagen	43
6.1 Die diskurshistorische Methode der Textanalyse	43
6.2 Methodisches Vorgehen	45
7 Die Hypothese	47
8 Untersuchte Textsorten	47
9 Diskursanalytische Untersuchung	49
9.1 Antisemitische Inhalte	49
9.2 Argumentationsstrategien	67
9.2.1 Rechtfertigungsdiskurse	67
9.2.2 Umgang mit Antisemitismus	76
9.2.3 Strategien zur Gruppendefinition	78
9.3 Strategien der sprachlichen Präsentation	85
10 Exemplarische Einzeltextanalyse	99

11 Zusammenfassung und Fazit	110
12 Literaturverzeichnis	114
13 Anhang	120
Untersuchte Zeitungstexte	120
Zeitungsausschnitte	122
Abstract	129

1 Einleitung

Der Hass auf Juden hielt sich durch die Jahrhunderte und hat auch in Österreich eine lange Tradition. Diese Judenfeindlichkeit besitzt unterschiedliche Formen. Es lässt sich nicht abstreiten, dass auch der österreichische Ständestaat ideologische Positionen ähnlich der Nationalsozialisten in Deutschland vertrat. Antiliberalismus, Antimarxismus, Antiparlamentarismus und Antisemitismus war Teil des allgemeinen Bewusstseins des Austrofaschismus und der Gesellschaft (vgl. Malina 1997: 125).

Wien war bekanntlich der Ort der politischen Sozialisation Hitlers und der Brutstätte des Nationalsozialismus und Ort antisemitischer Tendenzen bis über 1945 hinaus (vgl. Botz et al 2002: 9). Die Lehren des deutschnationalen Abgeordneten Georg von Schönerers gewannen schon 1887 an Bedeutung. Im ausgehenden 19. Jahrhundert griff u. a. der Bürgermeister Wiens, Karl Lueger, zum Antisemitismus als politisches Machtmittel (vgl. Vilsmeier 1987: 7). Obwohl der Antisemitismus während des austrofaschistischen Regimes nicht staatlich normiert war, von Dollfuß und Schuschnigg auch nicht offen als politisches Instrument eingesetzt wurde, "so war der noch aus der Monarchie tradierte, aus konfessionellen, wirtschaftlichen und auch rassistischen Komponenten geprägte österreichische Antisemitismus auch im Ständestaat wirksam." (Staudinger 2005: 44) Obwohl sich Österreich klar vom Nationalsozialismus Deutschlands distanzierte, spielte der politische Antisemitismus während der vergangenen 120 Jahre in der Geschichte Österreichs und insbesondere in Wien eine so bedeutende Rolle, dass seine Auswirkungen auch gesellschaftlich und kulturell als wirklich tiefgreifend und allgegenwärtig eingeschätzt wurden (vgl. Botz 2002: 15). Ausdruck dieses Widerspruchs war die Berichterstattung in der *Reichspost*, die als "Sprachrohr" der Christlichsozialen Partei galt und antisemitische Vorurteile und Klischees mit Hilfe verschiedener Realisierungsformen in der Berichterstattung verbreitete.

1.1 Fragestellung und Forschungsinteresse

Die vorliegende Arbeit soll mit Hilfe historisch-diskursanalytischer Mittel zur Aufdeckung und Rekonstruktion antisemitischer sprachlicher Verhältnisse in der *Reichspost* von 1933 bis 1938 beitragen. Mithilfe der diskurshistorischen Textanalyse nach Wodak u.a. soll untersucht werden, in welcher Form durch die Berichterstattung in der *Reichspost* Ausgrenzung von Juden und Antisemitismus geschürt wurde und wie diese Inhalte und Strategien umgesetzt wurden. Analysiert werden sollen die meinungsbetonte Berichterfassung, wie Leitartikel und Kommentare sowie die berichtenden Textsorten der *Reichspost* im Zeitraum von 1933, dem Beginn des “Ständestaats”, bis zum Einmarsch Hitlers 1938. Der Zeitraum 1933 bis 1938 wurde aus dem Grund gewählt, da sich ab 1933 ein politischer Wandel vollzog, als in Österreich das Parlament ausgeschaltet wurde und die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht ergriffen. Mit dem Einmarsch Hitlers 1938 fand der freie Staat Österreich ein Ende und es kam zu einer noch verschärfteren Judenpolitik.

Die Fragestellung soll lauten: Welche antisemitischen Argumentationsstrategien und Inhalte lassen sich in den Presstexten der *Reichspost* im Zeitraum von 1933 bis 1938 finden und wie werden diese antisemitischen Vorurteile realisiert und dargestellt?

Das Ziel soll sein, nach der Untersuchung über Ergebnisse zu verfügen, die das Ausmaß und die Form judenfeindlicher Vorurteile und antisemitische Inhalte in der Berichterstattung der *Reichspost* aufzeigen. Die Analyse soll veranschaulichen, wie sehr Judenfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs und im Alltagsdiskurs integriert war und wie selbstverständlich judenfeindliche Äußerungen vielfach in den Berichten zu finden sind (vgl. Wodak 2016: 13). Ich werde versuchen diese Äußerungen und Texte in der *Reichspost* im Kontext zu ordnen, zu beschreiben und zu interpretieren.

Die *Reichspost* wurde unter einer Vielzahl an österreichischen Presseorganen von mir ausgewählt, da ihr aufgrund der Funktion als durchaus repräsentatives Organ der Christlich-sozialen Partei und späteren Regierungszeitung und aufgrund der zahlreichen Reden führender christlicher Politiker und des Klerus’ sowie Bekanntgaben von wichtigen Verordnungen und verschiedener Leitartikel der

Vorstandsmitglieder der Christlichsozialen Partei ein hoher dokumentarischer Wert zukommt (vgl. Busshoff 1968: 8).

Für meine Arbeit erscheint es als sinnvoll zuerst einen Überblick über die historischen Ereignisse mit Hilfe der bisher erfolgten Forschung zu geben. Anschließend folgt ein Einblick in die Geschichte und Gründungszeit der *Reichspost*, um dessen ideologischen und historischen Hintergrund aufzurollen (vgl. Lang 2002: 6). Anschließend folgt die Analyse der Artikel der *Reichspost*. Es wird einen Überblick über antisemitische Inhalte und Argumentationsstrategien sowie sprachliche Realisierungsformen von Vorurteilen geben.

Die Analyse der Berichterstattung der *Reichspost* soll aufzeigen, dass die Christlichsoziale Politik und ihre Presse mehr oder weniger als Befürworter und Wegbereiter einer “passiven” Antisemitismusvariante, die vermeintlich zur österreichischen Judenvernichtung beigetragen hat, gilt. Es soll weiters Zweck dieser Arbeit sein, auch ein Bewusstsein dafür zu schaffen, Österreich nicht weiter als erstes Opfer des Nationalsozialismus zu betrachten, sondern darauf aufmerksam zu machen, wie das Regime und die Presse durchaus zu Ausgrenzung und zum Antisemitismus beigetragen haben (vgl. Nöbauer 2004: 6). Auch Nöbauer hält in ihrer Diplomarbeit an dieser Thematik fest. Sie spricht davon, dass der Umstand, dass Österreich sich zum Opfer deklariert, zur Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit beiträgt und so “folglich eine Nicht-Aufarbeitung derselben bewirkte.” (Nöbauer 2004: 6) Auch heute seien diese Defizite noch nicht behoben. Antisemitisches Bewusstsein in Österreich sei demnach schon lange vor 1918 eine anerkannte Strömung gewesen, “die durch willige Helfer konservativer Schichten und bestimmter Berufsgruppen den Status ‘legitim’ erreichte und so zum Hitlerstaat führte.” (Nöbauer 2004: 6)

Bucher (1986: 5) spricht in dem Zusammenhang von sprachlichen Weltbildern, die auch medial erschaffen werden können:

Der Hinweis, daß wir in einer Mediengesellschaft leben besagt auch, daß ein Großteil unseres Wissens über die Welt durch die Medien und damit in spezifischer Weise kommunikativ vermittelt ist. Mit der Analyse der Presseberichterstattung als einer Form öffentlicher Kommunikation wird deshalb auch ein Teil der Frage beantwortet, mit welchen sprachlichen Mitteln Weltbilder aufgebaut werden können.

Diese Annahme kann auch auf das Medium Presse im 20. Jahrhundert übertragen werden. Alles was durch Massenmedien verbreitet wird, ist zielorientiert (vgl.

Maletzke 1976: 1). Das Ziel soll sein, durch Medien Empfänger zu informieren, zu bilden oder zu belehren. Einfach ausgedrückt, Denkmuster, Meinungen und Wertvorstellungen sollen beeinflusst werden (vgl. Maletzke 1976: 1). Diese Absichten können selbstverständlich ins Leere gehen, oder eben nicht. Sie können dazu beitragen Weltbilder zu prägen und ideologisch-politische Einstellungen durch Massenmedien zu transportieren.

1.2 Forschungsstand

Der theoretische Teil meiner Arbeit stützt sich großteils auf bereits niedergeschriebene Erkenntnisse. Der geschichtliche Überblick, der sich vor allem mit den Anfängen von Antisemitismus bis ins 20. Jahrhundert in Europa befasst, wurde mit Hilfe der wichtigsten Werke von Emmerich Tálos, Peter Pulzer, Königseder Angelika, Gerhard Hartmann und Gerhard Botz zusammengefasst dargestellt (vgl. Bibliographie dieser Arbeit, S. 111). Zur Darstellung der Begriffsgeschichte dienten die Arbeiten von Rudolf DeCillia u.a. und Fischer Fabian.

Die Arbeiten von Heinrich Busshoff, Peter Huemer und Bruce Pauley boten die Grundlage, um einen Einblick in das Dollfuß-Regime und der „Österreich-Ideologie“ im Ständestaat zu geben. Einblicke, die für die darauffolgende Diskursanalyse und die Bedeutung der Kontextverortung der anschließenden Untersuchungen unerlässlich sind. Nina Scholz gibt in ihrem Werk einen wichtigen Einblick über das Phänomen des klerikalen Antisemitismus, der auch in meiner Arbeit einen wichtigen Themenschwerpunkt darstellt.

Um einen Einblick in die Anfänge der *Reichspost* und einen historischen Überblick über die Zeitung zu geben, wurden die Werke von Edlinger Gunter, Sigurd Paul Scheichl und Matthias Stadler herangezogen. Für die Analyse selbst wurden die Ausgaben der Reichspost im Untersuchungsraum vom 01. Januar 1933, bis zum März 1938 herangezogen. Die Zeitung wurde nach dem Einmarsch Hitlers eingestellt.

In Erwähnung der allgemeinen pressespezifischen Entwicklungen im Ständestaat, die für meine Arbeit relevant sind, habe ich vor allem die Werke von Gerhard

Jagschitz, Walter Köhle, Heinz-Helmut Lüger und Kurt Paupié näher betrachtet und in meine Arbeit miteinfließen lassen.

Im Bereich Diskurs und Textanalyse sind die Arbeiten von Titscher Stefan, Wodak Ruth, Jürgen Link, Ursula Link-Heer und Teun Van Dijk erwähnenswert. Die gesamte Diskursanalyse meiner Arbeit stützt sich auf die Methoden der Kritischen Wiener Diskursanalyse, deren Ansatz Wiener Prägung in den interdisziplinären Studien zur „Waldheim-Affäre“ in Österreich Mitte der 1980er Jahre seine Anfänge fand (vgl. Reisigl 2007: 1). Schwerpunkt der Untersuchung war der alltagspolitisch motivierte Antisemitismus und Nachkriegsantisemitismus dieser Zeit. Charakteristisch für die Methode ist vor allem ihre Interdisziplinarität, ihre Praxisbezogenheit, die historische Ausrichtung, ihr Methodenpluralismus sowie die Möglichkeit, den Forschungsgegenstand aus verschiedenen Perspektiven betrachten zu können (vgl. Reisigl 2007: 1). Das ist auch der Grund, weshalb ich mich bei meinen Untersuchungen für die Wiener Methode der Diskursanalyse entschieden habe.

Alle für die Arbeit verwendeten Quellen sind abschließend in der Bibliographie angeführt.

2 Antisemitisches Phänomen - ein geschichtlicher Überblick

2.1 Begriffsgeschichte

Der Ausdruck “Antisemitismus” wurde von dem deutschen Journalisten Wilhelm Marr, der als Erfinder des Begriffs gilt, erst um 1878 im Zuge der Antisemiten-Petition geprägt (vgl. Hodik-Malina 1982: 44). Er suchte nach einem Begriff, den er für seine antijüdische Hetze verwenden konnte (vgl. Fischer 2018: 90). Diese begriffliche Neubildung des 19. Jahrhunderts wurde bald zur Norm, wenn es um antijüdische Vorurteile ging (vgl. DeCillia-Wodak 1987: 96).

Marr definierte das Judentum nicht mehr nur als Religion, sondern verband es damit vor allem als Volk, Nation und Rasse. Er prägte vor allem auch antijüdische Klischees und Bilder, die bald zur Norm werden sollten (vgl. Fischer 2018: 90).

Antisemitismus steht für eine “emotionale, wirtschaftliche, rassische und politische antijüdische Einstellung, die ursprünglich gegen die bürgerliche Gleichstellung der Juden (Österreich-Ungarn 1867; Deutschland 1869) gerichtet war.” (Hodik-Malina

1982: 44) Auch wurde der Begriff für die Kritik an der modernen liberalen kapitalistischen Gesellschaft verwendet (vgl. DeCillia-Wodak 1987: 96).

Die Definition von Armin Pfahl-Traugher, die Fischer (2018: 91) zitiert, ist noch genauer:

[Antisemitismus ist] eine Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit in diffamierender und diskriminierender Weise negative Einstellungen unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen (Pfahl-Traugher 2002: 9, zit. nach Fischer 2018: 91).

Fischer (2018: 90) verweist auch auf Marrs Schrift “Goldene Ratten und rothe Mäuse”, die 1880 veröffentlicht wurde und in der das Judentum mit dem Kapitalismus und Kommunismus vorurteilhaft gleichgesetzt wird:

Von zwei Seiten wird also die Zerstörung der Gesellschaft betrieben: von Seiten der goldenen und rothen Internationale. Dort vom Standpunkt des krassesten Individualismus aus, hier vom mehr oder weniger bewussten kommunistischen Standpunkt. Das Judentum hat die Führerschaft der goldenen Internationale übernommen [...]. Die ‚liberale‘ Gesetzgebung hat uns dem Kapitalismus gegenüber nahezu wehrlos gemacht [...]. Ein Volk von geborenen Kaufleuten unter uns, die Juden, hat eine Aristokratie, die des Geldes, geschaffen, welche alles zermalmt von oben her, aber zugleich auch eine kaufmännische Pöbelherrschaft, welche durch Schacher und Wucher von unten herauf die Gesellschaft zerfrisst und zersetzt (Marr, zit. nach Fischer 2018: 90).

Diese antisemitischen Verschwörungstheorien, die Marr in seiner Schrift verbreitete, prägten mitunter die “Judenfrage” und auch Adolf Hitler bezog sich in “Mein Kampf” darauf (vgl. Fischer 2018: 90).

Begriffe wie “Semiten”, “semitische Sprache” und “Semitismus” fanden im 18. Jahrhundert auch stark in der Völkerkunde Zustimmung (vgl. DeCillia-Wodak 1987: 95). Das Wesen des “semitischen Geistes” und sein Charakter wurden vor allem in der Rassentheorie erforscht.

Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Begriffe gleichzeitig Pauschalbegriffe für negative Aspekte in der Moderne (vgl. De Cillia-Wodak 1987: 96).

Fischer (2018: 90) verweist darauf, dass der Begriff “Antisemitismus” ungenau ist, da er nicht alle Semiten meint, sondern nur Juden gemeint sind. Um 1879 vereinte sich der wissenschaftliche Begriff “Semit” mit dem Begriff “Jude”. Der Begriff “Semit” wurde demnach zum “quasi-wissenschaftlichen Synonym für ‘Jude’.” (De Cillia-Wodak 1987: 96)

Hartmann (2007: 76) unterscheidet zwischen “Antijudaismus” und “Antisemitismus”, auch wenn es in der Praxis fließende Übergänge gegeben hat und gibt.

Antijudaismus bedeutet vorzugsweise judenfeindliche Einstellungen im Christentum, also das, was man gemeinhin auch, aber unscharf, mit religiösem Antisemitismus bezeichnet.

Antisemitismus hingegen ist die Bezeichnung für grundsätzlich ablehnende bzw. ausgrenzende Gesinnung und Haltung gegenüber Juden (Hartmann 2007: 76).

Die Begriffe “Jude” und “Judentum” verloren im Laufe des 19. Jahrhunderts ihre religiöse Bedeutung und nahmen säkularen Charakter an (vgl. De Cillia-Wodak 1987: 95). Dass dieser säkularisierte Begriff für “Jude” traditionsgemäß schnell in der abendländischen Kultur fußte und negative Wertungen enthielt, ist bekannt. Charakteristisch für eine antisemitische Denkweise ist die Tatsache, dass eine Feindschaft gegenüber Juden besteht, weil sie Juden sind (vgl. Fischer 2018: 92). Die Judenfeindschaft hat sich über die Jahrhunderte außerdem zu einer antimodernistischen Weltanschauung weiterentwickelt (vgl. Fischer 2018: 92). Die nächsten Kapitel sollen diese Aspekte geschichtlich beleuchten und einen Überblick über die historische Kontinuität des Antisemitismus durch die Jahrhunderte aufzuzeigen.

2.2 Antisemitismus – seine Entwicklung bis ins 18. Jahrhundert

Dieser kurze Einblick in die Geschichte der Juden in Europa soll keine Erklärung darstellen, wie Antisemitismus entstanden ist oder eine Rechtfertigung für eine Feindschaft gegen Juden darstellen, sondern einen Überblick über die Geschichte der Juden mit Schwerpunkt in Europa und Österreich geben. Wie formte sich aus den sozialgeschichtlichen Entwicklungen dieses negative “Bild” des Juden heraus? (vgl. Weiss 1981: 6)

Vorurteile gegen Juden gibt es Pulzer Peter (2002: 129) zu Folge seit mehr als zweitausend Jahren. Diese Judenfeindschaft kam regelmäßig, nicht unbedingt kontinuierlich, in der Antike und im Mittelalter zum Vorschein. 722 und 586 v. Chr. kommt es erstmals zu Deportationen der Juden aus Palästina (vgl. Straus 1964: 16). Das Land diente als Durchzugsgebiet und war ein begehrter Handelsweg. Durch

die Deportationen wurde die Existenzform des Volkes aufgelöst. Um 500 v. Chr. kam es abermals zu einer Besiedlung des Landes durch die Juden. Durch die Zerstörung des 2. Tempels durch die Römer war auch diese Besiedlung nur vorübergehend und die Zerstörung zerstreute die Juden über den ganzen Planeten (vgl. Straus 1964: 17).

Die Ursache des Hasses gegen das Volk der Juden soll in der Besonderheit der jüdischen Geschichte liegen (vgl. Pulzer 2002: 129). Nachdem der 2. Tempel zerstört war, stand das Volk der Juden ohne Heimat da, nur ihre Religion diente noch als Bindeglied und hielt das Volk zusammen (vgl. Pulzer 2002: 129). Sie bildeten seit dieser Zerstreuung überall eine Minderheit, die an ihrer Lebensweise und an ihrem Glauben festhielt, der in einer noch heidnischen Umwelt monotheistisch war. Pulzer (2002: 129) spricht davon, dass die untergeordnete Stellung, die die Juden einnahmen, nicht ihre national-religiöse Existenz bedrohen konnte. Dieses Verhältnis soll im Gegenteil sogar eine Voraussetzung für ihren Fortbestand gebildet haben.

Viele Juden ließen sich im islamischen Osten nieder. Diese widmeten sich hauptsächlich dem Handel vor allem mit dem christlichen Westen. Weiters standen ihnen Berufe wie Handwerker, Hausierer oder Krämer zur Verfügung und sie führten eher eine ärmliche Existenz (vgl. Straus 1964: 19).

Im Gebiet des Mittelmeerraums waren Fremde und Juden anfangs willkommen, bis die Christianisierung des Römerreiches um 312 n. Chr. auch hier zu Veränderungen führte. Während die Juden im Römischen Reich noch als Römer anerkannt wurden, wurden sie später als Feinde des Christentums angesehen. Es kam zu Verboten gegen wirtschaftliche und soziale Aufstiegsmöglichkeiten, zum Verbot des Grunderwerbs sowie des Zugangs zu öffentlichen Ämtern (vgl. Straus 1964: 19).

Mit dem Vordringen der Araber bis nach Spanien veränderte sich jedoch die schlechte Lage der Juden. Die mohammedanischen Sultane, die das Christentum bekriegten, brauchten die Juden für die Erschließung der Handelswege und diese erlangten wieder Einfluss (vgl. Straus 1964: 21). Die ersten Siedlungen entstehen dadurch in Mitteleuropa. Die Juden betätigen sich als Kaufleute und waren für die ansässige Bevölkerung von Nutzen, da sie ungewohnte Ware ins Land brachten (vgl. Straus 1964: 25).

Permanenter Bestandteil der Beziehung von Christen und Juden war jedoch eine Stereotypisierung und Verfremdung der Juden. Diese beruhte auf der christlich-

dogmatischen Ablehnung des jüdischen Anspruchs auf eine sogenannte nachbiblische Existenz, die im Schrifttum der Kirchenväter und der Gesetzgebung des späten Römischen Reichs sowie seiner Nachfolgestaaten nachzulesen ist (vgl. Pulzer 2002: 129). Behauptet wird auch, die Juden seien schuld am Tod Christi (vgl. Staudinger 2002: 262-263).

Verdrängt wird dabei, dass religionsgeschichtlich das Christentum als eine der Richtungen aus der jüdischen Religion entstand, dass die Ausweitung des Christentums in die "heidnische" Welt, die sukzessive Loslösung des Christentums von der jüdischen Religion sich in heftigen Auseinandersetzungen vollzog (Staudinger 2002: 263).

Die Christen sollen gemeinsame positive Traditionen beider Religionen allein für sich usurpiert haben. Demnach wurden die biblischen Texte vom Segen und der Gnade auf die Christen bezogen, jene von Gericht und Strafe auf die Juden (vgl. Staudinger 2002: 263). Zu dieser Diskriminierung kamen weitere verschiedenen Vorurteile. Diese wurden von der Kirche manchmal verpönt, meistens aber geduldet und ermutigt. Beschuldigungen wie Ritualmord, Hostienschändung oder Brunnenvergiftung wurden den Juden angelastet. Diese trugen zum allgemeinen Bild des "unzuverlässigen" und "unehrlichen" Juden bei (vgl. Pulzer 2002: 129). Je direkter die Kirche in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingriff, umso tiefgreifender wirkte dieses Feindbild (vgl. Staudinger 2002: 263).

Gegen Mitte des 13. Jahrhunderts erfolgte eine stärkere jüdische Zuwanderung im Gebiet des heutigen Österreichs (vgl. Lohrmann 2002: 35). Daraufhin wurden die jüdischen Gemeinden Wien, Wiener Neustadt und Krems gegründet. Herzog Friedrich II. setzte ein Privileg für die Juden in Österreich um 1244 fest. Die Urkunde von 1244 legte die Rahmenbedingungen für das Pfandgeschäft fest und gewährte einzelnen Juden und den Gemeinden Schutz vor persönlichen und wirtschaftlich motivierten Übergriffen. Die Juden standen in einem engen Verhältnis zum Landesfürsten und arbeiteten mit dem Adel zusammen (vgl. Lohrmann 2002: 35). Außerdem begünstigte dieses Privileg die Zuwanderung jüdischer Bevölkerung nach Österreich. Trotz der wachsenden Bedeutung der jüdischen Gemeinden in Österreich wurde die Lage der Juden aus religiösen und damit verbundenen wirtschaftlichen Gründen schwieriger (vgl. Lohrmann 2002: 36).

Einen Höhepunkt unter jenen Katastrophen bildete die sogenannte Wiener "Geserah" von 1420/21. Lohrmann (2002: 36) gibt an, dass die Reformkrise der

Kirche dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben soll. In Wien soll bei der Vertreibung auch die "Enttäuschung der Fiskalbehörden über das steuerliche Unvermögen der verarmten Juden" (Straus 1964: 65) eine Rolle gespielt haben. Es gab auch Gerüchte über eine Zusammenarbeit von Hussiten und Juden. Daraufhin wurden die Juden aus Ober- und Niederösterreich vertrieben. Über 1000 Juden wurden ermordet oder in den Selbstmord getrieben. Auch in den steirischen und in den Kärntner Ständen mussten die Juden das Gebiet verlassen. Die vertriebenen Juden wurden daraufhin aber im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet angesiedelt (vgl. Lohrmann 2002: 36).

Ein Vorurteil über Juden ergab sich im Spätmittelalter aufgrund von Kreditgeschäften. Diese lagen im Spätmittelalter in vielen Teilen Europas in den Händen der Juden (vgl. Straus 1964: 69). Die Juden wurden vielerorts aufgrund von Gesetzen an der Ausübung anderer Berufszweige gehindert, was zur Folge hatte, dass sie lange Zeit das Gewerbe der Kreditgeschäfte ausüben mussten. Dies ließ die Vorstellung entstehen, dass Juden mit diesem Geschäft verbunden waren. In der Literatur und Dichtung wurde von der "Shylock-Gestalt" oder den "Shylock-Typus" gesprochen (vgl. Straus 1964: 69). Es besagt, dass Geldhandel Teil des jüdischen Wesens sei. Dargestellt wurde der Jude im "Shylock-Typus" oftmals als hartherziger Gläubiger und erschien zum ersten Mal im späten 14. Jahrhundert in einer Novellensammlung (vgl. Straus 1964: 69). Diese Legende vom "Judenwucher" (Straus 1964: 69) hielt sich bis in die Neuzeit und etablierte den Begriff als eine Tatsache (vgl. Straus 1964: 70). Der "Judenwucher" bleibt aber eine Legende aus dem Mittelalter.

Um 1526 unter Ferdinand I., der König von Böhmen und des westlichen Ungarns war, begannen die Juden sich vermehrt in Richtung Böhmen bzw. in Prag anzusiedeln (vgl. Lohrmann 2002: 37). Erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts kam es zu stärkeren Ansiedlungen jüdischer Bevölkerung in Wien. 1625 kam es hier unter Kaiser Ferdinand II. zur Gründung der Judenstadt und einer jüdischen Gemeinde. Lohrmann (2002: 38) erkennt die Ursachen für den erneuten Aufstieg in den Türkenkriegen und danach im Finanzbedarf der Habsburger für den Dreißigjährigen Krieg.

Im Jahre 1648 nach dem Ende des Krieges dachte der Kaiser jedoch schon wieder über eine Ausweisung der Juden nach, da das Interesse an ihnen wieder nachließ. In Böhmen und Mähren waren Christen und Juden jedoch auf den

Grundherrschaften und im städtischen Gewerbe so aufeinander angewiesen, dass eine Ausweisung schlimme ökonomische Folgen gehabt hätte. Die Vertreibung wurde jedoch im Jahre 1670 unter Bischof Kollonitsch beschlossen und auch durchgeführt (vgl. Lohrmann 2002: 38).

Schmähung des christlichen Glaubens oder Zusammenarbeit mit dem Feind, entsprachen den Standardvorwürfen gegen die Juden in dieser Zeit. Leopold I. soll jedoch bald darauf Verbindungen zum bedeutendsten Heeres- und Hoflieferanten im Reich, Samuel Oppenheimer, der unter Christen und Juden ein hohes Ansehen genoss, gesucht haben. Die Familien Oppenheimer und Wertheimer gewährten umfassende Privilegien und wurden zum Kern der um 1700 entstandenen „Judenschaft“ (vgl. Lohrmann 2002: 38). Ab 1730 kam es wiederum zu zahlreichen Bankrotten unter den Wiener Hofjuden (vgl. Lohrmann 2002: 39 – 40). Um die Jahrhundertwende spricht Lohrmann (2002: 40) von einer regelrechten Verarmung der einst leistungsfähigen Familien.

Um die Zeit von 1753 – 1764 fallen unter Maria Theresia die sogenannten Judenordnungen, die Juden auf Schritt und Tritt überwachen sollten und andererseits einen Versuch darstellten, Juden strukturell näher an die Wirtschaft zu binden. Schließlich etablierte Kaiser Josef II. um 1780 eine Toleranzpolitik (vgl. Lohrmann 2002: 40). Am 13. Mai 1781 erlies der Kaiser Verfügungen, die die Lage der Juden im Bereich der Bildung und vielen weiteren Bereichen erleichtern sollte (vgl. Hodik-Malina 1982: 2). Es wurden notwendige neue Schwerpunkte gesetzt, vor allem gegen die drückenden Rahmenbedingungen jüdischen Lebens und das überwuchernde Abgabewesen (vgl. Lohrmann 2002: 40). Die josefinische Toleranzpolitik erzielte einen großen Erfolg unter den Juden. Zwar wurden die Juden nicht zu gleichberechtigten Staatsbürgern, sie erhielten aber einige Privilegien (vgl. Hodik-Malina 1982: 2). Dies war auf eine geschickte Propaganda und auf geistige Veränderungen in der jüdischen Gesellschaft zurückzuführen.

Die Juden lösten sich während des 18. Jahrhunderts in unterschiedlicher Intensität von ihren Traditionen und passten sich an ihre christliche Umgebung an (vgl. Lohrmann 2002: 40). Die Toleranzpolitik zog Anordnungen nach sich, die den Juden das Leben erleichtern sollte. Die Juden wurden jedoch auch teils in staatsbürgerliche Mühen eines zentralistisch verwalteten Staates hineingedrängt. Der Kaiser hob auch die zahlenmäßige Beschränkung der Juden nicht auf (vgl. Lohrmann 2002: 40).

Erst im Jahre 1867 gewährte der Kaiser durch das Staatsgrundgesetz den Juden volle “Glaubens- und Gewissensfreiheit” (Hodik-Malina 1982: 2) sowie bürgerliche und politische Rechte. Die volle bürgerliche Gleichberechtigung der Juden war hergestellt.

2.3 Juden und Antisemitismus in Wien bis zur 1. Republik

Erste Konfrontationen zwischen der Stadt Wien und ihren jüdischen Einwohnern weist man auf die Zeit des europäischen Feudalismus zurück (vgl. Oxaal 2002: 51). Die Juden, als religiös-ethnische Minderheit, waren von der Landwirtschaft ausgeschlossen und mit der Aufgabe betraut, wirtschaftliche Funktionen zu erfüllen, die den Christen aus theologischen Gründen verboten waren. Es handelte sich um Funktionen, die für die Abwicklung des Handels oder das Überleben eines bestimmten Herrschers notwendig waren (vgl. Oxaal 2002: 51).

Dieses System strotzte von Instabilität und persönlichen sowie kollektiven Gefahren, denen die Juden so immer wieder ausgesetzt waren und durchzog die Geschichte vieler Teile Mitteleuropas und auch die von Wien. Eine Ausweitung von Handel und Geldwirtschaft im späteren Mittelalter zog eine Ansiedlung jüdischer Händler und kleiner jüdischer Gemeinschaften in den Städten und Ortschaften der späteren österreichischen Kronländer mit sich (vgl. Oxaal 2002: 51).

Wie wir schon gehört haben, wurden die Juden ab der Mitte des 19. Jahrhunderts im Deutschen Bund, darunter u.a. Preußen und Österreich, bürgerlich voll gleichberechtigt (vgl. Hartmann 2007: 78). Nach der Revolution von 1848 vollzog sich auch der Aufstieg der habsburgischen Juden zur fast vollen bürgerlichen Gleichberechtigung (vgl. Oxaal 2002: 51). Sie brachte den Juden in den Sechzigern des 19. Jahrhundert auch in Wien die formalrechtliche Gleichstellung mit den Christen. Ein entscheidendes Recht war u.a. die freie Ansiedlung in allen Gebieten der Habsburger Monarchie (vgl. Lohmann 2002: 43 – 44). Im Jahre 1867 galten für die Juden auch die Staatsgrundgesetze, die wesentliche staatsbürgerliche Grundrechte kodifizierten (vgl. Lohmann 2002: 44). Das half ihnen zum Aufstieg vor allem in Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst (vgl. Hartmann 2007: 78).

Die Gleichberechtigung der Juden führte auch zu demographischen Veränderungen (vgl. Hartmann 2007: 78). In der schnell wachsenden Großstadt etablierte sich unter

den stetig zuströmenden Immigranten in der Folge eine lokale Konzentration von Juden (vgl. Oxaal 2002: 52). Da es keine Migrationsbeschränkungen mehr gab, setzte vor allem eine Zuwanderung von Juden nach Wien und in andere österreichisch-ungarische Zentren, wie Prag oder Budapest, ein (vgl. Hartmann 2007: 78).

Es verstärkte sich unter den Juden zunehmend ein Gefühl von ethnischer Gemeinschaft (vgl. Oxaal 2002: 52). Dieses enge Zusammenleben der Juden erleichterte ihnen religiöse, soziale und wirtschaftliche Aktivitäten und Verbindungen. Die Ghettoisierung der Juden hatte mit der Vertreibung der Wiener Juden unter Kaiser Leopold I. 1670 ein Ende gefunden und es kam auch in späterer Zeit zu keiner Ghettobildung oder auch zu keinen Ansiedlungsvorschriften mehr (vgl. Oxaal 2002: 53).

Im frühen 19. Jahrhundert kam es zu einer zahlenmäßigen Ausdehnung der Juden und dies führte zu einer weiten Zerstreuung derjenigen. Die Juden lebten weitestgehend wieder in der Leopoldstadt, jedoch nicht in ghettoartigen Siedlungsformen. Oxaal (2002: 53) kommt zu dem Schluss, dass die Mehrheit der Juden in Wohnhäusern lebte, die auch von Christen bewohnt wurden. Dies deutet wohl auf Armut als auch auf eine verzweifelte Wohnungsnot hin, die in der Stadt herrschte. Auch arbeiteten Juden und Christen oft eng an einem Arbeitsplatz zusammen (vgl. Oxaal 2002: 53). Durch den Arbeitsplatz und die Lebensbedingungen konnten enge Gruppenbeziehungen zwischen Juden und Christen entstehen und dies brachte auch einen Abbau von Gruppengrenzen mit sich (vgl. Oxaal 2002: 53).

1857 betrug der Anteil der Juden in Wien nur 1,3 Prozent (vgl. Hartmann 2007: 79). 1869, nach der Gleichstellung, waren es bereits 6,1 Prozent und in den letzten Jahren vor dem 1. Weltkrieg stieg die Zahl auf 8,7 Prozent. Der jüdische Anteil in Berlin erhöhte sich vergleichsweise vor dem Ersten Weltkrieg nur auf etwa 4 Prozent (vgl. Hartmann 2007: 78). Überproportional mit der Zunahme der jüdischen Bevölkerung Wiens stieg auch die Zahl der jüdischen Studenten. 1880 waren 38,6 Prozent der Hörer der Medizinischen und 23,3 Prozent der Juridischen Fakultät in Wien Juden (vgl. Hartmann 2007: 78). Statistisch führte dies dazu, dass bis zum Ersten Weltkrieg rund ein Drittel der Gesamthörerzahl der Universität Wien jüdisch war. Hartmann (2007: 79) merkt an, dass die "jüdische Frage" und

der damit verbundene Antijudaismus und Antisemitismus in Wien daher einen ganz anderen Stellenwert bekommen musste.

Eine “Anschuldigung” gegen Juden war auch ihre Überrepräsentation in den freien Berufen, im Bankwesen, im Handel, ect. (vgl. Oxaal 2002: 60). Im Zuge der Industrialisierung entstanden ab dieser Zeit eine Vielzahl neuer Berufsgruppen, wie zum Beispiel im Bereich des Handels, der Industrie und des Dienstleistungssektors. Diese waren auch für die Juden offen (vgl. Hartmann 2007: 78). Dadurch entwickelten sich die Juden zu Vorreitern der Verbürgerlichung,

sowie einer modernen, aus den Vorgaben der Religion herausgelösten, überwiegend auf (Markt-) Wirtschaft zentrierten Gesellschaft und zogen damit, man möchte fast sagen unvermeidlich, die Ressentiments all derjenigen auf sich, die entweder einem langsameren Rhythmus des Wandels folgten oder ihn überhaupt ablehnten (Hartmann 2007: 78).

Die Juden wurden damit u.a. wegen unsozialen Verhaltens kritisiert. Vor allem die Schicht der Modernisierungsverlierer übte starke Kritik aus. Die Folge war, dass die Juden zu einem Synonym für das Böse bzw. für die als Bedrohung empfundene Moderne wurden. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam es zu einem “antisemitischen Grundkonsens”, “dessen Worte die Nationalsozialisten nur mehr in die Taten umsetzen brauchten.” (Hartmann 2007: 78)

Um 1893 entwickelten Marxisten und Wiens Sozialdemokraten auch die Theorie, dass die Verwendung des Antisemitismus als politisches Instrument zur Gewinnung von Wählerstimmen und Parteianhängern nur als Nebenprodukt der “Modernisierung” oder des gesellschaftlichen Umbruchs durch den liberalen Kapitalismus entstanden war (vgl. Botz et al. 2002: 15).

Durch das Vordringen von Großindustrie und durch die Durchsetzung der freien, bzw. in Wien ständisch kontrollierten Marktwirtschaft entstanden die Voraussetzungen für einen modernen Antisemitismus (vgl. Botz 2002: 15).

Diese marxistische Interpretation beschrieb den politischen Antisemitismus als eine Form von “falschem Klassenbewusstsein”, das sich de facto die traditionellen, vormodernen Stereotype vom rücksichtslosen jüdischen Geldverleiher und Finanzjuden zunutze machte, um die gesamte Verantwortung für die Übel des Kapitalismus den Juden als “Sündenböcken” zuzuschreiben (Bolz 2002: 15).

Ende der Siebziger, Anfang der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts begann der politisch sowie wirtschaftlich-sozial motivierte und in Folge als solcher benützte Antisemitismus (vgl. Hartmann 2007: 79). Die erste Gründerzeitphase wurde vom

Börsenkrach 1873 in Berlin und Wien zum Stilstand gebracht. Das Ende der liberalen Ära, im Sinne des Jahres 1848, wurde sowohl in Deutschland als auch in Österreich eingeleitet. Die mit diesem Börsenkrach verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Einbußen wurden den Juden in die Schuhe geschoben. Das Jahr 1873 wird sowohl in Deutschland als auch in Österreich als der Beginn der eigentlichen antisemitischen Phase angesehen (vgl. Hartmann 2007: 79).

Weitgehend entstand auch die Meinung, dass die Juden eine von den Deutschen gesonderte eigene Nation seien (vgl. Hartmann 2007: 80). Die Juden, die jedoch seit jeher in den deutschsprachigen Gebieten wohnten, fühlten sich nationsgemäß als Deutsche. Sie wollten sich auch größtenteils assimilieren. Der verstärkte Deutschnationalismus sah in den Juden jedoch nicht nur eine Religionsgemeinschaft, sondern auch ein eigenes Volk. Der Rassenantisemitismus entstand (vgl. Hartmann 2007: 80).

In der Habsburger-Monarchie lebten um die Jahrhundertwende ungefähr 2.760.000 Juden (vgl. Spira 1981: 71). In der ungarischen Reichshälfte betrug die Zahl 851.000 Juden. Von den 1.900.000 Juden, die im österreichischen Teil der Monarchie angesiedelt waren, lebten ungefähr 800.000 in Galizien (vgl. Spira 1981: 71). Es gab innerhalb der Monarchie große ökonomische, soziale und kulturelle Unterschiede. Natürlich galt das auch für die dort lebenden Juden (vgl. Spira 1981: 71). Die Juden in Wien, Prag und Budapest waren assimiliert, die Juden in Galizien lebten jedoch in Gettos und unter schlechten ökonomischen Bedingungen.

1910 lebten laut einer Volkszählung ungefähr 175.000 Juden in Wien (vgl. Spira 1981: 71). Davon wurden etwa 40.000 in Galizien geboren. Auf die sogenannten "Ostjuden" übte Wien eine große Anziehungskraft aus. Viele in Wien angesiedelten Juden lebten auf verschiedenen Stufen der Assimilation (vgl. Spira 1981: 71). Die Juden, die aus dem Osten kamen, waren klar als solche zu erkennen.

Hitler lebte vom Dezember 1909 an selbst in einem Männerheim in der Meldemannstraße nördlich des Donaukanals. Er wusste, dass der Bezirk Brigittenau die verarmten Juden aus Galizien beherbergte (vgl. Oxaal 2002: 54). Die Mehrheit der Wiener Juden waren jedoch kulturell angepasst, verwestlicht und konnten so nicht klar als "Juden" abgegrenzt werden (vgl. Oxaal 2002: 54). Diese wollten mit den "Ostjuden" natürlich nicht in Verbindung gebracht oder mit ihnen verwechselt werden (vgl. Vilsmeier 1987: 30). Die schon länger etablierten, in Wien geborenen Juden, lebten im Gegensatz zu den Galizischen viel eher in elitären Gegenden wie

dem 19. Bezirk, dem Villenviertel Döbling, oder auch in der Innenstadt selbst (vgl. Oxaal 2002: 56). Juden aller Herkunftsländer und sozialen Klassen lebten weiterhin vor allem in der Leopoldstadt, die ihren Charakter als Auffanggebiet und jüdischer Stammbezirk bewahrt hatte (vgl. Oxaal 2002: 58).

Nach Ausbruch des 1. Weltkriegs kamen 1914 die ersten Flüchtlingstransporte mit Juden aus Galizien nach Wien (vgl. Spira 1981: 72). Im August 1915 betrug die Zahl der jüdischen Flüchtlinge bereits 125.000 (vgl. Spira 1981: 73). Viele Flüchtlinge kehrten jedoch nach Hause zurück, nachdem die russischen Truppen zurückgedrängt wurden. Im April 1918 befanden sich in Wien noch 34.233 jüdische Flüchtlinge aus dem Osten (vgl. Spira 1981: 73). Zu Kriegsende waren es von den ursprünglich 125.000 jedoch nur mehr 25.000 Flüchtlinge, die in Wien lebten. Trotz dieser verhältnismäßig niedrigen Zahl an ostjüdischen Flüchtlingen, die während und nach dem Krieg in Wien geblieben waren, „wurden diese zu einem Brennpunkt der politischen Agitation in den ersten Nachkriegsjahren und zu einem Hauptthema in der Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie.“ (Spira 1981: 73)

Die Hetze gegen jüdische Kriegsflüchtlinge übertrug sich rasch auf die gesamte österreichische Judenschaft (vgl. Vilsmeier 1987: 30). Die Situation wurde von den Antisemiten ausgenutzt und brachte ihnen ein billiges Angriffsobjekt (vgl. Vilsmeier 1987: 29). Die konfusen „pseudosozialen“ Beobachtungen der Antisemiten vernebelten die tatsächliche Situation, um die diffusen Ängste ausnutzen zu können (vgl. Oxaal 2002: 54). Die Frage, was oder wer ein Jude sei, scheiterte an der fehlenden sicheren Identifikationsmöglichkeit, bemerken Enderle-Burcel und Reiter-Zatloukal (2018: 19). Folglich wurde ein „entpersonalisiertes Feindbild ‘der Jude’“ (Enderle/Reiter 2018: 19) geschaffen. Dieses Feindbild stellte „eine verhältnismäßige kleine Zahl von Juden mit einschlägigem Vokabular prototypisch aufgebläht“ (Enderle/Reiter 2018: 19) dar.

Die Missstände des Krieges wurden den „Ostjuden“ in die Schuhe geschoben (vgl. Vilsmeier 1987: 29). Sie wurden beschuldigt die Wohnungsnot in Wien zu verursachen, waren an der Lebensmittelknappheit schuld und wurden beschuldigt sich vom Heeresdienst zu drücken und mit Schleich- und Kettenhandel ihr Geld zu verdienen (vgl. Vilsmeier 1987: 29).

Die Hetze gegen die „Ostjuden“ nahm immer schlimmere Formen an. Die Niederlage im Jahre 1918 war der ideale Nährboden für das Wiederaufleben

antijüdischer Vorurteile (vgl. Königseder 2005: 54). Juden dienten als Sündenbock für die schrecklichen Folgen des Krieges, die beträchtlichen Gebietsabtrennungen, die wirtschaftlichen Nöte und die tiefe nationale Demütigung Österreichs (vgl. Königseder 2005: 54).

In den Monaten vor der Wahl zur Nationalversammlung im Februar 1919 steigerte sich die christlichsoziale Hetze (vgl. Vilsmeier 1987: 31). Starken Einfluss übte der Christlichsoziale Abgeordnete und spätere Bundeskanzler Ignaz Seipel aus. Er sah die Juden als "zersetzendes Element, die überall eindringen und sich den verschiedensten Lebensverhältnissen anpassen können, da sie einmal keinen eigenen Nationalstaat und zum anderen kein geschlossenes Siedlungsgebiet in Deutsch-Österreich besaßen." (Vilsmeier 1987: 32). Der Wahlkampf 1919 wurde mit scharfen antijüdischen Programmen, Reden und Flugschriften geführt.

Ab 1921 wurde die antisemitische Propaganda vor allem von den österreichischen Nationalsozialisten getragen. Die Inflation erreichte zu dieser Zeit ihren Höhepunkt und die Nationalsozialisten richteten ihre Angriffe vor allem gegen das kapitalistische System. Judentum und Kapitalismus wurden als Synonyme gebraucht, da diese demnach schuld an der herrschenden Krise seien (vgl. Vilsmeier 1987: 33). Ab 1930 nahm der Antisemitismus terroristische Formen an. Es kam immer wieder zu Schlägereien und Protesten, die in der Regel von Nationalsozialisten angestoßen wurden (vgl. Vilsmeier 1987: 37). 1932 gelang den Nationalsozialisten ein erster Aufstieg bei den Landtagswahlen in Wien.

Die Initiatoren des modernen Antisemitismus gehörten meist einer säkularen Welt mit einer partizipatorischen politischen Kultur an (vgl. Pulzer 2002: 132). Zu nennen sind hier z.B. Karl Lueger, Wilhelm Marr oder Georg von Schönerer. Die Schichten, die in sämtlichen europäischen Ländern für den Antisemitismus am anfälligsten waren, sollen am stärksten in einer traditionsgeformten Geisteswelt, in der eine religiös gefärbte, von einem statischen Gesellschaftsbild geprägte Denkweise, das Bild dieser äußeren Welt beeinflusst haben (vgl. Pulzer 2002: 132).

Pulzer fasst die wesentlichen Merkmale der österreichischen Antisemitismusvariante folgendermaßen zusammen:

Zu den wesentlichen Merkmalen der österreichischen Variante zählt erstens, dass sie sich, im Vergleich beispielsweise mit Frankreich und Deutschland, spät entwickelte; zweitens, dass sie, zumindest partei- und wahlpolitisch gesehen, vor dem Ersten Weltkrieg einen größeren Erfolg erzielte als in irgendeinem anderen europäischen Staat; drittens, dass ihr Charakter von Anfang an überwiegend christlich-konservativ war, obwohl die historisch

interessantesten Manifestationen, das Alld Deutschum Schönerers, nicht in diese Kategorie passen. (Pulzer 2002: 132).

Hitler wurde am 30. Jänner 1933 deutscher Reichskanzler (vgl. Spira 1981: 87). Danach bekam der Antisemitismus auch in Österreich eine andere, vor allem politische Bedeutung. Die Unabhängigkeit Österreichs sollte unbedingt erhalten bleiben. Der Antisemitismus musste also sowohl von den Christlichsozialen als auch von den Sozialdemokraten bekämpft werden, damit beide politischen Gruppierungen bestehen bleiben konnten (vgl. Spira 1981: 87). Nach 1933 wurde der politische Antisemitismus jedoch bereits wieder aggressiver.

2.4 Klerikaler und politischer Antisemitismus

Für Engelbert Dollfuß und Kurt von Schuschnigg stellten die Grundsätze der katholischen Kirche eine Grundlage ihres politischen Handelns dar. Umgekehrt unterstützte die Kirche wiederum die Politik der Christlichsozialen Partei und das Regime. Durch diese beidseitige Unterstützung fand jedoch die lange Tradition der kirchlichen Judenfeindschaft Eingang in die Politik. Weil Österreich ein durch und durch katholisch geprägtes Land war, wurde der Antisemitismus durch eine als moralisch angesehene Instanz konfessionell legitimiert (vgl. Königseder 2005: 57). Vor Pauschalisierungen warnt Königseder (2005: 57) jedoch, da die Position der Kirche gegenüber den Juden ein breites Spektrum aufwies. Der "christliche" Antisemitismus unterschied sich auch von dem des "Völkischen" (vgl. Busshoff 1968: 256). Doch dazu später mehr.

Nach 1934 häuften sich antisemitische Artikel in den Pfarrblättern. Pfarrer und Kapläne verbreiteten diese, standen durch Predigten im direkten Kontakt zur katholischen Bevölkerung, unterrichteten Religion an Schulen oder wirkten bei Veranstaltungen in der Pfarre mit. Vor allem zur Osterzeit erschienen verstärkt antisemitische Beiträge (vgl. Königseder 2005: 59).

Sie wirkten auf jeden Fall meinungsbildend auf die Bevölkerung (vgl. Scholz 2002: 283). Wie die Autorin bemerkt, waren der politische Katholizismus, die katholische Soziallehre und "ein populistisch von der Kanzel vorgetragener Antisemitismus" (Scholz 2002: 284) dem Klerus in Österreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts ein Mittel um die Kirchen wieder zu füllen. Aus den Reihen des vor allem niederen

Klerus propagierten viele einen klerikalen Antisemitismus. Die Christlichsozialen Partei wurde zum Sammelbecken dieser klerikalen Antisemiten.

Die Pfarrblätter, die in der Regel eine durchschnittliche Auflage von ca. 4000 Stück pro Pfarre hatten, spiegelten den Antisemitismus der Zeit wider (vgl. Scholz 2002: 284). Oft wurde in diesen ein negatives Bild von den historischen und heutigen Juden transportiert (vgl. Scholz 2002: 300). Häufig wurden auch konkrete judenfeindliche Handlungsweisen für den Alltag erteilt, wie zum Beispiel der Umgang mit den Juden im Pfarrgebiet. In vielen Artikeln reichte bereits die Angabe, dass jemand Jude sei, um Kritik zu rechtfertigen (vgl. Scholz 2002: 296). Eine nähere Begründung fehlte häufig. Scholz (2002: 296) spricht hier von einer bei der Leserschaft der Pfarrblätter vorausgesetzten Assoziation, die zeigt, wie weit antisemitische Stereotype in der Bevölkerung bereits verbreitet gewesen waren. Für die Autorin (Scholz 2002: 297) wird klar, dass alles, was die katholische Kirche jener Zeit als unmoralisch oder unsittlich empfand, das Attribut "jüdisch" erhielt. Wieso aber war das Judentum dem Klerus ein Dorn im Auge?

Aus christlicher Sicht stellt das Fortbestehen der jüdischen Religion nichts anderes dar als den Ausdruck des "Starsinns" und der "Verstocktheit der Juden", da sie ihre "Auserwählung" verspielten, weil sie Christus nicht anerkannten, der auch sie erlösen wollte (vgl. Scholz 2002: 287 – 288). Juden seien demnach die "natürlichen" und ältesten Feinde der Christen, da sie Christus verhöhnt und getötet hätten (vgl. Scholz 2002: 297 – 298). Für die Christen stand fest, dass mit der Ablehnung der Mission Jesu dieses Volk die Verantwortung seiner Verwerfung übernahm. Demnach waren die Juden fortan ein "schuldiges" Volk und alle Verheißungen wurden auf die Christen übertragen (vgl. Scholz 2002: 288). Dieser Vorwurf, dass Christus nicht anerkannt wurde, taucht dem zu Folge auch in den Wiener Pfarrblättern auf. Dieses Bild der Juden wirkte für eineinhalb Jahrtausende in Krisensituationen, in Umbruchszeiten und vielerorts auf neurotische Persönlichkeiten.

Der katholische Klerus wollte natürlich so viele Juden wie möglich zum Christentum bekehren. Dieser stand jedoch im Zwiespalt zwischen dem Wunsch nach Bekehrung im Sinne einer christlichen Vorstellung, dass alle Menschen Erlösung verdienen und dem systematischen Versuch, die Juden zum Feindbild schlechthin aufzubauen (vgl. Scholz 2002: 295).

Die Judenmission, also die Bekehrung der Juden, blieb jedoch weiterhin erklärtes Ziel der Kirche. Diese christlich-abendländische Tradition lieferte sozusagen den Fundus für Antisemiten jeder Richtung. Daraus ließen sich alle noch so komplizierten Zusammenhänge theologisch erklären und durch einfache biblische Bilder veranschaulichen (vgl. Scholz 2002: 298).

Rassische Begründungen der Judenfeindschaft finden sich in den Wiener Pfarrblättern nur vereinzelt. Dem Klerus lagen althergebrachte Argumente gegen Juden näher als völkisch-rassische. Außerdem wollte sich auch die Kirche vom Rassenantisemitismus der Nationalsozialisten unterscheiden und eigene Standpunkte vertreten. Frei von diesen Ansätzen erwiesen sich jedoch auch Vertreter der Kirche nicht (vgl. Scholz 2002: 298). Bei einer derartigen biologischen Zuspitzung des Antisemitismus musste es folglich zur Distanzierung der Kirche kommen. Diese unwandelbare, biologische Identität des Menschen war einfach nicht vereinbar mit der christlichen Vorstellung vom individuellen Heil, das jeder erringen könne (vgl. Scholz 2002: 299). Außerdem hatte der Klerus Angst, „dass die nationalsozialistische Rassenlehre auch vor Christus selbst nicht Halt machen würde, ‘weil dieser sich entschlossen hatte, der Sohn einer jüdischen Frau zu sein.’ (Pius XI.)” (Scholz 2002: 299).

Der moderne Antisemitismus ist aber ohne die religiöse Judenfeindschaft dennoch nicht denkbar. Sie brachte den modernen Antisemiten erst auf die Idee, die Juden im Besonderen zu betrachten. Die Idee beeinflusste sowohl Nationalisten sowie Romantiker in ihren Vorstellungen von Homogenität und „Heilsgemeinschaft“. Dem Juden kam dabei die Rolle des Gegenparts zu. Es wird dabei versucht, den Juden die aus dem christlichen Diskurs entliehenen negativen Eigenschaften zu unterstellen. Versucht wird auch, diese wissenschaftlich nachweisen zu wollen. (vgl. Scholz 2002: 299 – 300).

Jedoch zeigt sich, dass sowohl inhaltlich als auch in der Wortwahl der „christliche“ Antisemitismus den Rassenantisemitismus streift (vgl. Busshoff 1968: 260).

Auch verschiedene Nationalsozialisten, sowie Hitler selbst, führten die Judenfeindschaft immer wieder auf ihren religiösen Kern zurück. Oft heißt es, das Unrechtsbewusstsein einer Gesellschaft entwickelt sich oft auch im Kontext der von anerkannten Autoritäten vorgetragenen Werte (vgl. Scholz 2002: 300).

Zur allgemeinen Rechtfertigung der Entrechtung und Enteignung der Juden nach dem Anschluss soll die von der Kirche und christlichen Politikern propagierte und

betriebene Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft zu einem großen Teil beigetragen haben. Bischof Alois Hudal veröffentlichte zum Beispiel 1937 sein Werk *Die Grundlagen des Nationalsozialismus*, in dem er versuchte, vom christlichen Standpunkt einen Weg zum Verständnis des Nationalsozialismus zu ebneten (vgl. Königseder 2005: 59). Er thematisierte die "Rassenfrage" in seinem Werk:

Die Kirche hat zur Rassenfrage dogmatisch noch keine Stellung eingenommen. Vor dem Angesicht Gottes, das heißt, im Reich der Übernatur, sind alle Rassen und Völker gleichwertig, gleichberechtigt und gleichverpflichtet, wenn es sich um das letzte Ziel des Lebens handelt. Damit ist gewiß nicht behauptet, daß alle Rassen auch in ihren natürlichen, geistigen, sittlichen und physiologischen Anlagen gleichwertig sind. Rassenschutz kann deshalb, soweit es sich um die Verhinderung der Mischung zum Zwecke der Kindererzeugung handelt, für ein Volk in gewissen Lebensverhältnissen als Notwehr betrachtet werden. Auch die katholische Kirche dachte in ihrer Judengesetzgebung radikal und folgerichtig, bis im 19. Jahrhundert die Gettomauern zuerst vom liberalen Staate und nicht von der Kirche überall abgebaut wurde. Für die Judengesetze der Kirche waren aber, wie sich aus der ganzen Übernatur der Kirche ergibt, zunächst religiöse und nicht völkisch-rassische Erwägungen maßgebend. (Hudal 1937: 75, zit. n. Spira 1981: 88)

Spira erklärt, dass Hudal auch die Judenverfolgung im Dritten Reich im Buch befürwortet (vgl. Spira 1981: 88). Hudal schreibt:

Es kann auch gegen eine staatliche Gesetzgebung, die aus Notwehr und gegen eine Überflutung fremder Elemente das eigene Volkstum schützt und aus staatspolitischen und nationalen Gründen gewisse Ausnahmsbestimmungen für Angehörige des jüdischen Volkes erläßt, kein ernster Einwand erhoben werden, auch wenn solche Gesetze dem modernen Rechtsstaat nicht entsprechen, denn die Grundsätze des modernen Staates, die erst durch die Französische Revolution geschaffen wurden, sind vom Standpunkt des Christentums und Volkstums nicht die besten. Am allerwenigsten aber haben ein Recht, gegen diese Reichsgesetzgebung Verwahrung einzulegen, jene Nichtarier, die materialistisch eingestellt sind und die Geistigkeit des Menschen mit einer unsterblichen Seele leugnen. Solche Juden werden sich damit abfinden müssen, daß sie nur mehr rassisch-biologisch beurteilt werden und auch innerhalb unseres deutschen Volkes nicht mehr gleichwertig und gleichberechtigt sein können [...]. (Hudal 1937: 75 und 91, zit. n. Spira 1981: 88-89)

Auch gegen die Arbeiterbewegung richtete sich seine antisemitische Auffassung:

Das Judentum hat durch seinen starken Anteil an der marxistischen und insbesondere bolschewistischen Bewegung vielfach die augenblickliche deutsche Gesetzgebung selbst verschuldet [...]. Wir haben als Christen und Katholiken nicht den geringsten Anlaß, jenes Judentum zu verteidigen, das nach dem Weltkrieg die Führung der Arbeitermassen im Sinne des Marxismus an sich gerissen und auch reichlich genug für selbstsüchtige Zwecke mißbraucht hat; allein gerade weil wir jede Ungerechtigkeit verurteilen, hüten wir uns vor einer Verallgemeinerung, als ob in der Geschichte nur das Judentum für soziale und politische Mißstände verantwortlich gewesen wäre. Wahr ist aber, daß insbesondere in der Nachkriegszeit ein erheblicher Teil der jüdischen Intelligenz in unheilvollem Geltungsdrang sich den Umsturzparteien anschloß und in deren Reihen besonders in Österreich, Deutschland und Ungarn eine maßgebende Stellung eingenommen hat [...] und daß Induktionsströme gefährlicher Art von diesem religiös zerfallenen Judentum in das gesamte politische Leben des deutschen Volkes hineingeleitet worden sind. (Hudal 1937: 75 und 91, zit. n. Spira 1981: 89)

Der Bischof war zwar nicht Befürworter des Massenmords an den Juden, die Idee einer “Endlösung” war erst später im Krieg entstanden, er erleichterte aber vielen österreichischen Katholiken 1938 den Übergang zum Nazismus (vgl. Spira 1981: 89).

Es ist auch nur einleuchtend, dass die Stigmatisierung sowie die Ausgrenzung der Juden seit der Spätantike aus religiösem Hass, die Grundlage der modernen Ausformungen des Antisemitismus im 20. Jahrhundert gebildet hat (vgl. Scholz 2002: 301). Ein Boden für die Akzeptanz des Antisemitismus wurde bereitet, der auch zum Holocaust beigetragen haben muss.

3 “Austrofaschismus”

3.1 Begriffsdefinition

Oft werden die Begriffe “Austrofaschismus” und “Ständestaat” synonym verwendet und stehen für das Herrschaftssystem in Österreich von 1933 bis 1938 (vgl. Köhler 1985: 1). Inwieweit Österreich zum damaligen Zeitpunkt “faschistisch” war, stößt bei Köhler auf Definitionsschwierigkeiten. Oft kommen eher die Ausdrücke “halbfaschistisch”, oder “klerikofaschistisch” zum Ausdruck, wenn es um Österreich geht (vgl. Köhler 1985: 1).

Valentin Schwarz (2013: 18) geht davon aus, dass der Begriff “Austrofaschismus” nur interpretiert, aber nicht konkret definiert werden kann und für eine paradigmatische Deutung und Bewertung des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes steht. Ziel des österreichischen Staates war es, 1933 unter anderem durch die “ständestaatliche” Ideologie eine Abwehrfront gegen Hitler aufzubauen (vgl. Jedlicka 1975: 219, zit. nach Köhler 1985: 1).

Der Unterschied zum faschistischen Deutschland und Italien war vor allem der, dass das Dollfuß-Regime nicht durch eine Volksbewegung, Staatsstreich oder einer Machtergreifung entstand, sondern sich durch eine parlamentarische Regierungsentscheidung entwickelt hat (vgl. Mommsen 1981: 184, zit. nach Schwarz 2013: 26). Hans Mommsen spricht hier auch von einer "autoritären

Pseudorevolution" mit "genuin rückwärtsgewandte[m] Charakter" (vgl. Mommsen 1981: 184, zit. nach Schwarz 2013: 26).

Schwarz bezieht sich auf Ludwig Reichhold (1984: 71), der in seinem 1984 erschienen Werk "Kampf um Österreich" schreibt, dass das Regime für ihn eine Konsequenz aus den Konflikten der Ersten Republik darstellt. Die christlichsoziale und die sozialdemokratische Partei hätten diesen Konflikt im Parlament herausgefordert, bis es zum Eklat gekommen war (vgl. Reichhold 1984: 71, zit. Nach Schwarz 2013: 26). Das daraus entstandene "Notstandsregime", wie Bracher (1990: 9) es beschreibt, stellte einen "dritten Weg" zwischen Demokratie, Diktatur, Kapitalismus und Sozialismus dar (vgl. Bracher 1990: 9, zit. nach Schwarz 2013: 27).

Um ein vollständiges Bild der sozialgeschichtlichen Hintergründe Österreichs zwischen 1933 und 1938 präsentieren zu können, folgt nun ein Überblick über die Etablierung und die Hintergründe des "Ständestaates" und der "Österreich"-Ideologie.

3.2 Die Errichtung des "Ständestaats" und die austrofaschistische 'Österreich'-Ideologie

Bis an den Beginn der österreichischen Republik lassen sich bereits Ansätze und Vorformen der Österreich-Ideologie zurückverfolgen. Formuliert waren diese Ansätze vor allem am rechten Rand der Christlichsozialen Partei und deren Umkreis (vgl. Staudinger 2005: 29).

Die Außenpolitische Lage Österreichs war angespannt. Österreich wurde von drei Mächtegruppen unter Druck gesetzt, das waren Italien, Deutschland und die Kleine Entente (vgl. Wisshaupt 1950: 5). Italien stand hinter der Unabhängigkeit Österreichs, weil es seine Landverbindung zu Ungarn durch Österreich erhalten wollte. Deutschland war natürlich an dem Anschluss Österreichs an Deutschland interessiert. Die Kleine Entente, die das Bündnis zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien bezeichnete, war gegen den Anschluss Österreichs an Deutschland, fürchtete aber auch eine Restaurierung der Habsburger. Dolfuß war bemüht, die Unabhängigkeit Österreichs zu wahren (vgl. Wisshaupt 1950: 5).

Republikanische Anschluss Tendenzen, die von den Sozialdemokraten, von bürgerlich-liberalen Kreisen und auch von Christlichsozialen in den Bundesländern

vor allem außerhalb Wiens befürwortet wurden, stießen bei den Vertretern der “Österreich”-Ideologie auf Ablehnung. Die Repräsentanten dieser Auffassungen in der Christlichsozialen Partei waren vor allem die Abgeordneten, die im Oktober und November 1918 auf einer Aufrechterhaltung der Habsburger Monarchie bestanden und sich am längsten gegen die Republikanisierung Deutsch-Österreichs widersetzt hatten. Das waren Abgeordnete wie Aemilian Schöpfer, Wilhelm Miklas oder Heinrich Mataja. Jene Christlichsozialen, die noch nicht zu Abgeordneten gewählt, aber schon über politischen Einfluss verfügt hatten, waren zum Beispiel Ignaz Seipel, Victor Kienböck, Richard Schmitz aber auch Friedrich Funder, der Chefredakteur der *Reichspost*, von dem wir später noch mehr hören werden (vgl. Staudinger 2005: 29).

1927 und vor allem 1930 musste die Christlichsoziale Partei umfangreiche Wahlverluste einstecken und war neben den Sozialdemokraten nur mehr die zweitstärkste Partei im Nationalrat. Daraufhin arbeiteten die Mitglieder der Christlichsozialen Partei auf eine Veränderung des parlamentarisch-demokratischen Systems in Richtung eines autoritären, “organisch-ständischen” Aufbaues für Österreich hin (vgl. Staudinger 2005: 29).

Auf bürgerlicher Seite kam es auch bald darauf zu einem Umbruch und das Verlangen nach einer “Neuordnung” von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, getragen von einer katholischen Weltanschauung, wurde laut (vgl. Busshoff 1968: 11 – 12).

Als Vorbild diente die Ordnung vor der Zeit der Aufklärung. Ein allgemeiner Ruf nach Autorität und der Verwirklichung einer “berufsständischen Ordnung” wurde laut und der Wunsch nach einer “organischen” Gliederung von Gesellschaft und Staat kam auf (vgl. Busshoff 1968: 12).

Auch die Judenfrage wurde in den Gedankengang dieser geistigen und politischen “Neuordnung” aufgenommen (vgl. Busshoff 1968: 251). Überwunden werden sollte der Individualismus-Liberalismus und der Kollektivismus-Sozialismus, die mit der “Judenfrage” gleichgesetzt wurden. Dieser Wunsch erhielt durch das Erscheinen der Enzyklika “Quadragesimo anno” klarere Formen. Es handelte sich um eine kirchliche Lehrmeinung, die als verpflichtende Aufforderung zum Neubau von Gesellschaft und Staat galt. Gleichzeitig galt sie als der höchste Beweis für die Legitimität dieses Vorhabens (vgl. Busshoff 1968: 12).

Die schon Jahre vorher in der gemeinsamen Abwehr gegen Liberalismus und Sozialismus sich weitgehend entwickelnde gegenseitige Anlehnung und Unterstützung von Kirche und Staat in Österreich wurde nun praktisch zu einer einheitlichen Kampfgemeinschaft gegen Liberalismus und Sozialismus in allen Erscheinungsformen und für die Verwirklichung einer vom katholischen Geiste geprägten und an mittelalterliche Vorstellungen anknüpfenden “organischen” Gestaltung von Gesellschaft und Staat. (Busshoff 1968: 12)

Es wurden ständische Formen in der Gesetzgebung, eine so genannte Ständeverfassung, gefordert. Bauern und Gewerbetreibende verlangten immer heftiger nach einer Ständevertretung, die ihre wirtschaftlichen Interessen besser wahren konnten. Es sollte eine neue Gesellschaftsordnung aufgebaut werden, die dem konservativen Bedürfnis der Bevölkerungsschichten besser entsprach und nach Berufsständen aufgebaut werden sollte (vgl. Busshoff 1968: 99).

Gefordert wurde also die organische Verfestigung eines gesellschaftlichen Grundprinzips, an erster Stelle verlangte man das Recht auf “Anatomie”. Man glaubte, die “liberalistische” und die “sozialistische” Gesellschaftsordnung müsste abgelehnt werden, weil sie auf ein “mechanisches” Prinzip aufbauen würde. Dieses würde die Gesellschaft in zwei feindlich gesinnte Gruppen spalten, die “Arbeitsmarktparteien” (vgl. Busshoff 1968: 100).

Ökonomische und politische Krisen im Jahr 1932 in Österreich bildeten den Ausgangspunkt eines Prozesses, der zur Beseitigung der rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie führte und eine neue politische Herrschaftsform im Jahre 1934 etablierte (vgl. Tálos 2005: 23).

Am 4. März 1933 kam es bei einer Abstimmung im Nationalrat zu Unstimmigkeiten. Daraufhin traten alle drei Präsidenten aufgrund einer Art Kurzschlussreaktion zurück. Hartmann (2007: 38) spricht von einer “Selbstausschaltung”. Das Parlament lähmte sich selbst. Die Regierung Dollfuß beschloss eine Zeit lang ohne Parlament und mit Hilfe von Notverordnungen zu regieren. Das politische System Österreichs sollte also verfassungsrechtlich reformiert werden und ein autoritärer Kurs der Regierung wurde eingeschlagen (vgl. Hartmann 2007: 39).

Am 20. Mai 1933 wurde die Vaterländische Front gegründet. Dieser als Einheitsorganisation gedachte Verband sollte die politische Willensbildung im Staat mitgestalten (vgl. Wisshaupt 1950: 7).

Als am 12. Februar 1934 ein Aufruhr der Sozialdemokraten erfolgte, wurde dieser von der Regierung nach dreitägigem Bürgerkrieg niedergeworfen. Daraufhin wurde die Sozialdemokratische Partei aufgelöst (vgl. Wisshaupt 1950: 7).

Dollfuß versuchte eine Verfassungsreform auf "christlich-ständischer" Grundlage durchzuführen, die durch die Enzyklika *Quadragesimo anno* (1931) inspiriert worden war (vgl. Hartmann 2007: 39). Diese Ständische Verfassung trat am 1. Mai 1934 in Kraft, durch die die Regierung die gesamte Exekutivgewalt erhielt (vgl. Wisshaupt 1950: 7). Diese Ständische Verfassung sah den staatlichen Aufbau in eine Gliederung von Staat-, Wirtschafts- und Kulturpolitik vor (vgl. Wisshaupt 1950: 32).

Als Dollfuß am 25. Juli 1934 bei einem Putschversuch der Nationalsozialisten im Bundeskanzleramt ermordet wurde, trat Kurt Schuschnigg das Nachfolgeramt an und übernahm Dollfuß' politische Einstellung (vgl. Wisshaupt 1950: 8).

In der Frage der Verwirklichung einer ständischen Ordnung verschwand mit dem Erscheinen der Enzyklika die anfängliche Zaghaftheit und Unsicherheit. Die Enzyklika fand zustimmende Aufnahme bei den christlichsozialen Politikern und auch beim Klerus und den katholischen Verbänden. Man glaubte sich im Bunde mit der Kirche seines Ziels sicher (vgl. Busshoff 1968: 100). Dass die Enzyklika einen großen Spielraum zur Auslegung lässt, bestätigt der Autor (1968: 165), als er die zusammenfassende Darstellung der "*Quadragesimo anno*" wie folgt darstellt:

Da Kapital und Arbeit die heutige Wirtschaft bestimmen, kommt es darauf an, die rechten Vernunftgrundsätze, das sind die gesunden Prinzipien christlicher Sozialphilosophie, über Kapital, Arbeit und deren Verbindung zur theoretischen Anerkennung und zur praktischen Anwendung zu bringen. Dem Doppelcharakter sowohl des Eigentums als der Arbeit, d. i. ihre Individual- und Sozialstruktur, ist billig und sorglich Rechnung zu tragen, um die Klippen gleicherweise des Individualismus wie des Kollektivismus zu vermeiden. Die wechselseitigen Beziehungen von Kapital und Arbeit sind nach den Anforderungen der strengsten Verkehrsgerechtigkeit auszurichten unter Beihilfe der christlichen Liebesgesinnung. Der freie Wettbewerb, innerhalb der gehörigen Grenzen gehalten, mehr noch die wirtschaftliche Macht, sind der öffentlichen Gewalt in allem, was deren Amtes ist, entschieden unterzuordnen. Das menschliche Gemeinschaftsleben insgesamt ist durch die öffentlichen Einrichtungen den Erfordernissen des Gemeinwohls oder, was dasselbe besagt, den Anforderungen der Gemeinwohlgerechtigkeit entsprechend zu gestalten. (*Quadragesimo anno* 1931: 110)

In Wahrheit ging es weniger um die Verwirklichung einer "Idealvorstellung" der Gesellschaft, sondern vielmehr um die Sicherung berufsständischer, kirchlicher und politischer Interessen (vgl. Busshoff 1968: 104).

Diese “Idealvorstellung” der Gesellschaft konnte natürlich trotz Ständestaat nie erreicht werden. Die Gründe sieht Busshoff einerseits in der entweder völlig falsch ausgelegten “Quadragesimo anno” oder andererseits im machtpolitischen Missbrauch einzelner Punkte der Lehrmeinung (vgl. Busshoff 1968: 106).

Zum Beispiel enthält die Enzyklika keine Angaben darüber, welche und wie viele Berufsstände zu errichten oder wie sie zu gliedern seien. Außerdem finden sich keine Erwähnungen von Parteien in der “Quadragesimo anno”. Demnach wurde mit dem Ausschalten der Parteien eine “Lücke” in der Enzyklika ausgenutzt und ein elementarer Grundsatz darin missachtet, nämlich der der Freiheit (vgl. Busshoff 1968: 106). Der “christliche Staat” war dem zu Folge nichts anderes als ein einseitig ausgerichteter Machtstaat (vgl. Busshoff 1968: 137).

Man musste sich im politischen Tageskampf mit den Kräften der Aufklärung, des Liberalismus und Sozialismus auseinandersetzen, mit der Zielsetzung auf einen vollständigen Sieg. Demensprechend musste aus dem Staat, “entsprechend seiner ‘mystisch-religiösen’ Überhöhung, ein brutaler Machtstaat werden.” (Busshoff 1968: 138)

Ab 1933 und 1934 sah sich Österreich gezwungen, der aggressiven nationalsozialistischen Anschlusspropaganda sowohl aus Deutschland als auch in Österreich selbst entgegenzuwirken. Daher musste die staatliche Eigenständigkeit Österreichs mit der “gesamtdeutschen” Reichsideologie versöhnt werden. Versucht wurde das mit der Propagierung einer “Österreich”-Ideologie, die gegen die nationalsozialistische Ideologie vom “Dritten Reich” gerichtet war. Die “Österreich”-Ideologie forderte für die Zukunft die Errichtung eines “Heiligen Reiches” (vgl. Tálos 2005: 48).

Die durch die Friedensverträge für Österreich geschaffenen kleinstaatlichen Bedingungen wurden als befristet angesehen. Die Errichtung eines “Wahren Reiches” wurde zur “österreichischen Mission” erklärt (vgl. Tálos 2005: 48). Diese österreichische Mission verstand sich demnach als deutsche Mission, die nach zwei Seiten ausgerichtet war. Nach außen hin stand sie für die Errichtung eines universellen, über die deutsch-bevölkerten Gebiete hinausreichenden, “gesamtdeutschen” Reiches in mitteleuropäischen Dimensionen. Als innere Ausrichtung war die innere Ausgestaltung des Reiches nach Maximen, die als spezifisch österreichisch galten, zu sehen: katholisch-österreichisch, föderalistisch und mit Wien bzw. Österreich als Mittelpunkt des “Reiches” (vgl. Tálos 2005: 48).

Die Grundlage für dieses deutsche Selbstverständnis Österreichs bildete die „österreichisch“ orientierte Variante der deutschen Volkstumsideologie. Das Volk wurde hierbei als ein ganzheitliches, organischen Gesetzen gehorchendes Wesen gesehen. Diese „Volksgemeinschaft“ sollte sich gegen die Teilung des Volkes in politische Parteien wenden. Insbesondere richtete sich diese Proklamierung gegen die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Es sollte die Spannungen zwischen den Klassen aufheben (vgl. Tálos 2005: 48).

Für Tálos (2005: 49) besteht kein Zweifel, dass diese ständestaatliche Österreichideologie eine defensive Funktion gegen die Tendenzen eines Anschlusses an das nationalsozialistische Deutsche Reich war, obwohl es rein äußerlich die Elemente des deutschen und italienischen Faschismus nachahmte.

Nach Staudinger (1977: 201) spielte die Ganzheitsmetaphysik des Wiener Nationalökonomen Othmar Spann (1878 – 1950) eine sehr große Rolle auf die Entwicklung von faschistischem Gedankengut in Österreich.

Spanns antidemokratische universalistische Gesellschaftslehre vertrat die Idee, dass der Einzelne ein Wesen der Gemeinschaft ist. Die antimodernistische Sichtweise entstand in den zwanziger Jahren und brachte die berufsständische Ideologie in Reaktion auf den liberal-individualistischen Kapitalismus hervor. In Österreich übernahm die Heimwehr dieses Konzept Spanns und wurde zum politischen Programm. Die antimarxistische Frontstellung richtete sich auch gegen die Sozialdemokratie in Österreich (vgl. Siegfried 1974: 16).

Spann wollte berufliche Zwangsverbände umsetzen, in denen kollektive Tarifverträge geschlossen werden sollen. In diesen Zwangsverbänden hätten die zukünftigen Berufsstände organisiert werden sollen. Politische Parteien und das Wahlrecht sollten abgeschafft werden. Statt dem Parlament hatte er die Idee ein „Ständehaus“ einzusetzen, in welche Arbeiter, Angestellte oder Selbstständige ihre Vertreter stellen sollten (vgl. Siegfried 1974: 56).

Ziele dieses Ständestaatskonzept sollten sein, durch die Eingliederung der Gewerkschaften in berufliche Zwangsverbände die Herrschaft der Unternehmer über die Arbeiterschaft zu sichern. Außerdem sollte die Schwächung der politischen Macht der Arbeiterklasse und die Abschaffung der Demokratie erreicht werden. Die Propagandatätigkeit Spanns blieb aber weitestgehend ohne Erfolg und die Idee konnte nicht umgesetzt werden (vgl. Siegfried 1974: 59).

3.3 Antisemitismus in der Christlichsozialen Partei

Edlinger (1964: 19) charakterisiert die Partei in seiner Dissertation nach Aussagen des christlichsozialen Politikers Leopold Kunschak als eine “grundsätzlich religiös eingestellte, alle Bevölkerungsschichten in Stadt und Land umfassende Volkspartei.” (Edlinger 1964: 19)

Wisshaupt (1950: 2) sah die Partei als dazu ausersehen, eine Lücke zwischen dem Liberalismus und dem Sozialismus zu überwinden. Sie vertrat die Interessen der Kleinbürger, der Gewerbetreibenden, kleiner Beamter, Bauern und christlicher Arbeiter. (vgl. Wisshaupt 1950: 2).

Wirtschaftliche und soziale Missstände, die demzufolge der Liberalismus in der Großstadt geschaffen haben soll, sollten beseitigt werden. Der österreichische Staatsgedanke war für die Partei von großer Bedeutung sowie die kompromisslose Gegnerschaft zur sozialdemokratischen Partei (vgl. Edlinger 1964: 20).

Der österreichische Antisemitismus, dem sich die Christlichsozialen bedienten, diente jahrzehntelang vor allem als Waffe in der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Konservativen und der Arbeiterbewegung. Er soll sich nicht nur gegen die Juden gerichtet haben, sondern diente auch als Angriffs- und Abwehrwaffe im politischen Kampf (vgl. Spira 1981: 14).

Nach Königseder (2005: 59) war die Christlichsoziale Partei die erste große Organisation, “die auf die Ängste der Menschen vor den Folgen nicht verstandener sozio-ökonomischer Prozesse eine antisemitische Antwort hatte.” (Königseder 2005: 59)

Wie aber hat sich dieser Antisemitismus in der Partei entwickelt?

Die Vorbedingungen für einen ideologischen und organisierten Antisemitismus modernen Typs liegen in der politischen Demokratisierung (vgl. Pulzer 2002: 142). Der Antisemitismus richtete sich gegen die gesetzliche Gleichberechtigung der Juden. Die Teilnahme der Massen an der Politik war aber notwendig. Daher war er anti-emanzipatorisch, aber auch von der Emanzipation abhängig und war davon bestimmt, wie sich Demokratie und Liberalität entwickelten (vgl. Pulzer 2002: 142).

Die Demokratie in Österreich entfaltete sich im Sinne der Modernisierung einer Massenwählerschaft verhältnismäßig schnell. Die Einführung des direkten Wahlrechts fand 1873 statt, die des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts 1907. Die

liberale Idee einer pluralistischen Gesellschaft, in der verschiedene Anschauungen und Lebensweisen respektiert werden, entwickelte sich viel langsamer. Vorindustrielle Gesellschaftsformen und agitatorische Methoden der Massenpolitik sollten sich für die Entwicklung einer anti-emanzipatorischen politischen Bewegung in Österreich als besonders geeignet erweisen (vgl. Pulzer 2002: 142). Im Wesentlichen bildete sich der christlichsoziale Antisemitismus bereits im 19. Jahrhundert heraus. Aufgrund der Folgen der Industrialisierung in der Habsburgermonarchie verband sich eine traditionelle katholisch-konfessionelle Judenfeindschaft mit wirtschaftlichen und sozialen Motiven (vgl. Hodik-Malina 1982: 54).

Vor allem die kleinbürgerlich-mittelständische Bevölkerungsschicht bildete die Hauptanhängerschaft der Partei. Diese Schicht war von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten am meisten betroffen und gab hauptsächlich den Juden die Schuld dafür. Juden hatten einen Vorsprung in der Entwicklung zur kapitalistischen Gesellschaft und besetzten oft wichtige Stellen in der Wirtschaft. Auch der Liberalismus begünstigte den Emanzipationsprozess der Juden, was die Christlichsoziale Partei ausnützte, die antiliberalistische Motive verfolgte (vgl. Hodik-Malina 1982: 54).

Im ersten eigentlichen Parteiprogramm der Christlichsozialen, das "Wahlmanifest der Christlichsozialen Reichspartei" aus dem Jahr 1907 wird u. a. gefordert, "den Moloch des übermächtigen jüdischen Großkapitals mit aller Schärfe zu bekämpfen ..." (Hartmann 2007: 81).

Diese politischen Tendenzen, die sich schon Ende des 18. Jahrhunderts aus der Partei formuliert hatten, zielten vorrangig auf die Unterdrückung der Juden ab. Die Partei verlangte die Gleichberechtigung der Juden rückgängig zu machen und für Juden Ausnahmegesetze zu schaffen. Gefordert wurden u.a. Einschränkungen in wirtschaftlicher und beruflicher Betätigung sowie in der Wahl des Wohnortes, den Ausschluss von öffentlichen Ämtern und den Entzug des Wahlrechtes (vgl. Staudinger 2002: 265).

Unbestreitbar ist, so Hartmann (2007: 81), dass Antisemitismus und Antijudaismus im Politischen Katholizismus bzw. der Christlichsozialen Bewegung in Österreich zu den Grundlagen gehörte.

Schon der populäre Wiener Christlichsoziale Bürgermeister Karl Lueger erkannte die Zugkraft des Antisemitismus beim unteren Mittelstand (vgl. Hartmann 2005:

81) und er wusste, dass eine antisemitische Rhetorik als wirksame antiliberale Waffe galt (vgl. Pulzer 2002: 135).

Sein politischer Aufstieg fiel in die Zeit der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts (vgl. Pulzer 2002: 134). Seine Instrumentalisierung als Waffe im Kampf gegen politische GegnerInnen soll charakteristisch für den Antisemitismus der Christlichsozialen gewesen sein (vgl. Königseder 2005: 60).

Betroffen waren vor allem die Sozialdemokratie und ihre jüdischen Politiker. Erreicht werden sollte eine Distanzierung der Wählerschaft von der Sozialdemokratischen Partei. Dies gelang, indem die vermeintliche Kluft zwischen jüdischen und nicht-jüdischen ÖsterreicherInnen unterstrichen wurde (vgl. Königseder 2005: 60).

Im Parteiprogramm der Christlichsozialen aus dem Jahre 1926 wird zur nationalen Frage Österreichs Stellung bezogen und Antisemitismus als Parteiprogrammpunkt bekräftigt (vgl. Staudinger 2005: 30). Die Partei bekenne sich “als offen und rückhaltlos zum Gesamtdeutschtum, mit dem die österreichischen Deutschen nicht nur durch die Blutsverwandtschaft, sondern auch durch eine tausendjährige Geschichte und durch die Gemeinsamkeit von Sprache und Kultur unzerreißbar sich verbunden” fühlten. (Staudinger 2005: 30, zit. n. Das Christlichsoziale Parteiprogramm: 67)

Die antisemitische Stellungnahme im Parteiprogramm blieb nicht aus: “Als nationalgesinnte Partei fordert die Christlichsoziale Partei die Pflege deutscher Art”, die “von gut christlichem Wesen nicht zu trennen” sei und in der “Abwehr undeutscher und unchristlicher Einflüsse” gegen die “Übermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete” kämpfe. (Staudinger 2005: 30, zit. n. Das Christlichsoziale Parteiprogramm: 67) Der Antisemitismus als Antiliberalismus war wesentliches Programm der Christlichsozialen Partei (vgl. Staudinger 2002: 264).

Ab der Wirtschaftskrise 1929 spitzte sich die innenpolitische Lage zu (vgl. Hartmann 2007: 38). Nazismus und Antisemitismus wurden nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise stärker: Die Wirtschaftskrise traf Österreich heftiger als andere Länder der Welt und führte zu einer rasch steigenden Arbeitslosenrate und zum Zusammenbruch der großen Wiener Banken, wie der Rothschild-Banken, der Bodencredit und der Creditanstalt (vgl. Pauley 2002: 254).

Dieser Zusammenbruch führte neben der finanziellen Krise zu einer Unterhöhlung des Glaubens an die besonderen Begabungen der Juden und an ihre entscheidende Bedeutung für die Abwicklung finanzieller Transaktionen. Dieses Ende des Mythos von der Kompetenz der Juden in finanziellen Angelegenheiten verlieh antisemitischen Gefühlen neuen Aufschwung. Darauf legten dann die Nazis u.a. einen Schwerpunkt in ihrer Propaganda. Mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Antisemitismus geriet die österreichische Nationalsozialistische Partei zu einem bemerkenswerten Aufschwung (vgl. Pauley 2002: 254).

Die Christlichsozialen gerieten verstärkt in einen Zweifrontenkrieg zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, als ab 1931/32 eine verstärkte Agitation der Nationalsozialisten begann (vgl. Hartmann 2007: 38). Bei den Wahlen 1930 besaß die ab 1932 amtierende Regierung des Christlichsozialen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß nur eine Stimme Mehrheit im Parlament.

Die Nationalsozialisten verstärkten im Laufe des späten Frühjahrs 1933 den Druck auf Österreich und es kam zu zahlreichen Sprengstoffattentaten, worauf Bundeskanzler Dollfuß die NSDAP in Österreich verbot (vgl. Hartmann 2007: 38). Das Regime Dollfuß versuchte außerdem die Breitenwirkung der Nazis einzudämmen, in dem es selbst antisemitische Töne anschlug (vgl. Pauley 2002: 254).

Die österreichische Sozialdemokratie war wegen ihrer zahlreichen prominenten jüdischen Führer und Theoretiker, wie Friedrich Adler, Otto Bauer oder Max Adler, bei den Antisemiten als „Judenpartei“ verschrien. Die Politik der Sozialdemokratie galt in katholischen Kreisen als „unchristlich“, „volksfremd“, „landfremd“ und „unösterreichisch“, da Juden meist als „Fremde“ oder als „Gäste“ angesehen wurden, anstatt als Teil der Bevölkerung (vgl. Scholz 2002: 296).

Bemerkenswert ist jedoch, dass sich mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten, die Bedeutung des Antisemitismus als politische Waffe für die in Österreich an der Macht befindlichen Kräfte verringerte. Die von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß 1934 eingeführte ständestaatliche Verfassung versprach den Jüdinnen und Juden uneingeschränkte bürgerliche Rechte und die Religionsfreiheit, auch wenn das nur auf dem Papier galt (vgl. Königseder 2005: 55).

Auch Dollfuß Nachfolger behielt nach dessen Tod diesen Kurs bei. Dollfuß und Schuschnigg lehnten jeglichen rassischen Antisemitismus ab, beteuerten jedoch,

dass sie “gegen die kulturelle und wirtschaftliche ‘fremde Durchdringung’ durch die Juden seien.” (Pauley 2002: 254)

Jedoch konnten sich Dollfuß und Schuschnigg nicht leisten, sich die lokale jüdische Gemeinde oder die westlichen Demokratien zu Feinden zu machen, indem sie den Anschein machten, sie geben dem Druck aus Deutschland nach. Andererseits hatten sie Angst eine zu judenfreundliche Haltung einzunehmen und so die Nazis im In- und Ausland herauszufordern. Auch benötigten sie Unterstützung, die sie von den Juden bekamen. Diese stellten der österreichischen Regierung mitunter große Geldsummen zur Verfügung (vgl. Pauley 2002: 255).

“Die Wiener Juden sahen sich wie auch jene in Ungarn mit der absurden Situation konfrontiert, sich zum Schutz vor radikalen Antisemiten an gemäßigtere wenden zu müssen.” (Pauley 2002: 255)

Juden wurden von der österreichischen Regierung so in mancher Hinsicht geschützt. Inländischen und ausländischen Juden wurde vom Bundeskanzler versichert, dass die Juden in Österreich nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt würden, solange sie dem Staat und den religiösen und kulturellen Werten der Bevölkerungsmehrheit positiv gegenüberstanden. Sogar die von Dollfuß gegründete “Vaterländische Front” tolerierte Juden in ihren Kreisen und nahm diese als Mitglieder auf. Viele traten bei, um Schutz vor den Nazis zu erhalten. Bürgerliche Juden, Angestellte oder öffentlich Bedienstete, die Angst um ihren Arbeitsplatz hatten, traten der Organisation bei, weil sie das abzeichnende Verhängnis durch die Nazis in Österreich fürchteten (vgl. Spira 1981: 95).

Die Haltung der Regierung in der Judenpolitik lief also darauf hinaus, Antisemitismus außerhalb der Regierung zu tolerieren, selbst wollte man aber nur wirtschaftspolitischen Druck ausüben. Man stellte den Antisemitismus der Nazis in Frage und direkte Angriffe gegen Juden als Religionsgemeinschaft wurden in der Regel vermieden (vgl. Pauley 2002: 255, Spira 1981: 91).

Im Laufe der Zeit fingen die Christlichsozialen aber an ihren traditionellen Antisemitismus stärker in den Vordergrund zu stellen. Ziel war es vor allem die Jugend zurückzugewinnen und die zu den Nazis abgewanderten wieder fester an die Konservativen zu binden (vgl. Spira 1981: 92).

Die Schuschnigg-Regierung entließ ohne viel Aufsehens und erst nach und nach Juden im Bank- und Rechtswesen sowie in der Ärzteschaft. Ziel war es, ein ausgewogenes Verhältnis zum Anteil der Juden an der österreichischen

Gesamtbevölkerung zu erzielen (vgl. Pauley 2002: 255). Im österreichischen Geschäftsleben blieb ihre Rolle jedoch weiterhin nahezu unangetastet (vgl. Pauley 2002: 256).

Auch im Bildungssektor ließ der Wiener Stadtschulrat ab September 1934 getrennte Klassen für Juden und Nichtjuden einrichten. Dies sollte die Kluft zwischen Christen und Juden nur noch weiter vergrößern. Die häufigste Form des Antisemitismus in der Dollfuß-Schuschnigg-Zeit wird in seiner "passiven Variante" gesehen (vgl. Pauley 2002: 256).

Unter den sogenannten wirtschaftlichen "Tatantisemitismus" der Christlichsozialen fallen zum Beispiel die Benachteiligung junger Ärzte und Ärztinnen bei der Besetzung von Fortbildungsstellen in öffentlichen Krankenhäusern oder die Entlassung von ÄrztInnen aufgrund des Vorwands von sozialdemokratischer Betätigung (vgl. Königseder 2005: 56).

Auch wurden antisemitische Töne in der sonst streng zensierten Presse toleriert. Angriffe durften sich nur gegen Juden und nicht gegen die Regierung richten (vgl. Pauley 2002: 256). Antisemitische Hetzen, durch heimlich aus Deutschland subventionierte Zeitungen der Nationalsozialisten wie die *Wiener Neuesten Nachrichten*, durften weiter verkauft werden. Auch für andere österreichische Zeitungen, wie der *Reichspost*, galt diese Regelung.

Einem Blatt wurde nur ein Ende gesetzt, wenn es sich wirklich um extreme Fälle handelte oder wenn eine Beziehung zwischen einer Zeitung und einer österreichischen Nazi-Partei offenkundig war. Es war privaten Klubs oder beruflichen Organisationen also weiterhin erlaubt Juden auszuschließen und eine antisemitische Politik zu verfolgen. Antisemitische Organisationen, wie zum Beispiel der Antisemitenbund, durften unter Aufsicht tätig sein (vgl. Pauley 2002: 256).

Eine große Zahl von ÖsterreicherInnen hatte sich daran gewöhnt, "die Juden für fremdartig, überprivilegiert, bedrohlich und der vollen staatsbürgerlichen Rechte nicht würdig zu halten." (Pauley 2002: 259)

Natürlich kann der Antisemitismus der Nazis nicht mit dem der Christlichsozialen Partei gleichgesetzt werden. Sprache stützt jedoch die Konstitution von Macht und verstärkt sie (vgl. DeCillia-Wodak 1987: 97):

Die verantwortungslose Verwendung eines ähnlichen oder desselben Diskurses wie desjenigen der NS-Zeit, wenn auch "nur" als "Pöbelsport" (Lueger), bereitet den Weg für

diejenigen vor, die den Inhalt dieses Diskurses in tödlichem Ernst und bis zur letzten Konsequenz zu verwirklichen bereit sind (DeCillia-Wodak 1987: 97).

Auch wenn der Holocaust nicht vorauszusehen war, musste der ununterbrochene Antisemitismus der Christlichsozialen in Österreich prägende Wirkung auf die Bevölkerung gehabt haben.

4 Die Situation der Presse im “Ständestaat”

Dieses Kapitel soll dazu dienen einen Überblick über die Pressepolitik im “Ständestaat” zu geben, um einen Eindruck über die Entwicklung der Pressefreiheit und der verschiedenen Publikationsgruppen zu diesem Zeitpunkt zu erhalten.

Ab 1933 bis zur Gleichschaltung Hitlers unterscheidet Vilsmeier (1987: 41) drei verschiedene Publikationsgruppen. Da die Parteipresse in der Zeit des “Ständestaates” in ihrer bisherigen Form nicht mehr existierte, wurden die Blätter nach ihrer Stellung zur Regierung beurteilt (vgl. Raisp 1952: 117).

Darunter fallen die Regierungspresse bzw. die christliche Presse, die nationalen Zeitungen, die häufig getarnte nationalsozialistische Blätter waren, sowie die liberalen Zeitungen, die zum Teil eine jüdische Redaktion oder jüdische Mitarbeiter besaß und als “verjudete Presse” diffamiert wurde (vgl. Vilsmeier 1987: 41). Zur illegalen Oppositionspresse zählt Raisp (1952: 117) außerdem kommunistisch, nationalsozialistisch oder sozialdemokratisch gefärbte Blätter.

Durch die Pressegesetzgebung, die aufgrund politischer Umwälzungen und der Ausschaltung des Parlaments ab März 1933 in Kraft trat, wurde die Struktur und Entwicklung der Tagespresse massiv beeinflusst. Bis dahin war das Pressegesetz von 1922 noch gültig. Das Pressegesetz von 1922 beschränkte das Einschreiten der Behörden gegen Zeitungen. Die Pressefreiheit war bis dahin gewährleistet und es gab kein Kolportageverbot (vgl. Raisp 1952: 117).

Ab 1933/34 wurde die Pressefreiheit endgültig beseitigt und es trat ein Verbot der Oppositionspresse im “Ständestaat” in Kraft. Anfangs blieb man unter der Regierung Dollfuß und später Schuschnigg noch bei den alten Pressegesetzen. Sonderverordnungen in Pressefragen traten in Kraft, die Presse sollte nach ihren Zielen gelenkt werden (vgl. Wibhail 1994: 52). Dass dadurch auch Willkür und Rechtsunsicherheiten in Pressefragen herrschten, war einleuchtend (vgl. Huemer 2005: 235).

Die Regierung Dollfuß setze wenig später Maßnahmen zur Einschränkung, wie die Einschränkung der Pressefreiheit und die Ausschaltung der Oppositionspresse. Ab 1933 wurden jedoch nicht nur die nationalsozialistischen, sozialdemokratischen oder kommunistischen Zeitungen verboten, sondern schließlich immer häufiger auch liberale Blätter (vgl. Raisp 1952: 117).

Ab 1933 wurde ein Ministerkomitee für staatlichen Propagandadienst und einer amtlichen Presseorganisation eingeführt (vgl. Wibhail 1994: 53). Unter Schuschnigg stiegen die Beschränkungen der Pressefreiheit noch weiter an (vgl. Raisp 1952: 120).

1936 gründete man die Österreichische Pressekammer, die ein Kontrollamt ausübte. Herausgeber und Journalisten sollten unter ständiger Beobachtung stehen, außerdem war das Gremium befugt die Herausgabe einer Zeitung abzulehnen oder zu genehmigen. Bezeichnend war auch, dass das Gremium einzelnen Redakteuren das Recht auf Ausübung ihrer hauptberuflichen Tätigkeit verweigern konnte, wenn es einen Verdacht auf verbotene politische Propagandabetätigung gab (vgl. Duchkowitsch 1991: 70). Man kann das Pressewesen im “Ständestaat” jedoch nicht mit dem totalitären Pressewesen in Deutschland oder Italien vergleichen. Die Pressefreiheit sollte nicht gänzlich vernichtet werden, die Regierung wollte vor allem einen Missbrauch der Pressefreiheit zu “staatsschädigenden” Zwecken verhindern (vgl. Wisshaupt 1950: 41).

Ab 1938, aufgrund der Folge des Berchtesgadener Abkommens und des Drucks von Hitler, drohte jedem Druckwerk Bestrafung oder Verbot, wenn es in seinem Blatt nazifeindliche Inhalte veröffentlichte. Die absolute Gleichschaltung der Presse wurde nach dem Einmarsch Hitlers in Österreich wirksam (vgl. Raisp 1952: 117).

Nach Gerhard Jagschitz (1983) stellten die wichtigsten politischen Ziele der Presse im “Ständestaat” unter Dollfuß innen- und außenpolitische Ziele dar.

Innenpolitisch sollte die Pressepolitik vor allem als Rechtfertigung der autoritären Staatsführung, einer Festigung des “Ständestaates” sowie der Stärkung der Kräfte des Staates und die Ausrichtung auf ein gemeinsames Ziel dienen. Die Schaffung eines deutsch-österreichischen Staatsgefühls und der Propagierung einer einzigartigen kultur-politischen Mission gegenüber dem Deutschen Reich sollte auch stark in den Vordergrund gerückt werden.

Außenpolitisch war vor allem die Einbindung Österreichs in die Römerprotokolle mit Ungarn und Italien sowie die außenpolitische Darstellung der Atmosphäre einer politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes von Bedeutung. Die österreichische Unabhängigkeit sollte nach außen hin gewahrt werden (vgl. Jagschitz 1983: 56).

Im nächsten Kapitel stelle ich die *Reichspost* vor, auf der die Analyse meiner Arbeit fußt.

5 Die *Reichspost* - ihre Anfänge bis 1938

Die *Reichspost* vertrat das Gedankengut der Christlichsozialen Partei und nahm von Anfang an Kritik an Juden. Daher ist ein Überblick über die Anfänge der *Reichspost* bis zur Einstellung der Zeitung 1938 für meine Arbeit sehr wichtig und hat zum Ziel, die Zeitung in ihrem politisch-ideologischen Kontext zu verorten (vgl. Lang 2002: 11).

Die *Reichspost* wurde von Christlichsozialen Politikern, von katholischen Klerikern und Laien gegründet (vgl. Scheichl 2002: 8).

Bis 1860 vertrat das *Vaterland* die Interessen der Christlichsozialen und deren Gedankengut und war bis zum Erscheinen der *Reichspost*, das wichtigste Organ der Christlichsozialen (vgl. Stadler 1990: 96). Jedoch waren die katholischen und Christlichsozialen Blätter bis dahin nie so erfolgreich wie die sozialdemokratischen (vgl. Stadler 1990: 96, zit. n. Paupié 1960: 95). Am dritten allgemeinen österreichischen Katholikentag wurde der Wunsch nach einer großen, modernen, volkstümlichen und katholischen Tageszeitung erhoben. Dieser fand vom 8. bis 16. August 1892 in Linz statt und es wurde die Gründung eines neuen Blattes neben dem *Vaterland* ausgesprochen, um das Defizit des katholischen Pressewesens auszugleichen (vgl. Stadler 1990: 97).

Am 21. Mai und am 12. Dezember 1893 erschien ein Flugblatt, das die künftige Neuerscheinung eines unabhängigen Zentralblattes für die Christlichsozialen ankündigte (vgl. Stadler 1990: 98). Angekündigt wurde in diesem Programm erstmals das zukünftige Programm der *Reichspost*. Die *Reichspost* erschien ab 1. Jänner 1894 regelmäßig.

Der Herausgeber, Chefredakteur und Verleger der ersten Ausgabe der *Reichspost* war Anton Weimar (vgl. Lang 2002: 31). Anschließend folgte Ambros Opitz als

Herausgeber. Ab 1902 übernahm Friedrich Funder die Chefredaktion und 1904 wurde er Herausgeber. Funder studierte drei Semester Theologie in Graz (vgl. Cohen 2013: 10). Später studierte er Jus an der Universität Wien und erhielt 1898 seinen Dokortitel.

Es wurde großer Wert auf die Unabhängigkeit der Zeitung gelegt (vgl. Stadler 1990: 100). Wichtig war den Herausgebern eine Grenzlinie zwischen Christlichsozialer Partei und katholischer Presse zu ziehen. Die *Reichspost* vertrat zwar das christlichsoziale Gedankengut, eine direkte Parteiabhängigkeit war jedoch nicht gegeben (vgl. Lang 2002: 31).

Die Zeitung war kein Parteiorgan, man konnte sie aber als Kampfblatt für die Christlichsozialen Ideen bezeichnen. Die *Reichspost* konnte außerdem auf die Rückendeckung durch die Partei zählen, ohne Verpflichtungen gegenüber der Partei zu haben. Sie konnte bis zu einem gewissen Grad als offiziöses Organ der Christlichsozialen Partei angesehen werden und diente als Sprachrohr für Friedrich Funder (vgl. Stadler 1990: 100, zit. n. Staudinger 1983: 252).

Bereits vor dem ersten Weltkrieg war die Entwicklung der *Reichspost* von einem kleinen katholischen Kampfblatt zum christlichen Zentralorgan abgeschlossen (vgl. Stadler 1990: 105). Nach dem ersten Weltkrieg erschien die Zeitung unverändert. Ihr Format von 45 x 31 Zentimetern wurde unverändert beibehalten. Auch die dreispaltige Seiteneinteilung blieb gleich. Obwohl die Habsburgermonarchie zerfallen war, wurden Titel und Untertitel des Blattes fast unverändert beibehalten. Im Untertitel ließ man das Wort "Österreich" weg. So lautete der Untertitel "Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk" (Stadler 1990: 115).

Anfangs hatte das Morgenblatt 8, später 12 Seiten (vgl. Raisp 1952: 1934). Das Mittagsblatt hatte nur 4 Seiten. Das Hauptgewicht der Zeitung lag nach wie vor auf der politischen Berichterstattung (vgl. Stadler 1990: 103). Das Blatt erschien täglich morgens und Montags erst mittags (vgl. Wisshaupt 1950: 81).

Leitartikel fand man nicht im Blattinneren, sondern auf der Titelseite. Der politische Nachrichtenteil füllte meist die ersten beiden Seiten des Blattes (vgl. Stadler 1990: 115). Die Rubrik "Tagesbericht" berichtete über Lokales (vgl. Raisp 1952: 134). Gerichtssaalberichte waren meist ausführlicher als der Wirtschaftsteil der Zeitung. Im Kulturbereich fand man Literatur und die Rubrik "Theater und Kunst". Auch die Rubrik "Kirchliches" wurde weitergeführt (vgl. Raisp 1952: 123).

Die LeserInnen der Zeitung bestanden vor allem aus den christlich-sozialen Kreisen, dem katholischen Klerus und gebildeten LeserInnen im ganzen Land (vgl. Wisshaupt 1950: 81).

Herausgeber und Chefredakteur blieb weiterhin Friedrich Funder. Die Auflage des Blattes stieg in den ersten Jahren der Republik stark an, fiel dann jedoch ab den zwanziger Jahren wieder stark ab. 1931 pendelte die Auflagenzahl zwischen 28.000 und 36.000 (vgl. Stadler 1990: 115). 1935 stieg die Auflage wieder gering auf 30.000 - 38.000 Exemplare. Die *Reichspost* und die konkurrierende *Arbeiter-Zeitung* waren die führenden Blätter der Wiener Partei- und Tagespresse (vgl. Raisp 1952: 131).

Obwohl die Zeitung antisemitische Töne anschlug, war Funder kein Verfechter des Nationalsozialismus. Er stand immer hinter der Unabhängigkeit Österreichs und war gegen den Anschluss an Hitlerdeutschland (vgl. Köhler 1985: 119).

Später war die Zeitung im Wesentlichen vom rechten Flügel der Partei um Ignaz Seipel bestimmt (vgl. Staudinger 2002: 270). Die katholische Tageszeitung verband "ihre antisemitische Agitation mit einer heftigen Abneigung gegen alles Moderne [...]." (Scheichl 2002: 167)

Das Blatt trat auch gegen jeden Verstoß der katholischen Lehre auf (vgl. Stadler 1990: 123). Abtreibung und Verhütung wurden abgelehnt. Immer wieder gab es Bekenntnisse zur katholischen Familie als Stütze des Staates. Auch wurden in der ersten Republik die antisemitischen Äußerungen in der *Reichspost* beibehalten (vgl. Scheichl 2002: 123).

Die *Reichspost* sei demnach gegen das "internationale Judentum", weil es das "Judentum" ist. Man hatte es mit einem politischen Programm zu tun, das ausschließlich auf Vorurteilen beruhte (vgl. Scheichl 2002: 168).

Die Zeitung war unter allen Österreich-Ungarischen Zeitungen die einzige mit einer derartigen Unabhängigkeit. Auch dieser Faktor begünstigte einen offenen Antisemitismus in der Zeitung (vgl. Cohen 2013: 10).

Aufgrund der antisemitischen sowie antimagyarischen Einstellung des Blattes wurde es vor dem ersten Weltkrieg oft konfisziert (vgl. Stadler 1990: 102). Oft kritisiert wurde vor allem das von "Juden durchsetzte Wirtschafts- und Kulturleben der Monarchie." (Edlinger 1964: 52)

Im Großen und Ganzen wurde vor allem kritisiert, dass Juden bessere Posten hatten und am häufigsten, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, auf Universitäten

studierten (vgl. Stadler 1990: 123). Häufig wurde auch die jüdische und die sozialdemokratische Presse angeprangert, wobei jüdisch oft mit sozialdemokratisch gleichgesetzt wurde.

Am 17. Mai 1895 erklärte die *Reichspost* die Ansichten und Ziele der Christlichsozialen Partei auf der ersten Seite unter Feuilleton: “Unsere Ziele und unsere Wege zum Ziele” “[...] Wir nennen uns die “christlich-soziale” Partei; und wenn je, so trifft bei uns zu, daß der Name Programm ist. Wir wollen die Wiederverchristlichung der Gesellschaft; wir trachten dahin, daß unser ganzes öffentliches Leben wieder auf den Grund des positiven Christenthums gestellt werde.” (*Reichspost*, 17. Mai 1895, S. 1)

Durch die Unterstützung von Papst Pius IX und Papst Leo XIII sollen christliche Grundsätze und der Glaube nicht nur im privaten Leben praktiziert werden, sondern wieder “maßgebend werden in der Thätigkeit des ganzen Staatsorganismus.” (Cohen 2013: 1, *Reichspost*, 17. Mai 1895, S. 1) Liberalismus, Freimaurerei, Sozialdemokratie und das Judentum sollten bekämpft werden (vgl. Cohen 2013: 1). Zweitens bekannte sie sich in ihren Ansichten zum Antisemitismus:

Man wirft uns dann ferner außer unserem Namen unsere antisemitische Richtung vor. Man hat gesagt, wir seien Anhänger des Racenantisemitismus. Unter dem Racenantisemitismus verstehen wir den Haß und die Anfeindung jedes Semiten oder Juden als solchen, oder mit anderen Worten, die Anfeindung eines Juden, eben weil er ein Jude ist. Nun, zu einem solchen Antisemitismus bekennen wir uns nicht. Will ein Jude sich ehrlich und redlich nähren und uns Christen dabei in Frieden lassen, dann lassen wir ihn gerne gewähren. Was wir bekämpfen, das ist nicht der Semit als Person, das ist der verderbliche Einfluß der Juden und vor Allem auch der Judenpresse, der durch letztere repräsentierte, gepflegte und geförderte Judengeist im ganzen öffentlichen Leben. Diesen verderblichen Einfluß aber, den sich die Juden und ihre Presse vorzüglich hier in Wien zu verschaffen gewußt haben, bekämpfen wir auf seiner ganzen Linie. (*Reichspost*, 17. Mai 1895, S. 2)

Als die Bevölkerung nach 1918 die politischen und sozialen Folgen des Zusammenbruchs zu spüren bekam, kam es zu einer noch schärferen Ablehnung gegenüber dem Judentum (vgl. Edlinger 1964: 52).

In dem Manifest der Christlichsozialen Partei, das 1918 in der *Reichspost* veröffentlicht wurde, hieß es (vgl. DeCillia-Wodak 1987: 96):

Die auch im neuen Staate hervortretende Korruption und Herrschaft jüdischer Kreise zwingt die Christlich-soziale Partei, das deutsch-österreichische Volk zum schärfsten Abwehrkampf gegen die jüdische Gefahr aufzurufen. Als eigene Nation anerkannt, sollen die Juden ihre

Selbstbestimmung haben; die Herren des deutschen Volkes aber sollen sie nicht sein. (Reichspost, 24. Dezember 1918.)

Cohen (2013: 2) geht davon aus, dass die antisemitische Einstellung der *Reichspost* auch die Einstellung ihrer Wiener-LeserInnen gegenüber Juden mit Sicherheit sehr beeinflusst hat, und das nicht nur im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Am 22. September 1920 veröffentlichte die Reichspost folgenden Artikel (vgl. Spira 1981: 79):

Hinaus mit den Ostjuden! - Keine Stimme der nur von Juden geführten internationalen Sozialdemokratie! [...] Solange die jüdischen Führer der Sozialdemokratie die Zügel der Regierung unseres Staates in ihren Händen haben, solange wird Österreich der Sammelpunkt aller jüdischen Auswanderer aus dem Osten sein. (Reichspost, 22.09.1920, S. 9)

Als die *Reichspost* ab 1933 bemerkte, dass die Nationalsozialisten einen üblen Weg beschritten hatten, verurteilte sie zwar deren antiklerikale Haltung, am Antisemitismus hielt sie aber fest (Vgl. Stadler 1990: 123). Die Zeitung versuchte den Antisemitismus religiös und ökonomisch und nicht rassistisch motiviert darzustellen.

Nachdem die Nationalsozialisten am 1. April 1933 zu einem eintägigen Boykott jüdischer Geschäfte ausriefen, schrieb die *Reichspost*, ihre Judenabneigung kaum verbergend, am 2. April 1933 (vgl. Königseder 2005: 59): “Sie [die Juden] stellen die fanatischsten Führer, die gefährlichsten Doktrinäre für die marxistischen Parteien und sind an den aufreizendsten Erscheinungen des Hochkapitalismus mitschuldig [...]” (Reichspost, 02.04.1933, S. 1)

Die Zeitung sah in dieser Maßnahme jedoch kein geeignetes Mittel, um dem Ziel einer neuen Ordnung, “die nicht mehr den Stempel jüdischen Geistes tragen darf” (Reichspost, 02.04.1933, S. 2), näher zu kommen (vgl. Königseder 2005: 59). Es wäre nach der *Reichspost* Zeit den Antisemitismus, “der im ganzen Land stürmisch zu Taten drängt” (Reichspost, 02.04.1933, S. 1), in geordnete Bahnen zu lenken.

Die *Reichspost* kennzeichnet den Antisemitismus als eine Erscheinung, “die nicht einer Konjunktur oder der Laune einiger Führer entsprungen ist, sondern aus der tiefsten Seele des deutschen Volkes kommt und im Grunde defensiven Charakter hat [...]” (Reichspost, 02.04.1933, S. 1 – 2)

Die Zeitung unterstützte ab 1933 die Politik von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und ab Juli 1934 die Politik von Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg (vgl. Stadler 1990: 123).

1933 wird die Zeitung auch zur Verfechterin des Ständestaates und seiner autoritären Ideologie. Im selben Jahr sprach sich das Blatt gegen Adolf Hitler aus. Ab diesem Zeitpunkt stehen Bekenntnis zum Vaterland, Heimatschutz, Volkstum und Patriotismus im Mittelpunkt der Argumentation der *Reichspost*.

Ab dem Jahr 1934 wurde die Parteipresse verboten und die christlichen Zeitungen übernahmen komplett die Funktion einer Regierungspresse, auch die *Reichspost* kann zu dieser Kategorie gezählt werden (vgl. Stadler 1990: 125).

Das Blatt hielt zur ständestaatlichen Regierung und trat für die Unabhängigkeit Österreichs ein. Nachdem am 12. März 1938 Österreich auf Befehl von Hitler besetzt wurde, musste die *Reichspost* ihr Erscheinen ab September 1938 einstellen. Die Herausgabe des Blattes wurde für immer eingestellt. Als Nachfolgeblatt gilt das ab 1. Dezember 1945 erschienene Wochenblatt *Die Furchen* (vgl. Stadler 1990: 125, zit. n. Paupié 1960: 101).

6 Methodische Grundlagen

6.1 Die diskurshistorische Methode der Textanalyse

In meiner Arbeit orientiere ich mich wie erwähnt an dem Konzept der diskurshistorischen Textanalyse der Wiener Schule (Wodak u.a. 2016). Der von mir bereits behandelte geschichtliche Aspekt soll dabei in der Analyse und den Diskursen Berücksichtigung finden und zeigt, wie sehr Judenfeindlichkeit in der Gesellschaft und in den Medien bereits integriert war und in Österreich bereits längere Tradition besaß. Das soll zum besseren Kontextverständnis beitragen.

Kurz möchte ich erklären, was unter Diskurs verstanden wird.

Titscher unterscheidet zwischen Text und Diskurs:

Text ist das Produkt des Prozesses der Textproduktion, der Diskursbegriff ist aber aufschlußreicher und relevanter als der Textbegriff, da die Kritische Diskursanalyse nicht Texte, sondern Diskurse analysiert: Diskurs ist im Verhältnis zu Text weiter gefasst [...]. (Titscher 1998: 182).

Bei Michel Foucault wird der “Diskurs”-Begriff operativ verstanden. “Diskurs” steht für die sprachliche Seite einer “diskursiven Praxis.” (Link 1990: 90) Unter der “diskursiven Praxis” versteht Foucault weiters die Gesamtheit einer speziellen Wissensproduktion (vgl. Link 1990: 90).

Die Wiener Diskursanalyse positioniert sich im Feld der Kritischen Diskursanalyse (vgl. Wodak 2016: 41). Die kritische Diskursanalyse stellt in der Theorie keine homogene Methode innerhalb der Diskursanalyse dar (vgl. Titscher 1998: 178). Das bedeutet, dass die Darstellung der Methode nur für einzelne Ansätze, unter Beachtung des theoretischen Hintergrunds erfolgen kann (vgl. Titscher 1998: 178). Die Prinzipien der Kritische Diskursanalyse sind also zusammengefasst folgende:

Die Kritische Diskursanalyse beschäftigt sich mit sozialen Problemen. Es geht ihr nicht um Sprache oder Sprachgebrauch per se, sondern um den linguistischen Charakter sozialer und kultureller Prozesse und Strukturen. Demnach ist die Kritische Diskursanalyse auch interdisziplinär konzipiert. [...] Sie studiert Macht im Diskurs als auch Macht über den Diskurs. [...] Gesellschaft und Kultur werden diskursiv geschaffen, konstituieren aber auch gleichzeitig den Diskurs. Jeder einzelne Moment des Sprachgebrauchs reproduziert oder transformiert Gesellschaft und Kultur inklusive der Machtbeziehungen. [...] Sprachgebrauch kann ideologisch sein. [...] Diskurse sind historisch und können nur im Zusammenhang mit dem Kontext verstanden werden. Diskurse sind nicht nur in eine bestimmte Kultur, Ideologie oder Vergangenheit eingebettet, sondern auch intertextuell mit anderen Diskursen verbunden. [...] Diskursanalyse ist interpretativ und erklärend. [...] Diskurs ist eine Form sozialer Handlung. (Titscher 1998: 180 – 181)

Bei der diskurshistorischen Analysemethode wird je nach Untersuchungsgegenstand versucht, über die rein sprachliche Dimension

hinauszugehen und systematisch die historischen, politischen, soziologischen oder psychologischen Dimensionen in die Analyse und Interpretation eines bestimmten diskursiven Ereignisses einzubeziehen (vgl. Wodak-Reisigl 2015: 583). Bei der Analyse von historischen oder politischen Themen wird also folglich die geschichtliche Dimension diskursiver Handlungen berücksichtigt (vgl. Wodak 2016: 42). Bei der kontextuellen Einbettung diskursiver “Ereignisse” werden auf historische Hintergrundinformationen zurückgegriffen (vgl. Wodak 2016: 42). Kontext wird in der Hinsicht unterschiedlich verstanden, es kommt darauf an, welche gesellschaftlichen Aspekte für die jeweilige Fragestellung von Bedeutung sind (vgl. Wodak 1990: 53).

Untersuchungsgegenstand ist auch in meiner Arbeit ein authentischer Text, also tatsächliche Alltagskommunikation, die an alltäglichen, institutionellen oder, wie in meiner Arbeit, an medialen sowie politischen Orten stattgefunden hat (vgl. Wodak 2016: 42). Die Kritische Diskursanalyse wird als eine Form sozialer Praxis verstanden. Außerdem ist der Diskurs “sowohl sozial konstitutiv als auch sozial bestimmt.” (Wodak 2016: 42) Das bedeutet, dass der situationale, institutionelle und soziale Kontext den Diskurs prägt. Auf der anderen Seite prägt dieser Diskurs wiederum die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit (vgl. Wodak 2016: 42).

Die Kritische Diskursanalyse ist eine Methode, die primär vor allem die Art und Weise untersucht, wie zum Beispiel gesellschaftlicher Machtmissbrauch und Ungleichheit durch Text und Rede im sozialen und politischen Kontext inszeniert, reproduziert, legitimiert und bekämpft werden (vgl. Van Dijk 2015: 466). Diese Methode setzt sich zum Ziel ideologisch durchwirkte Formen der Machtausübung, politische Kontrolle und Manipulation sowie soziale Ungleichheit zu verstehen und aufzudecken. Unterdrückungs- und Exklusionsstrategien sollen im Sprachgebrauch sichtbar gemacht werden (vgl. Wodak 2016: 43). Das zeigt, dass diskursive Handlungen bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse produzieren oder konstruieren können (vgl. Wodak 2016: 43). Sie tragen auch dazu bei, dass ein gesellschaftlicher Status quo ante rechtfertigt, restauriert, relativiert, aufrechterhalten oder transformiert und demontiert wird (vgl. Wodak 2016: 43).

Judenfeindliche Äußerungen können in Bildern, Karikaturen, faschistischen Symbolen, Wörtern, Texten bis zu Witzen oder Aufforderungen reichen (vgl. DeCillia-Wodak 1987: 99). Auch ist das Gesagte nicht immer eindeutig oder direkt. Angefangen von manifestem Antisemitismus bis hin zu subtileren Formen, die

Vorwissen voraussetzen, kann alles vorkommen. Die Äußerungen sind auf jeden Fall nur in ihrem Kontext beschreibbar, zuordenbar und interpretierbar (vgl. Wodak 2016: 12). Daher kann es eine Sprache des Antisemitismus nicht geben. Antisemitischer Sprachgebrauch ist immer unterschiedlich und kontextabhängig.

6.2 Methodisches Vorgehen

Um Antisemitismus und offene oder verdeckte sprachliche Manifestationen und Strategien antijüdischer Haltungen und Vorurteile aufdecken zu können, bedarf es differenzierter Instrumentarien (vgl. DeCillia-Wodak 1987: 95). Mit "Strategie" meinen Wodak und Reisigl (2015: 585) im Allgemeinen eine mehr oder weniger genaue Abfolge von Praktiken, einschließlich diskursiver Praktiken, die zur Erreichung eines bestimmten Ziels eingesetzt werden (vgl. Wodak-Reisigl 2015: 585).

Die Konstruktion von Feindbildern im öffentlichen Diskurs bildet einen wichtigen Forschungsschwerpunkt der diskurs-historischen Methode (vgl. Titscher 1998: 199).

In meiner Arbeit sollen daher explizite und implizite antisemitische Vorurteilmuster erleuchtet werden, die in den Texten der *Reichspost* im Zeitraum von Jänner 1933 bis zum Anschluss an Hitlerdeutschland im März 1938 zu finden sind. Als Beginn des Untersuchungszeitraums wurde 1933 gewählt, da es die Ausschaltung des österreichischen Parlaments sowie die Machtergreifung durch Hitler und den Beginn des "Dritten Reichs" markiert. Das Material endet 1938 mit dem Einmarsch Hitlers in Österreich. Da die *Reichspost* einen medialen sowie politischen Schauplatz darstellt, als Sprachrohr der Christlichsozialen Partei diente, ist es denkbar, dass der Diskurs der Texte auch bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse konstruierte und so auf die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit formend gewirkt hat. Der Fokus der Analyse wird dabei auf den berichtenden und meinungsbetonten Textsorten liegen.

Die Analyse kann in drei Abschnitte geteilt werden. Es werden Inhalte, Argumentationsstrategien sowie die Formen der Versprachlichung als Analyseebenen unterschieden (vgl. Titscher 1998: 192). Als erstes werde ich die spezifischen Inhalte des Diskurses mit möglichen antisemitischen Tendenzen identifizieren und herausarbeiten. Danach werde ich untersuchen, wie durch

verschiedene Argumentationsstrategien die spezifischen antisemitischen Inhalte vermittelt werden. Gruber stellt fest, dass antisemitische Inhalte die Grundlage für eine vorurteilshafte Darstellung von Juden bietet, antisemitische Argumentationsstrategien versuchen die Verwendung dieser Inhalte im öffentlichen Diskurs zu legitimieren (vgl. Gruber 1991: 168). Abschließend sollen die kontextabhängigen sprachlichen Realisierungsformen von diskriminierenden Vorurteilen und Stereotypen aufgezeigt und analysiert werden, um die antisemitischen Haltungen und Aussagen aufzudecken bzw. diese zu erhellen. Dabei werde ich die Text-, Satz- und Wortebene auf Formen der Versprachlichung untersuchen. Die Arbeitsschritte sollen natürlich nicht getrennt voneinander betrachtet werden, sondern als Kreislauf, bei dem alle drei Analysedimensionen mit dem gesamten Kontextwissen in Beziehung gesetzt werden sollen (vgl. Titscher 1998: 192).

Ich werde für alle Strategien und Inhalte Textbeispiele zum besseren Verständnis geben. Durch dieses methodische Vorgehen kann eine antisemitische Haltung in den Diskursen sichtbar gemacht werden. Der Einbezug des historischen Kontexts, teils bis in die Antike zurück, ist bei dieser Methode der Untersuchung antisemitischer Vorurteile und Inhalte sehr wichtig, da er sozio-kulturelles Wissen beinhaltet (vgl. Titscher 1998: 182). Das bedeutet, dass Diskurse nur über die zugrundeliegenden Konventionen, Kontexte und Regeln verständlich sind (vgl. Titscher 1998: 182). Abschließend möchte ich zum besseren Verständnis noch einen Artikel exemplarisch nach den herausgearbeiteten Kriterien untersuchen.

Ein interdisziplinärer Zugang und eine Interpretation der Texte durch andere Fachwissenschaftler, was Teil einer guten Analyse sein sollte, musste bei meiner Arbeit leider ausgespart werden, da ich die Arbeit alleine verfasst habe und ich mich dem Forschungsgegenstand daher nur von meinem Blickwinkel nähern konnte. Daher war es mir umso wichtiger die Texte genau zu untersuchen und die Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten.

7 Die Hypothese

In der *Reichspost* kommt es von 1933 bis zum Einmarsch Hitlers im März 1938 durch den Sprachgebrauch, trotz der offiziellen pro-jüdischen Politik des österreichischen Ständestaats, vermehrt zu antijüdischen Tendenzen und Antisemitismus in der Berichterstattung. Es handelt sich bei der Berichterstattung großteils um einen passiven Antisemitismus und um direkte, aber auch indirekte Ausgrenzungsstrategien, die sich gegen das Judentum richten und mit Hilfe des historischen Kontexts aufgedeckt werden können.

Trotz einer strengen Trennung zwischen nationalsozialistischem Antisemitismus und den weniger “systematischen Vorurteilen” (Wodak 1990: 20) der Christlichsozialen Partei und deren Bewegung schufen diese Strategien und Vorurteile in der Berichterstattung der *Reichspost* ein antisemitisches Umfeld und trugen zur Ausgrenzung von Juden bei.

8 Untersuchte Textsorten

Die Durchsicht und Auswahl der Texte in der *Reichspost* erfolgte auf Grundlage von antisemitischen Inhalten und es wurde auch auf die jeweiligen Argumentationsstrategien in den Texten geachtet.

Ich habe großteils die meinungsbetonten oder kommentierenden Textsorten in der *Reichspost* in meiner Analyse untersucht, vor allem habe ich Kommentare und Leitartikel in der Zeitung näher betrachtet. Aber ich habe auch die informationsbetonten Textsorten, wie den Bericht oder die Nachricht, näher betrachtet, da sie vielfach antisemitische Vorurteile in Form von Zitaten transportieren. In dieser Form können Vorurteile und Strategien der Ausgrenzung auch realisiert werden. Gruber spricht von einer „integralen Analyse“ von Medienereignissen, bei der alle Textsorten und alle Diskursebenen einer Berichterstattungskette betrachtet werden (vgl. Gruber 1991: 46).

Gruber gliedert die informationsbetonten Textsorten in Hard News, Soft News und Bericht (vgl. Gruber 1991: 106). Die Hard News zeichnen sich durch einen relativ starren Aufbau aus. Die wichtigsten Inhalte werden am Beginn positioniert. Der weiterführende Text ist durch eine Spezifikation dieser Inhalte gekennzeichnet (vgl. Gruber 1991: 106).

Soft News kennzeichnen eher die sensationelle Aufmachung der Berichterstattung sowie ihr Unterhaltungswert. Die Themenbereiche beinhalten zum Beispiel Verbrechen, Skandale oder Naturkatastrophen (vgl. Gruber 1991: 107).

Beim Bericht werden Handlungssequenzen chronologisch geordnet dargestellt. Anders als in den Soft News treten hier aber vermehrt Zitate und kommentierende Stellungnahmen auf. Zwischentitel charakterisieren diese Textform. Der Bericht erstreckt sich auch meist über mehrere Spalten. Häufig kommen appellative Elemente in der Schlagzeile vor. Ein wertender oder stellungnehmender Schlussteil sind auch keine Seltenheit (vgl. Gruber 1991: 108). Gruber stellt klar, dass der Bericht auch Merkmale der Textsorten Soft News und Hard News enthält, daher lässt sich eine strikte Trennung nicht sinnvoll aufrechterhalten (vgl. Gruber 1991: 109). Ich verwende in meiner Arbeit daher den Terminus „Bericht“, wenn es um die Analyse informationsbetonter Textsorten geht.

Die meinungsbetonte Textsorte soll eine Kommentierung eines Sachverhalts zum Ausdruck bringen (vgl. Lüger 1995: 67) und gliedert sich in einen deskriptiv-narrativen und einen argumentativen Texttyp. Beim deskriptiv-narrativen Typ steht die Schilderung von Ereignissen aus der individuellen Sicht des Autors im Mittelpunkt (vgl. Wodak 1990: 127). Die Bewertungen ergeben sich meist aus der Sichtweise des Autors, ohne dass diese explizit ausgedrückt werden müssen. Die Glosse zählt zum Beispiel zu diesem Texttyp. Meinungen und Werte werden nach Wodak nicht argumentativ begründet, „sondern indirekt durch subjektive Darstellung bestimmter Ereignisse [...] vermittelt.“ (Wodak 1990: 128) Glossen weisen, im Gegensatz zu Kommentaren, einen eher zugespitzten, polemischen Stil auf (vgl. Lüger 1995: 137). Die Argumentation wirkt meist eher unterhaltend als überzeugend.

Zum argumentativen Texttyp zählt zum Beispiel der Kommentar und der Leitartikel. In den meisten dieser Textsorten herrscht eine argumentative Textoberfläche vor. Die Funktion von Kommentaren besteht meist darin, eine unabhängige Interpretation beziehungsweise eine Erklärung eines Sachverhalts oder einer Tageserscheinung ect. zu geben (vgl. Lüger 1995: 126). Es werden dabei Deutungen und Wertungen vermittelt, die beim Empfänger eine bestimmte Einstellung erzielen oder verändern sollen. Das bedeutet, dass die LeserInnen eine gewisse Position oder Einstellung übernehmen und von einer Meinung überzeugt werden sollen (vgl. Lüger 1995: 128). Oft geht Kommentaren aber auch eine

gewisse Berichterstattung voraus, das heißt, sie bestehen nicht immer nur aus einem argumentativen Kern.

Eine klare Abgrenzung zwischen den einzelnen Texttypen kann schwierig sein und klare Zuordnungen sind oft nicht möglich (vgl. Lüger 1995: 70). Der Textzusammenhang und der Wissenshorizont des Empfängers sind zum Beispiel entscheidend, ob es sich um eine “informierende” oder um einen “bewertende” Äußerung handelt (vgl. Lüger 1995: 68).

9 Diskursanalytische Untersuchung

9.1 Antisemitische Inhalte

Jüdische Weltverschwörung und Macht

Das Vorurteil der jüdischen Weltverschwörung kam in den Texten relativ häufig vor und stellt ein Klischee dar, dass hartnäckig immer wieder vorkommt und eines der am häufigsten auftretenden Klischees darstellt.

Als sich nach dem Aufstieg Hitlers 1933 erstmals die ersten Judenboykotte im Land ereigneten, berichtete die *Reichspost* am 27.03.33 davon, dass Deutschland alle Vorwürfe antisemitisch zu sein von sich wies. Demnach gebe es keinen Antisemitismus im Lande und alle Bürger, auch die Juden, werden gleichbehandelt. Göring wird zitiert, wonach es nur “ein paar bedauerliche Zwischenfälle” (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2) gab, bei denen es zu kleinen Störungen kam und vor jüdischen Geschäften demonstriert wurde.

Die Folge war ein Aufruhr der öffentlichen Meinung in allen Weltteilen gegen die angeblichen Judenverfolger, diplomatische ‘Erkundigungen’ der auf Erfüllung ihrer Kulturpflichten so gewissenhaft bedachten Weltmächte wurden angekündigt, eine Weltboykottbewegung gegen deutsche Waren wurden von jüdischen Verbänden organisiert. (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2)

Der Autor spricht von einer großen “Judenschutzaktion” (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2). Die staatstreuen jüdischen Bürger hätten im Dritten Reich nicht das Geringste zu befürchten.

“Nach der Weltpresse müsste man glauben, man wate in Berlin im Blut. Nichts sei geschehen, als daß einige Leute aus ihren Pfründen abgesetzt und daß einige

tausend Kommunisten von der Polizei verhaftet worden seien.” (Gegen die Greuelnachrichten über Deutschland, 26.03.33, S. 4)

Erwähnt werden immer wieder die “Weltpresse” und andere Medien sowie Verbände, die unter jüdischem Einfluss stünden (vgl. Wodak 2016: 129). Anspielungen über die jüdische “Geschäftstüchtigkeit” und ihrer wirtschaftlichen Macht sowie ihrer “Geldgier” kommen auch vor: “Der jüdische Geschäftsmann könne in Ruhe seinen Geschäften nachgehen, jüdische Beamte seien nur abgebaut worden, weil sie Sozialdemokraten waren.” (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2)

Der Autor erklärte weiters zynisch, dass sich “Judas Weltmacht” und die “Weltpresse” nun keine Sorgen mehr über ein antisemitisches Deutschland machen müsse und findet es “beinahe rührend”, wie von den Regierungsgrößen feierlich verkündet wird, dass es keinen Antisemitismus im Reich gibt (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2).

“Dieser erste große Zusammenprall von ‘Judas Weltmacht’ mit dem zur Macht gelangten Nationalsozialismus endet nun damit, daß die maßgebenden Stellen des dritten Reiches alle judengegnerischen Absichten in Abrede stellen und brave Unparteilichkeit geloben.” (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2) Neben dem “Weltjudentum” werden in dem Artikel auch antisemitische Ressentiments geleugnet (vgl. Wodak 2016: 137). Jüdische Verbände und “sogar Zionistenblätter” sind nun bemüht für die “Judenfreundlichkeit” im Dritten Reich Zeugnis abzulegen und die jüdische Rundschau beteuert, dass es zu Unrichtigkeiten in der Berichterstattung gekommen ist und die Juden nicht in Gefahr wären. Sogar der “Allgemeine Rabbinerverband in Deutschland” spricht sich für das deutsche Vaterland und der Treue an Deutschland aus (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2).

Einen Tag später berichtete die *Reichspost* von einem “Abwehrkampf” (Verschärfte Abwehr der deutschfeindlichen Boykottbewegung, 28.03.33, S. 4) gegen die internationale jüdische Gräuel- und Boykotthetze gegen Deutschland. Es sollen als Antwort gegen die Boykottdrohungen des internationalen Judentums Boykottkomitees gegen jüdische Geschäfte gebildet werden.

Im Leitartikel vom 02.04. kritisiert die *Reichspost* das “Weltgewissen” und spricht von einer oft geleugneten “Weltsolidarität” des Judentums:

Über gewisse antisemitische Ausschreitungen im Reich erhebt sich ein Lärm, der über alle Kontinente geht und eine Einheitsfront gegen Deutschland herstellen will. Wo war aber diese Solidarität, als unter dem Kommando bolschewistischer Juden viele tausend Christen in Rußland hingemordet wurden [...]. Hat sich das 'Weltgewissen' gerührt, hat man etwas von einem Boykott gegen diese Länder gehört? Heute aber führt ein dem Grunde nach berechtigter Abwehrkampf gegen das Judentum in Deutschland zu einigen beklagenswerten Ausschreitungen, und schon befindet sich das 'Weltgewissen' diesseits und jenseits des Ozeans in heller Aufregung. (Der abgestoppte Judenboykott, 02.04.33, S. 1 - 2)

Diese Widersprüchlichkeit in der Berichterstattung deutet auf die Angst vor der "Macht der Juden" hin (vgl. Wodak 2016: 130). Das Auftreten der Juden und die Tatsache, dass das internationale Judentum sich wehrt, wirken bedrohlich. Daher sei eine Abwehrreaktion den Autoren zu Folge nur verständlich. Das wiederum soll den Antisemitismus in der Berichterstattung verständlich machen und ihn legitimieren (vgl. Wodak 2016: 130).

Gegen einen staatspolitisch geleiteten Antisemitismus in Deutschland wird die Propaganda des Weltjudentums auch ohne besondere Gegenmaßnahmen versagen. Es handelt sich hier um eine Bewegung, die nicht einer Konjunktur oder der Laune einiger Führer entsprungen ist, sondern aus der tiefsten Seele des deutschen Volkes kommt und im Grunde defensiven Charakter hat, obwohl sie jetzt angriffsweise auftritt. (Der abgestoppte Judenboykott, 02.04.1933, S. 1 – 2)

Auch die am 28.05.35 erschiene Nachricht "Der Straßenterror in München" (28.05.35, S. 1) in der *Reichspost* beweist, wie groß die Angst vor der "Macht des Judentums" und einer "jüdischen Weltverschwörung" ist und wie sehr dieses Vorurteil bereits in den Köpfen verankert ist, da es sich immer wieder wiederholt. Im Kampf gegen Terrorgruppen kritisiert der Verfasser, dass erst die Misshandlung ausländischer "prominenter" englischer und amerikanischer Juden, die Behörden in München veranlasst haben, gegen die nationalsozialistischen Terrorbanden einzuschreiten. Es hieße, als es nur um die katholische Caritas ging, wurden die Klagen ignoriert:

Ja, gerade die Polizeidirektion München kam den Terroristen in der Weise entgegen, daß sie die Fortsetzung der Caritassammlung im Widerspruch zu den von der Berliner Zentralbehörde aufgestellten Sammlungskalender verbot, und zwar mit einer Begründung, die sich auf die 'Erregung' der Terroristen berief. Das Münchner Exempel beweist, daß heute im Dritten Reich ein Judenprotest weit mehr vermag als alle Proteste der katholischen Bevölkerung und der kirchlichen Autorität, daß das Judentum weit mächtiger und einflußreicher ist als das bodenständige katholische Volk. Vor der Macht

des Judentums kapituliert die nationalsozialistische Münchner Polizeidirektion. (Der Straßenterror in München, 28.05.35, S. 1)

In einem Eigenbericht der *Reichspost* vom 28.07.1935 (Geistiger Bolschewismus unterm Hakenkreuz, S. 2) kritisiert der Autor die Hetze der Nationalsozialisten im Dritten Reich, die gegen die katholische Kirche geführt wird. Es wird auf die Wochenschrift *Judenkenner* (Nr. 22) Bezug genommen, die das Weltjudentum und sein "Lumpenpack" thematisiert. Zu diesem "Lumpenpack" gehöre auch die Kirche:

"Es ist die Preisgabe der Kirche an den Mob der Straße, der es im heutigen Deutschland ungehindert und ungestraft wagen darf, den Kübel der gemeinen Hetze gegen die katholische Religion auszuschütten. Das Titelbild der neuen Wochenschrift, *Judenkenner* (Nr. 22) sagt mehr als viele Worte: Es zeigt "die Pandorabüchse des Weltjuden", der aus seiner Unheilsbüchse alles Lumpenpack auf Deutschland losläßt: Nackte Dirnen, Mordbrenner, Schieber, Kommunisten, Vipern und Schlangen und dazwischen einen - Mönch in der Kutte mit Tonsur und Kreuz." (Geistiger Bolschewismus unterm Hakenkreuz, 28.07.35, S. 2)

Das Weltjudentum wird also als Krönung allen Übels und Unheils dargestellt. Es bringt alles was unsittlich und schlecht ist über das Deutsche Reich. Dass das auch die katholische Kirche sein soll, ist der *Reichspost* natürlich ein Dorn im Auge. Der Autor lässt keinen Zweifel daran, dass er den Weltjuden auch, wie der *Judenkenner*, als Unheilstifter sieht, der gefürchtet werden muss. Aber gegen die bodenständige katholische Kirche darf natürlich auf keinen Fall eine gemeine Hetze verbreitet werden.

Geschäftstüchtigkeit

Das antisemitische Klischee der Geschäftstüchtigkeit der Juden kommt in der Berichterstattung auch häufig vor. Diese Geschäftstüchtigkeit wird aber negativ, im Zusammenhang mit Bankenskandalen und "Schieberei", dargestellt:

Sie stellen die fanatischsten Führer, die gefährlichen Doktrinäre für die marxistischen Parteien und sind anderseits an den aufreizendsten Erscheinungen des Hochkapitalismus mitschuldig. Seit anderthalb Jahrzehnten gibt es keinen Bankenskandal, keine große Schieberei, an der nicht Juden beteiligt waren. (Der abgestoppte Judenboykott, 02.04.33, S. 1)

Wollte man die Namen der Juden aufschreiben, die sich auf solche Art politisch, geistig und wirtschaftlich an dem bodenständigen Volkstum versündigt haben, von den kleinen Journalisten angefangen bis zu den Sklareks und Ehrenfests, es käme ein furchtbares Schuldbuch zusammen. (Der abgestoppte Judenboykott, 02.04.33, S. 2)

In einem Artikel im Januar 1934 wird vom “jüdischen Großkapital” (Handelspolitische Belagerung Deutschlands, 22.01.34, S. 3) gesprochen. Thema ist die deutsche Handelspolitik, die “schwere Bedrängnisse zu bestehen” habe.

In der englischen Presse wird es als paradox bezeichnet, daß die deutsche Regierung die Zinsen an das ausländische jüdische Großkapital voll bezahlt, während der kleine Mann, der seine mühsam ersparten Gelder in deutschen Wertpapieren anlegte, nur einen Teil seiner Zinsen erhält. (Handelspolitische Belagerung Deutschlands, 22.01.34, S. 3)

Die Anspielung auf den Juden als gierigen Zinseintreiber und hartherzigen Gläubiger erinnert an das Motiv der Shylock-Gestalt (vgl. Straus 1964: 69). Der “kleine Mann” muss um sein mühsam erspartes Geld bangen, während das “jüdische Großkapital” seine Zinsen voll erhält. Das Klischee des “Judenwucher” wird hier auch bedient.

Im Artikel “Hauswirtschaft und Volksgemeinschaft” (02.02.34, S. 6) zitiert die *Reichspost* den Bundeskanzler. Dieser spricht von Hausfrauen, die vor “Vertretern systematischen Preisschleuderns” zu warnen sind und

vor den Geschäften, wo unter dem Deckmantel niedriger Preise oft recht minderwertige Waren zum Verkauf gelangen. Die kleinen Kaufleute können mit diesen Methoden nicht mithalten und gehen zugrunde und die Gesamtwirtschaft wird durch eine unanständige Ausgleichs- und Konkurssepidemie schwer geschädigt. Es gibt eben nicht nur einen billigen, sondern auch einen gerechten Preis, der nicht unterbrochen werden kann, ohne die Gläubiger und die Lieferanten zu schädigen. (Hauswirtschaft und Volksgemeinschaft, 02.02.34, S. 6)

Es wird in der Berichterstattung nicht explizit von Juden gesprochen, durch die Anspielung der “Preisschleuderei” und Kaufleute, die ihre Gläubiger schädigen, ist aber offensichtlich, wer gemeint sein soll. Das Vorurteil der Geschäftstüchtigkeit verbindet sich mit dem Klischee der Ehrlosigkeit bzw. mit der moralischen Verderbtheit der Juden (vgl. Wodak 2016: 132).

In einem anderen Bericht wird davon gesprochen, dass die letzten Reste “jüdischer Geschäftstätigkeit” (Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft, 01.12.35, S. 3) im Dritten Reich nach dem Nürnberger Parteitag bereits liquidiert wurden. Die Juden sollen aus dem wirtschaftlichen Leben vollkommen verdrängt werden.

Aus einzelnen Gegenden, wie z.B. aus Hessen und aus Pommern, liegen Berichte vor, aus denen hervorgeht, daß durchschnittlich 40 bis 50%

sämtlicher jüdischen Geschäfte bereits in arische Hände übergegangen sind. Daneben gibt es aber auch wieder viele Kleinstädte, in denen bereits die letzten Reste jüdischer Geschäftstätigkeit liquidiert sind. Daher auch die Tatsache, daß verschiedene kleine Kultusgemeinden ihre Synagogen zum Verkaufe anbieten und daß erst letzthin ein fränkischer Bauer ein derartiges Gebäude um den Preis von 700 Mark zum Zwecke der Einlagerung von Getreide erwerben konnte. (Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft, 01.12.35, S. 3)

Der Berichterstatter hebt besonders hervor, dass verschiedene Kultusgemeinden so weit gehen und als letzten Akt der Verzweiflung sogar ihre Synagogen zum Verkaufe anbieten. Das Vorurteil der jüdischen Geschäftstüchtigkeit und auch "Geldgier" wird den Juden selbst dann noch angelastet, wenn ihnen quasi schon alles genommen wurde. Im Zuge des Vorurteils der Geschäftstüchtigkeit kommt in dem Bericht auch noch das Klischee der jüdischen Weltverschwörung zu Tage. Jüdische Geschäftsleute versuchen natürlich ihr Vermögen zu retten oder ins Ausland zu transferieren und es wird davon gesprochen, dass zu diesem Zwecke eine internationale jüdische Transferbank gegründet wurde:

Die einzige Aufgabe dieser Bank, die in London ihren Sitz haben soll, würde darin bestehen, den deutschen Juden die Auswanderung auch in außerpalästinische Länder, und zwar ohne allzu große Einbuße an Vermögen, zu ermöglichen. Die deutschen Juden sollen dabei ihre Kapitalien in Form von Waren ins Ausland bringen, wogegen ihnen die Bank den Gegenwert der Waren bei Abzug von 25 Prozent als Verlustrisiko sofort auszahlen wird. Falls dieser Plan mit Hilfe der jüdischen Hochfinanz der ganzen Welt verwirklicht wird, wäre den Zehntausenden von Juden, die heute in Deutschland die Reste ihres Vermögens aufzehren, die Möglichkeit geschaffen, Deutschland zu verlassen, ehe sie vollkommen verarmt sind. (Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft, 01.12.35, S. 4)

Dem Autor scheint es nicht zu gefallen, dass die deutschen Juden, die ohnehin ein großes Vermögen zu haben scheinen, auch noch Unterstützung von der "jüdischen Hochfinanz" erhalten. Es macht den Anschein, die ganze Welt sei vom jüdischen Einfluss und Kapital durchdrungen, daher hätten die Juden in Deutschland auch nichts weiter zu befürchten. Die "Macht" des Weltjudentums scheint bewiesen zu sein.

Ehrlosigkeit

Die Geschäftstüchtigkeit der Juden wird oft mit deren Ehrlosigkeit und Verderbtheit in Zusammenhang gebracht.

Am 02. April 1933 wird in dem Leitartikel “Der abgestoppte Judenboykott” (02.04.33, S. 1), davon berichtet, wie unsittlich und “moralisch entwurzelt” das deutsche Judentum sei:

Entscheidend für den Antisemitismus in den deutschen Ländern war und ist, daß ein national und moralisch entwurzeltes, oft auch sittlich angekränkeltes Judentum viele Schlüsselstellungen im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Nation erobert und in diesen Positionen jedes Augenmerk für die Rolle verloren hat, die der Jude innerhalb der Grenzen christlicher und deutscher Kultur einnehmen darf, ohne die bodenständige Bevölkerung zurückzudrängen, zu beleidigen, zu korrumpieren. (Der abgestoppte Judenboykott, 02.04.33, S. 1).

Der Kommentator klingt beunruhigt, dass das Judentum die deutsche Kultur und Wirtschaft in allen Bereichen erobert zu haben scheint. Der Antisemitismus wird dadurch gerechtfertigt, dass die Bevölkerung aufgrund der Bedrohung durch die Juden scheinbar zurückgedrängt wird. Folglich wird das Judentum als ehrlos, unmoralisch und “entwurzelt” dargestellt.

Auch im Bericht “Die ‘Arbeitsmethoden’ moderner Wucherer” (12.02.34, S. 4) heißt es, dass die “Wucherer” in den letzten Jahren eine neue Art von Wucher “erfunden” hätten, auf die Leichtgläubige und in Not geratene hereingefallen wären. Die Methoden der Geldverleiher stehen dabei im Vordergrund. Sofort hat man das Klischee des geschäftstüchtigen Juden als Bankier oder Kreditgeber im Kopf, der mit üblen Machenschaften Schuldner betrügt und sich unangreifbar fühlt. Auf den “jüdischen Dreh” und die negative Geschäftstüchtigkeit der Juden wird Bezug genommen (vgl. Wodak u.a. 2016: 349). Die Juden wurden um die Jahrhundertwende nach der industriellen Revolution zu den Prototypen des verhassten Systems und der “Kapitalisten”. Sie betrogen jene Gruppen, die aufgrund der neuen ökonomischen Entwicklungen in eine Existenzkrise geraten waren, scheinbar noch um ihr letztes Hab und Gut (vgl. Wodak u.a. 2016: 350). Dieses Symbol war auch Jahrzehnte später noch in den Köpfen der Bevölkerung verankert.

In einem anderen Bericht gibt die *Reichspost* die Rede von Bundesminister Stockinger vom 13. April 1934 (Der Handelsminister über die Zukunft der

Konsumvereine, S. 5) wieder, in der es um den österreichischen Kaufmannsstand geht. Vor dem ersten Weltkrieg sei der Stand noch geachtet gewesen.

Erst der Zerfall der großen Monarchie hat eine Verschiebung in einzelnen Bevölkerungsschichten gebracht. Eine große Reihe von Angehörigen anderer Berufe haben geglaubt, im Handelsstand eine mühelose Existenz finden zu können. Besonders in der Lebensmittelbranche trat eine maßlose Vermehrung der Handelsgeschäfte ein, deren Inhaber sich nicht immer aus bodenständigen Elementen rekrutierten. (Der Handelsminister über die Zukunft der Konsumvereine, 13.04.34, S. 5)

Der Minister spricht davon, das Ansehen und die Achtung dieses Berufsstandes wieder herstellen zu wollen. Man kann hier auch davon ausgehen, dass mit “anderen Bevölkerungsschichten” durchaus die Juden gemeint sind, die “nicht immer aus bodenständigen Elementen rekrutierten”. (Der Handelsminister über die Zukunft der Konsumvereine, 13.04.34, S. 5)

Als am 01. November 1934 ein Bericht über die Abänderung des Gewerberechts in der *Reichspost* erschien, spricht der Autor davon, dass die “Schädlinge der Wirtschaft” bekämpft werden müssen. Handels- und Gewerbestand sollen außerdem vor “Schleuderern”, “Unbefugten” und “Pfuschern” geschützt werden. (Das neue Gewerberecht, 01.11.34, S. 4)

Hier kommt wieder das Klischee des ehrlosen jüdischen Gewerbetreibenden zu Tage, auch wenn es sich nur um eine Anspielung handelt.

In einem Eigenbericht vom 25.03.35 (Nichtarier nicht mehr deutsche Schriftsteller, S. 3) werden die Juden als “unzuverlässige Volksgenossen” bezeichnet. Der Autor bezieht sich auf ein Schreiben, das von Hitler aufgesetzt wurde und sich an die Mitglieder des “Reichsverbandes deutscher Schriftsteller” wendet. Demnach soll die “Verwaltung deutschen Kulturgutes” nur geeigneten und verlässlichen Volksgenossen zustehen. Nur wer dem deutschen Volk durch “Verbundenheit des Blutes” angehört, soll Mitglied des Verbandes bleiben. Der Verfasser weist dann darauf hin, dass sich die von der Sperre betroffenen, die jüdische Presse, die jüdischen Zeitschriften und Zeitungen über die Verweisung “höchst ungehalten äußern”. Es verwundert diesen außerdem, dass zwei Jahre nach Hitlers Machtergreifung das nicht-arische Element in der Presse immer noch recht stark vertreten ist. Die Unzuverlässigkeit der Juden wird in der Berichterstattung nicht abgestritten, im Gegenteil wundert sich der Autor, dass die Presse und das

“deutsche Kulturgut” scheinbar noch immer vom „jüdischen Geist“ durchdrungen ist. (Nichtarier nicht mehr deutsche Schriftsteller, 25.03.35, S. 3)

Dass das Vorurteil der Ehrlosigkeit nicht immer nur in Verbindung mit Geschäftstüchtigkeit vorkommt, beweist der Artikel “Die Juden und das christliche Abendland” (07.05.37, S. 9). Zitiert wird der Universitätsprofessor Dr. Dietrich v. Hildebrand in einer Vortragsreihe vom Pauluswerk. Es wird die Stellung der Juden im christlichen Abendland diskutiert.

Christliche antisemitische Vorurteilsinhalte kommen hier zum Tragen. Es wird vom verlorenen Sohn gesprochen, das vorchristliche Vorurteil von den Juden als ein von Gott verstoßenes Volk wird hier thematisiert (vgl. Wodak u.a. 2016: 348):

In einem bestimmten Sinne ist aber auch heute noch Israel das Zentralvolk, denn immer ist es vom Religiösen her bestimmt, erst positiv, dann negativ, es kreist immer, ob es will oder nicht, um die große Schicksalsfrage der Menschheit: die Stellung zu Christus, erst in Erwartung, dann in Verhärtung. Es steht im Abendlande nicht als ein Fremdkörper, sondern als ein der Bestimmung nach zentral dazugehöriges Element. Auch der verlorene Sohn gehört zur Familie und kann nicht wie Fremder betrachtet werden. (Die Juden und das christliche Abendland, 07.05.37, S. 9)

Der Vortragende dementiert dieses Vorurteil. Die Religion des Judentums soll keine Ausgrenzung im Abendland erfahren. Mit der Anspielung auf einen verlorenen Sohn, kann auch Judas als Verräter an Christus gemeint sein, das hier auf das gesamte Judentum ausgelegt wird und zum Prototyp für die Ehrlosigkeit der Juden geworden ist (vgl. Wodak u.a. 2016: 349). Einige Absätze später wird dann auch noch vor der “zersetzenden” jüdischen Geistesart gewarnt:

Gewiß, es gibt Juden, die den sogenannten jüdischen Geist in abstoßender Weise verwirklichen. Solchen Erscheinungen gegenüber, die in ihrer zersetzenden, frechen und zugleich schmierigen Geistesart alles auflösen und vor nichts Ehrfurcht besitzen, kann man nicht scharf genug entgegentreten. (Die Juden und das christliche Abendland, 07.05.37, S. 9)

Man kann hier wieder eine gewisse Angst vor der jüdischen Intelligenz und der Macht der Juden herauslesen. Das Vorurteil der jüdischen “Weltverschwörung” wird auch sichtbar. Diese “freche, zersetzende Geistesart” des Judentums beherrsche Kunst, Kultur und Wissenschaft und dem müsse man scharf entgegentreten, denn das sei fremdartig und bedrohlich (vgl. Wodak u.a. 2016: 350).

Intelligenz

Zum Vorurteil bezüglich Intelligenz der Juden finden sich ebenfalls zahlreiche Beispiele in der Berichterstattung.

Im Artikel “Bedrohte Rechte in Palästina” (22.12.35, S. 3) wird von der “rücksichtslosen Energie” der Juden gesprochen, mit der sie die Rechte der katholischen Minderheit im Land unterdrücken. Dem Autor zu Folge hätten die palästinensischen Juden keine Neigung, “den Wünschen und Ansprüchen der Katholiken gerecht zu werden.” (Bedrohte Rechte in Palästina, 22.12.35, S. 3)

Auch das Klischee der jüdischen Weltverschwörung kommt hier wieder zum Ausdruck. Die „intelligente palästinensische Judenschaft” (Bedrohte Rechte in Palästina, 22.12.35, S. 3) spinne hier zweifellos rücksichtslose Intrigen gegen die katholische Minderheit im Staat, denen diese schutzlos ausgeliefert ist. Der Autor bringt zum Ausdruck, dass die Juden im Staat ohne Zweifel alle Bereiche des Lebens beherrschen.

In einer Nachricht vom 04.03.36 sehe man ein Problem darin, dass

in einzelnen Berufen bis zu 80 Prozent Juden seien, und zum Beispiel unter 8000 Ärzten in Österreich allein in Wien 3600 jüdische Ärzte leben. Gerade beim Aufbau des christlichen Ständestaates sei darauf zu achten, daß nicht irgend ein Beruf eine jüdische “Insel” bilde. (Der Aufbau des Ständestaates und die Judenfrage, 04.03.36, S. 6)

Hier wird klar dargestellt, dass die Juden vor allem die freien Berufe und die Wissenschaft beherrschen. Der Fleiß und die intellektuelle Orientierung, dass das Judentum anscheinend besitzt, wird als sehr bedrohlich empfunden. Dass die Juden besonders in Berufen wie Ärzte, Juristen oder Schriftsteller vertreten sind, schürt diese Angst nur weiter (vgl. Wodak u.a. 2016: 351).

In “Der Verband deutsch-arischer Rechtsanwälte Österreichs” (16.01.34, S. 6) kritisiert der vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Viktor Tschadesch, dass

die jüdischen Standesangehörigen ungefähr zwei Drittel der Gesamtzahl der österreichischen Rechtsanwälte ausmachen. Für Wien ist das Verhältnis für die arischen Rechtsanwälte noch ungünstiger. Hier gibt es kaum noch 15 v. H. arische Rechtsanwälte, während die jüdischen Standesangehörigen mit 85 v. H. vertreten sind. (Der Verband deutsch-arischer Rechtsanwälte Österreichs, 16.01.34, S. 6)

Für den Verband sei dieser Zustand unerträglich und es wird die Beseitigung dieses Umstandes gefordert. Es geht wieder klar aus dem Text hervor, dass die Macht vor

dem gebildeten Judentum gefürchtet wird und dieser Zustand schnellstmöglich beseitigt werden muss.

In “Das Judentum in Sowjetrußland” (27.12.37, S. 2) geht es um die Sonderstellung, die das Judentum in Russland innehat.

Die Juden hielten beträchtliche Teile des Grundbesitzes in Händen, da sie durch ihren Fleiß und ihre maßlose Strebsamkeit weit über den mehr passiven Charakter des Durchschnittsrußen hervorragten. Sie hatten den Löwenanteil der noch in den Kinderschuhen steckenden Industrie in ihrem Besitz. Ihre äußerlich glänzende Stellung lud ihnen Haß und Neid auf den Hals. (Das Judentum in Sowjetrußland, 27.12.37, S. 2)

Vom Sonderberichterstatter wird hervorgehoben, wie fleißig und strebsam das Judentum im Gegensatz zum trägen und passiven Charakter des Russen sei. Dass die Industrie größtenteils in jüdischem Eigentum stand, ließ in der übrigen Bevölkerung Neid, Missgunst und Hass entstehen. Der offensichtliche jüdische Ehrgeiz wirkte auf viele beängstigend und bedrohlich.

Fremdheit und Andersartigkeit / religiöse und kulturelle Gebräuche

Eines der ältesten Vorurteile ist die Darstellung des Juden als Fremden, der von anderen als andersartig angesehen wird. Ein Klischee, das stark zur Ausgrenzung von Juden beiträgt (vgl. Wodak u.a. 2016: 349).

Im Artikel “Wiener, in die Wiener Landsmannschaft!” von Josef Leb vom 07.12.35 (S. 8) geht es um den Heimatgedanken:

In den österreichischen Bundesländern ist eine frische Heimatbewegung in Fluß. Man bemüht sich, Fremdes, Unechtes, aus aller Welt wahllos Zusammengetragenes zu entfernen und alles Gute und Schöne, das durch Natur und Kultur seit Jahrhunderten der Heimat eigen ist, zu Ehren und zum Gebrauch zu bringen, nicht in sentimentalem Festhalten am Alten, nur weil es alt ist, sondern in sinngemäßer Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Zeit. (Wiener, in die Wiener Landsmannschaft! 07.12.35, S. 8)

Die Anspielung des Fremden, Unechten kann leicht auf das Judentum übertragen werden. “Aus aller Welt wahllos Zusammengetragenes” (Wiener, in die Wiener Landsmannschaft! 07.12.35, S. 8) kann sogar mit dem Klischee des “ewigen Juden“, des heimatlosen Wanderers, in Zusammenhang gebracht werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 349). Alles Gute und Schöne ist das Österreichische, alles Fremde ist das Unechte, Schlechte. Diese Bewertungsdichotomien in dem Artikel sollen ganz klar die einzelnen Gruppen voneinander trennen.

Am 19.02.1937 (Die Juden an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung, S. 5) wird von der Versammlung des Christlichen Volksvereines Währing berichtet und Minister Czermak zitiert:

Das Judentum wird sich entschließen müssen, sich in die neue Ordnung einzufügen und auf den Traum der völligen Eingliederung in die Völker zu verzichten. Damit ist nicht einem Rückfall in die alten Gettoverhältnisse das Wort gesprochen, sondern nur dem Wunsch, zwischen Christen und Juden einen klaren Trennungsstrich zu ziehen in der Weise, daß sich die Juden ihre kulturellen Einrichtungen selbst betreuen und dafür auf den weiteren Einfluß und auf die Führung in christlichen Kulturagenden verzichten. (Die Juden an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung, 19.02.37, S. 5)

Diese Andersartigkeit der religiösen Kultur und Gebräuche wird auf alle Menschen jüdischer Abstammung generalisiert und wird daher zum Vorurteil (vgl. Wodak u.a. 2016: 351) Im nächsten Absatz geht klar hervor, dass sich das Christentum vor dem Einfluss oder gar einer Führung ihrer christlichen Agenden durch das Judentum schützen sollte:

“Das bodenständige Volk ist seiner Aufgabe allein gewachsen und wird sie auch erfüllen, allerdings unter Ausmerzung gewisser Methoden, die den jüdischen Machthabern vielfach eigentümlich waren.” (Die Juden an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung, 19.02.1937, S. 5)

In der Nachricht “Lösung der Judenfrage in Ungarn?” (07.03.1938, S. 1) dient das Vorurteil der Andersartigkeit der Juden dazu, die Juden als fremdartig vom Rest der ungarischen Bevölkerung auszugrenzen. Kultus und Unterrichtsminister Homan wird zitiert und er sagt zur Judenfrage,

daß das Judentum in Ungarn zu unverhältnismäßigem Einfluss und Beteiligung auf dem Gebiete der Wirtschaft, aber auch des kulturellen Lebens und in der Presse gelangt ist, wobei bei einzelnen Juden, so ganz besonders bei jenen, die in der letzten Zeit erst eingewandert seien, sich Weltanschauungen feststellten ließen, die dem ungarischen Volk fremd seien und auch immer bleiben würden. (Lösung der Judenfrage in Ungarn? 07.03.1938, S. 1)

Das ungarische Volk fühle sich zwar von einzelnen Juden bedroht, angesprochen wird aber die gesamte jüdische Bevölkerungsgruppe in Ungarn. Die Juden, die eingewandert sind und eine andere Weltanschauung haben, werden zur Feindgruppe deklariert. Diese Feindgruppe wird im Anschluss des Textes noch weiter kriminalisiert und abgewertet:

Ferner soll das illegale, eingesickerte und unerwünschte Judentum entfernt und die neuerliche Einwanderung solcher Elemente verhindert werden.

Schließlich – und dies ist eine Aufgabe des Judentums selbst – sollen die Juden dazu erzogen werden, sich der allgemeinen nationalen Auffassung anzupassen und alle jene Elemente aus ihrer Gemeinschaft auszuschalten, die sich der allgemeinen nationalen Auffassung und dem allgemeinen Geist entgegenstellen. (Lösung der Judenfrage in Ungarn? 07.03.1938, S. 1)

Was die allgemeine nationale Auffassung und der allgemeine Geist ist, wird nicht definiert. Es wird in stereotyper Weise auf ein andersartiges Wesen der Juden abgeleitet (vgl. Wodak u.a. 2016: 351). Dieses Wesen muss verurteilt werden, da es „illegal“ und „unerwünscht“ ist. Alles was „fremdartig“ und „anders“ ist, müsse umerzogen werden.

In dem Artikel „Kehraus auf dem deutschen Barnaß“ von Dr. Josefine Widmar vom 12. April 1933 (S. 2) wird das Vorurteil der Andersartigkeit mit dem rassischen Antisemitismus verknüpft (vgl. Wodak u.a. 2016: 350):

„Der deutscheste Tonheros, Richard Wagner, hat durch seine zweite Gattin Kosima, Tochter einer Französin, Enkelin einer Frankfurter Jüdin, seiner Familie und seinem Schaffen fremdrassige Elemente beigefügt.“ (Kehraus auf dem deutschen Barnaß, 12.04.33, S. 2)

Das „Jüdische“ als das „fremde Element“ durchdringt der Autorin zu Folge die Familie des Künstlers sowie dessen Schaffen. Widmar sieht darin wohl eine Bedrohung der deutschen Kunst, der entgegengewirkt werden müsse:

Ein Kehraus auf dem deutschen Barnaß wird allenthalben als gesunder Reinigungssturm begrüßt werden, wenn er wirklich alle morschen Zweige und faulen Blätter aus dem deutschen Dichterwalde wegfegt, aber er darf nicht zu einem bloßen Schlagworte- und Konkurrenzwirbel werden, sondern er muss den Boden für den schöpferischen und fruchtbaren Aufstieg einer neuen werteschaffenden deutschen Kunst freimachen. (Kehraus auf dem deutschen Barnaß, 12.04.33, S. 2)

Vorurteile aus christlicher Tradition

In der *Reichspost* kommt dieser Vorurteilskomplex häufig vor. Von 1933 bis 1938 finden sich zahlreiche Beispiele in der Berichterstattung.

Die Verunglimpfungen der Juden im Leitartikel „Der abgestoppte Judenboykott“ (02.04.33, S. 1 – 2) sollen als ein erstes Beispiel für die Vorurteile aus christlicher Tradition angeführt werden:

Aber es ist daran zu erinnern, dass Juden und Halbjuden an dem Umsturz der alten Ordnung führend beteiligt waren, daß sie an der politischen Verhetzung des deutschen Volkes besonderen Anteil hatten und daß Juden überall zu

finden sind, wo der Kampf gegen die christlichen Kirchen, gegen die christliche Staatsordnung und gegen die christliche Familie geführt wird. (Der abgestoppte Judenboykott, 02.04.33, S. 1 – 2)

Es wird darauf angespielt, dass die Juden schon seit jeher die ältesten Feinde der christlichen Staatsordnung gewesen seien. Die Erklärung, dass die Juden auch das deutsche Volk politisch verhetzt haben soll und am Umsturz der alten Ordnung beteiligt waren, soll noch weiter zu deren Diffamierung beitragen.

Im Artikel “Die Juden und das Reich Gottes” vom 13. Mai 1937 (S. 6) kann man eine Anspielung an den Verrat Judas’ an Christus finden. Berichtet wird von einem Vortrag zu diesem Thema. Der Redner, dessen Worte zitiert werden, beschreibt dabei die Judenfrage als “theologisches Mysterium” (Die Juden und das Reich Gottes, 13.05.37, S. 6).

Sie ist immer eine Weltfrage gewesen, da sie eine Frage nach dem Heil des ganzen Kosmos ist. Wenn der Antisemitismus im Juden den Urheber allen Unglücks sieht, so legt er ein dunkles Zeugnis dafür ab, daß Heil und Unheil der Welt mit dem Volke zusammenhängt, das der Menschheit Christus und Judas gegeben hat. (Die Juden und das Reich Gottes, 13.05.37, S. 6)

Die Schuld Judas, dem Verräter an Christus und dessen Mord, wird auf das gesamte Judentum übertragen (vgl. Wodak u.a. 2016: 349).

Am 11. Juni 1934 wird in “Generaloffensive gegen das Verbrechen” (S. 1) mehrfach von “Judaswerk” und “Judastaten” des braunen nationalsozialistischen Terrors gegen das Volk gesprochen. Die Anspielung an den Verrat Judas an Christus wird auf die Nazis und deren Verrat am Volk übertragen. (Generaloffensive gegen das Verbrechen, 11.06.34, S. 1)

Am 21. Juni 1934 wird in dem Zusammenhang außerdem von “Judaslohn” gesprochen. (Der Judaslohn, 21.06.34, S. 3) Ein Tischlergehilfe soll für nationalsozialistischen Terror und dem Verrat an Österreich bezahlt worden sein. Der Verrat Judas an Christus wird hier auch wieder auf den Verrat eines Bürgers, der scheinbar zum Nationalsozialismus übergetreten ist, an Volk und Staat übertragen.

Im Artikel “Die Juden und das Reich Gottes” (13.05.37, S. 6) wird die Legende von Ahasver, dem ewigen Juden, thematisiert:

Aber es ist ein Zeichen der Säkularisierung, daß die Gegenwart in der Judenfrage oft nur ein Problem der Statistik sieht. Das Mittelalter, daß um den eindeutigen religiösen Charakter der Judenfrage wusste, fand das Symbol des jüdischen Schicksals in der Legende von Ahasver, dem ewigen Juden, die

von einem englischen Chronisten des 13. Jahrhunderts in der *historia major* zuerst erzählt wurde. (Die Juden und das Reich Gottes, 13.05.37, S. 6)

Der christliche Mythos des ewigen Juden verweist wieder auf das Vorurteil der Fremdheit und Andersartigkeit. Der Jude soll Christus zurückgewiesen haben und wurde dadurch als Strafe bis zum jüngsten Gericht verdammt, durch die Welt zu wandern, ohne eine feste Heimat zu finden. Dem Christentum zu Folge handelt es sich bei den Juden also um ein von Gott verstoßenes Volk (vgl. Wodak u.a. 2016: 348, 349).

Ahasver deutet das jüdische Schicksal und Sein: seine Wanderschaft und sein Leiden, seine unzerstörbare Existenz, die unauflösliche Verknüpfung seiner Geschichte mit Christus und den Schnitt in seiner Geschichte durch die Ablehnung Jesu. Die Wanderschaft, die der Beruf Israels sein sollte, wurde durch die Ablehnung des Messias zur Strafe. Außere und innere Unrast des Judens ist zutiefst eine Unruhe der Christen. - Die Judenfrage ist eine Frage Gottes an die Christen, noch vielmehr aber eine Frage Gottes an die Juden, daß sie endlich umkehren und die Antwort des Glaubens geben. (Die Juden und das Reich Gottes, 13.05.37, S. 6)

Dieser Abschnitt zeugt vom Wunsch der katholischen Kirche, die Juden zum "richtigen" Glauben, zum Christentum zu bekehren. "Sie [der Glaube, anm. des Verf.] ist schließlich der Ausdruck des Gebetes Christi: 'Daß alle eins seien'." (Die Juden und das Reich Gottes, 13.05.37, S. 6)

Der Klerus stand jedoch sehr oft im Zwiespalt zwischen dem Wunsch nach Bekehrung im Sinne einer christlichen Vorstellung, dass alle Menschen Erlösung verdienen und dem systematischen Versuch, die Juden zum Feindbild aufzubauen (vgl. Scholz 2002: 295).

Im Leitartikel "Pseudo-Mythos" vom 01.08.35 (S. 1) spricht der Autor davon, dass er es komisch findet, dass sich der deutsche Antisemitismus, der scheinbar bei der "grimmigen Ablehnung alles Alttestamentarischen einsetzt", soviel einbildet. Dem Kommentator zu Folge fußt dieser Antisemitismus darauf, die Spuren der eigenen Herkunft verwischen zu wollen (Pseudo-Mythos, 01.08.35, S. 1). Der Vorurteilsinhalt soll wahrscheinlich in erster Linie einer Abgrenzung der neuen von der alten Religion dienen (vgl. Wodak u.a. 2016: 348). Die alttestamentarischen Quellen, auf die der Nationalsozialismus angeblich seinen Antisemitismus schöpft, bezieht sich auf das alte vorchristliche Vorurteil von den Juden, als Volk, das von Gott verstoßen wurde und sich daher in jeder Hinsicht vom Rest der Welt unterscheiden muss (vgl. Wodak u.a. 2016: 348):

Der scharfe Trennungsstrich, den der Nationalsozialismus zwischen dem eigenen Volk, zwischen der eigenen, auserwählten nordischen Rasse und den anderen Völkern und Rassen zieht, ist doch zweifellos dem mosaischen Gesetz entnommen, das den Juden, als sie nach langer erzieherischer Wüstenwanderung vom gelobten Land Besitz ergriffen, in den strengsten Worten jede Verbrüderung, Vermischung und Verschwägerung mit den Bewohnern dieses Landes und seinen Nachbarvölkern untersagte. (Pseudo-Mythos, 01.08.35, S. 1)

Der Kommentator verbindet hier in “mythischer” Weise die “Lehren” der Nationalsozialisten mit den mosaischen Gesetzen des Judentums und versucht diese gleichzusetzen. Die Religion und Ansichten der Juden seien demnach nicht besser als die Rassenlehren der Nazis.

Die Unversöhnlichkeit gegenüber den Christen wird im nächsten Abschnitt angesprochen. Außerdem verweist der Kommentator wieder auf die Verwandtschaft des Alttestamentarischen im Nationalsozialismus mit dem nachchristlichen Judentum:

Wie die Juden noch zweitausend Jahre nach Erfüllung der ihren Patriarchen gewordenen Verheißung, nach Verwirklichung der Vorhersagen ihrer Propheten beim Gesetz und der Messiaserwartung des alten Bundes verharren, so predigt der Nationalsozialismus, nämlich der ganz geeichte, die Rückkehr zu dem, was vor anderthalbtausend Jahren unsere Vorfahren aufgegeben haben, als sie erfuhren, daß der auch von ihnen ersehnte “Widar” und Allesschlichter und Alleserneuerer, der “Heliand” auf Erden erschienen sei. Hier wie dort die Weigerung, zwei Jahrtausende der Geschichte anzuerkennen, hier wie dort Bevorzugung einer weit zurückliegenden, längst erledigten, toten, weil, wie wir Christen glauben und wissen, erfüllten Vergangenheit vor der lebendigen Gegenwart. (Pseudo-Mythos, 01.08.35, S. 2)

Die biblische Vergangenheit des Judentums wird sehr abstrakt dargestellt und wird auf die gegenwärtige Situation und das Verhalten der Juden bezogen. Diese sollen sich außerdem weigern, zwei Jahrtausende der Geschichte anzuerkennen, was für deren Unversöhnlichkeit gegenüber den Christen oder Deutschen spricht (vgl. Wodak u.a. 2016: 133). Auch in diesem Abschnitt wird wieder die Andersartigkeit der Juden und Christen betont und auf das Vorurteil von den Juden als von Gott verstoßenes Volk angespielt (vgl. Wodak u.a. 2016: 348).

Die Ansichten der Nationalsozialisten werden jedoch mit dem Glauben des Judentums gleichgesetzt, was zynisch andeuten soll, dass es sich bei beiden Anschauungen nur um einen “Pseudo-Mythos” handelt. Man kann aus dem Artikel herauslesen, dass die Juden an ihrem Schicksal und an ihrer Ausgrenzung selbst

schuld seien. Der Kommentator kommt zu dem Schluss, dass sowohl der Nationalsozialismus sowie das Judentum als Bedrohung für den österreichischen Ständestaat gesehen werde und nichts weiter als ein falscher „Mythos“ sei.

Im Leitartikel „Außenpolitik“ vom 13. Februar 1933 (S. 1) kommt erstmals das Vorurteil der Juden als „Brunnenvergifter“ vor. Herr Frauenfeld, der Wiener Führer der Nationalsozialisten, bedient sich diesem christlichen Vorurteilsinhalt, als er seiner Empörung über die Kritik an Hitler kundtut. Der Kommentator zitiert Frauenfeld:

Wenn Herr Frauenfeld, der Wiener Führer der Nationalsozialisten, in seinem Parteiorgan mit schärfsten Worten gegen Schmähungen des Reichskanzlers Hitler und gegen giftmischerische Gemeinheiten Protest erhebt, die sich Wiener Linksblätter in ihrem besinnungslosen Hasse gegen die im Nachbarreiche zur Macht gekommene Regierungspartei leisten, so ist ihm vollauf zuzustimmen, wenn auch der Satz, daß, „eine Beleidigung des Nationalsozialismus eine Beleidigung des deutschen Volkes“ sei, zu jenen Übertreibungen gehört, die der Radikalismus jeder Sorte so sehr liebt. (Außenpolitik, 13.02.33, S. 1)

Der Autor, stimmt dem Nationalsozialisten in seinem Protest gegen die Schmähworte Hitlers zu und wiederholt die Wortwahl Frauenfelds anschließend noch einmal:

Aber persönliche Verunglimpfungen Hitlers, der nun einmal nicht nur Führer der zurzeit stärksten reichsdeutschen Partei, sondern auch Reichskanzler ist, giftige Behauptungen, wie „Hitler bedeutet den Weltkrieg“ und ä. m., sind nicht zu duldende Ausbrüche einer hemmungslosen, keinerlei Folgen scheuenden Parteilandschaft oder eines politischen Irrsinns, dessen Attentaten auf Österreichs Lebensinteressen rechtzeitig vorgebeugt werden sollte. (Außenpolitik, 13.02.33, S. 1)

Die „Wiener Linkspresse“ steht hier als Synonym für die Liberale Presse, die „giftmischerische Gemeinheiten“ (Außenpolitik, 13.02.33, S. 1) gegen Adolf Hitler verbreite. Oft wurde die liberale „Linkspresse“ als „verjudete Presse“ (vgl. Vilsmeier 1987: 41) bezeichnet. Unklar ist jedoch, ob der Kommentator mit der „hemmungslosen“ und „irrsinnigen“ Parteilandschaft auf die Sozialdemokraten anspielt. Da die Partei bekanntlich als „Judenpartei“ verschrien war (vgl. Scholz 2002: 296) und die „Wiener Linkspresse“ einen Absatz vorher in „ihrem besinnungslosem Hasse“ erwähnt wurde, kann davon ausgegangen werden, dass der Verfasser des Artikels auch die Sozialdemokratische Partei diffamieren wollte. Es überrascht außerdem kaum, dass es den Kommentator stört, dass der Reichskanzler Schmähungen ausgesetzt ist, die Parteilandschaft und die

„Linkspresse“ aber als „hemmungslos“, „giftmischerisch“, „irrsinnig“ und „keinerlei Folgen scheuend“ (Außenpolitik, 13.02.33, S. 1) negativ dargestellt wird. Der Volksmythos der Beschuldigung der Juden als „Giftmischer“ oder „Brunnenvergifter“ kommt hier ganz klar als christlicher Vorurteilsinhalt zu Tage. Zeitlich ist dieses Vorurteil beziehungsweise dieser Volksmythos sehr alt, er fällt mit den Judenverfolgungen im Zuge der Pest und der Kreuzzüge zusammen. Das Vorurteil steht auch im Zusammenhang mit der Anschuldigung, dass die Juden eine kriminelle Verschwörung gegen das Christentum oder gegen die Nationalsozialisten und ihren Führer planen (vgl. Wodak u.a. 2016: 349). Das Vorurteil der jüdischen Weltverschwörung und der Bedrohung dadurch wird daher auch aktiv.

Im nächsten Kapitel sollen die Strategien präsentiert werden, die zeigen, wie Antisemitismus in der Berichterstattung realisiert wird und welche Strategien dabei am häufigsten verwendet werden. Die Argumentationsstrategien dienen dazu, logische Verknüpfungen verschiedener Inhalte in den Texten darzustellen (vgl. Wodak u.a. 2016: 355).

9.2 Argumentationsstrategien

9.2.1 Rechtfertigungsdiskurse

Opfer-Täter-Umkehr und Sündenbock-Strategie

Die Strategie der Opfer-Täter-Umkehr wird sehr häufig verwendet um das Opfer als Täter oder die Gruppe der Opfer als negative Feindgruppe darzustellen. Werden die Juden, die die eigentlichen Opfer sind, in der Berichterstattung zu Tätern umgekehrt, wird damit impliziert, dass die Juden selbst schuld daran sind, dass sie unter anderem ausgegrenzt und diffamiert werden.

Ein Beispiel dieser Strategie findet sich in “Die Juden und das Reich Gottes” (13.05.37, S. 6):

“Wenn der Antisemitismus im Juden den Urheber allen Unglücks sieht, so legt er ein dunkles Zeugnis dafür ab, daß Heil und Unheil der Welt mit dem Volke zusammenhängt, das der Menschheit Christus und Judas gegeben hat.” (Die Juden und das Reich Gottes, 13.05.37, S. 6)

Dieses Zitat spielt darauf an, dass die Juden an ihrem Schicksal aufgrund von den Verbrechen, die Judas an Christus begangen hat, selbst schuld seien. Sie haben den Antisemitismus quasi selbst ins Leben gerufen, in dem Moment, als Judas Christus verraten hat. Die Argumentation stützt sich auf religiöse Vorurteile. Der Antisemitismus sieht im Juden den Urheber allen Unglücks und das Volk des Judentums als Unheilbringer über die christliche Welt. Es werden hier klar zwei Gruppen definiert. Einmal die Gruppe der Heilbringer, die Christen und dann die zweite Gruppe der Unheilbringer, das Volk der Juden. Die Juden werden so ausgegrenzt und Antisemitismus wird sprachlich legitimiert.

In einem Zitat, gedruckt am 07. April 1934 (Mahnrufe des Zionistenführers an seine Glaubensgenossen, S. 3), von Ing. Stricker dem Parteiführer der zionistischen Jüdischen Volkspartei, kommt das Phänomen des “Entlastungsjuden” (Wodak u.a. 2016: 137) zum Vorschein. Stricker zu Folge nehme der Antisemitismus auch in Ländern zu, wo er bisher unbekannt gewesen war und daher gibt er seinen Glaubensgenossen folgende “beherzigenswerte” Lehren für ihr Verhalten mit:

Wir müssen uns den anderen gegenüber aber richtig verhalten. Wir müssen die anderen genauso respektieren, wie uns selbst. Wir brauchen nicht kriegerisch zu sein, haben aber auch nicht arrogant zu sein. Es ist nicht wahr, daß wir irgendeine Wissenschaft gepachtet haben, daß wir z.B. im ärztlichen Beruf tüchtiger sind als die anderen. Wir sind genauso wie die anderen und

haben uns daher nicht vor diesen hinzustellen, als wenn wir lauter Vorzugsschüler wären. Wir haben zu sagen, daß wir ein Recht zu leben haben unter denselben Bedingungen wie die anderen Bürger dieses Staates. Wir müssen aufhören, die anderen glücklich machen zu wollen. Wir Juden haben uns auch nicht in die Angelegenheiten der anderen hineinzumischen. Alle Juden waren darüber entsetzt, daß geschiedene Katholiken nicht mehr heiraten können. Was geht uns Juden das katholische Eherecht an? Nichtsdestoweniger haben sich die Juden für die Ehereform ereifert. Versetzen Sie sich einmal in die Lage eines gläubigen Katholiken, der einen Artikel liest, worin geschildert wird, wie verdammenswert das katholische Eherecht ist. Hundert jüdische Betrüger haben nicht so viel Unheil angerichtet wie ein jüdischer Ehereformer. Die Juden hatten keinen Kampf für die freie Schule zu führen. Wie die Katholiken ihre Kinder erziehen, das geht sie gar nichts an. (Mahnrufe des Zionistenführers an seine Glaubensgenossen, 07.04.34, S. 3)

Das Zitat impliziert, dass sich die Juden laut Stricker anderen gegenüber nicht richtig und respektlos verhalten haben. Es wird nicht genau erklärt, wer die “anderen” sind, später im Zitat wird klar, es sind die Bürger mit christlichem Volksglauben gemeint. Dieser “Mahnruf” des Parteiführers wirkt wie ein Schuldeingeständnis. Dass es sich bei dem Partei- und Zionistenführer der Jüdischen Volkspartei außerdem um eine Autoritätsperson handelt, gibt der Strategie des “Entlastungsjuden” noch mehr Gewicht. Wenn Stricker das sagt, muss es stimmen und alle Juden provozieren demnach durch ihr “schlechtes” und respektloses Verhalten erst antisemitische Ressentiments.

Auch das Klischee der jüdischen Intelligenz und Geschäftstüchtigkeit wird angesprochen und von Stricker dementiert. Das Judentum ist nicht arrogant, nicht besser oder fleißiger als die anderen und hat den Berufszweig der Ärzte z.B. nicht gepachtet. Aber durch diese Erwähnung impliziert der Redner wiederum genau das. Diese positiven Zuschreibungen der Juden haben den Effekt, dass unterschwellig negative, antisemitische Anspielungen erzeugt werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 143). Das Zitat enthält auch viele Widersprüchlichkeiten. Auf der einen Seite legt der Parteiführer den Zuhörenden und Juden ans Herz sich anzupassen und sich nicht einzumischen, damit nicht noch mehr antisemitische Ressentiments geschürt werden. Auf der anderen Seite sollen die Juden aufhören, andere glücklich machen zu wollen und weist darauf hin, dass die Juden ein Recht unter den gleichen Bedingungen zu leben haben wie andere Bürger des Staates auch.

Mit der Erwähnung, dass hundert jüdische Betrüger nicht so viel Unheil angerichtet haben wie ein jüdischer Ehereformer, wird wieder das Klischee des ehrlosen Juden

aktiviert. Nicht nur, dass alle Juden sowieso als Betrüger abgestempelt werden, sie mischen sich nun auch ins katholische Eherecht ein.

Durch die Strategie der Anonymisierung wird die Integration von Personen in bestimmte Gruppen ermöglicht (vgl. Wodak u.a. 2016: 139). Diese Strategie der Gruppendifinition dient durch die ständige Erwähnung der “anderen” als sprachliche Möglichkeit um eine Ausgrenzung der Juden aus der Gruppe der anderen zu ermöglichen. Durch die Passivierung wird aufgezeigt, dass sich alle Juden der katholischen Bevölkerung gegenüber falsch verhalten haben (vgl. Wodak u.a. 2016: 139).

Dieser Extremfall der “Sündenbock”-Strategie impliziert, dass die Opfer der Angriffe durch Antisemitismus selbst schuld an diesen Angriffen seien, da sie sich ja in katholische Belange eingemischt haben, die sie nichts angehen (vgl. Wodak u.a. 2016: 352). Außerdem sind die Juden arrogante Betrüger und respektlos, daher nehme der Antisemitismus generell zu.

Die Strategie der “Opfer-Täter-Umkehr” und der “Sündenbock-Strategie” wird im Kommentar “Der abgestoppte Judenboykott” vom 02. April 1933 (S. 1) ähnlich realisiert:

Entscheidend für die Entwicklung des Antisemitismus in den deutschen Ländern war und ist, daß ein national und moralisch entwurzelter, oft auch sittlich angekränkelter Judentum viele Schlüsselstellungen im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Nation erobert und in diesen Positionen jedes Augenmaß für die Rolle verloren hat, die der Jude innerhalb der Grenzen christlicher und deutscher Kultur einnehmen darf, ohne die bodenständige Bevölkerung zurückzudrängen, zu beleidigen, zu korrumpieren. (Der abgestoppte Judenboykott, 02.04.33, S. 1)

Bei der Frage, wer am Antisemitismus in Deutschland schuld sei, wird klar den Juden mit ihrem moralisch entwurzelten und unsittlichen Verhalten die Verantwortung dafür zugeschrieben. Damit die Juden angegriffen werden können, müssen sie erst diffamiert und als moralisch entwurzelt dargestellt werden. Sie stellen die “Sündenböcke” für alles dar, was im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland falsch läuft und dienen als Projektionsfläche für die Aggressionen und Schuldgefühle der deutschen Bevölkerung und der Nazis (vgl. Wodak u.a. 2016: 354).

Auch in einer von der *Reichspost* wiedergegebenen Rede vom P. Georg Bichlmair im Zuge einer katholischen Vortragsreihe in „Der Christ und der Jude“ vom

19.03.1936 (S. 7) wird wieder ein „Entlastungsjuden“ erwähnt, um antisemitische Vorurteile zu transportieren:

„Es wurde oft hervorgehoben, gelegentlich auch von Juden zugegeben, daß die christliche Kultur und Tradition beim deutschen Volk in den letzten Jahrzehnten viel zu stark unter den Einfluß jüdischen Geistes geraten ist.“ (Der Christ und der Jude, 19.03.1936, S. 8)

Wenn selbst Juden zugeben, dass der jüdische Einfluss in der christlichen Kultur und Tradition so stark zugenommen hat, dann muss es wohl stimmen. Der Redner will mit dieser Erwähnung die HörerInnen und LeserInnen überzeugen, dass der jüdische Geist auch von Juden selbst als sehr dominant im deutschen Volk und in Kultur und Tradition angesehen wird. Dadurch wird unterstellt, die Juden seien selbst schuld an ihrem Unglück. Sie haben ja selbst zugegeben, dass ihr Einfluss im christlichen Staat zu groß wird. Der Redner fühlt sich scheinbar vom jüdischen Geist bedroht und warnt daher eindringlich vor dem Judentum. Unterschwellig wird vermittelt, dass es in Ordnung ist und sogar erwünscht, so rasch wie möglich Maßnahmen gegen das jüdische Volk und den Einfluss des jüdischen Geistes im deutschen Reich einzuleiten. Wie diese Maßnahmen aussehen sollen, wird vom Redner nicht thematisiert.

Rationalisierung und positive Selbstdarstellung

Bei dieser Rechtfertigungsstrategie wird versucht, durch rationale Argumente Vorurteile zu rechtfertigen. Der Kommentator Th. schreibt am 16.11.1933 in seinem Leitartikel „Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift“ (S. 1) über die „Judenfrage“ und versucht seinen Standpunkt durch die Argumentation Dr. Emmerich Czermaks mit Hilfe seiner Publikation „Verständigung mit dem Judentum?“ rational zu vertreten. In einem Absatz heißt es:

Es ist das bleibende, nicht hoch genug einzuschätzende Verdienst des früheren Unterrichtsministers Dr. Emmerich Czermak, in seiner Publikation „Verständigung mit dem Judentum?“ diesen Sachverhalt durch eine überwältigend wirkende Aneinanderreihung von Tatsachen und Urteilen aufgezeigt, das Vorhandensein der Judenfrage und ihre brennende Aktualität überzeugend dargetan, dem Wesen des Problems ohne Leidenschaft, aber auch ohne Scheu mit dem fachlichen Ernst des seiner Verantwortung vor der Weltgeschichte sich bewußten Politikers und Wortführers seiner Volks- und Glaubensgenossen nachgespürt, die verschiedenen Lösungsversuche registriert und auf Statthaftes und Gangbares verwiesen zu haben. Auch wenn die Veröffentlichung nicht mit dasselbe Problem behandelnden Darlegungen

eines jüdisch-nationalen Wortführers zu einem Buche zusammengekoppelt worden wäre, würde sie durch ihren Inhalt selbst und durch die Art, wie der heikle Gegenstand behandelt ist, gegen den Vorwurf der Voreingenommenheit oder gar feindseliger Gehässigkeit geschützt sein. Es wird nur rückhaltlos gezeigt, was ist, was droht und was geschehen kann und nach der Ansicht des Verfassers geschehen muß, um zu einer für alle Beteiligten erträglichen Ordnung zu gelangen. (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 1)

Der Kommentator versucht mit der Strategie der “pseudorationalen Beurteilung” (Wodak u.a. 2016: 353) und einer scheinbar vorurteilsfreien Argumentation die Schuld einer antisemitischen Haltung von sich zu weisen. Es wird überzogen betont, wie wichtig die Publikation des Dr. Cermaks für die Weltgeschichte sei und dass der Inhalt unvoreingenommen und ohne “feindselige Gehässigkeit” dargelegt wird. Wichtig ist dem Verfasser einzig, dass wieder eine “erträgliche Ordnung” einkehrt (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 1). Es handelt sich hier um eine Strategie der Rationalisierung und der positiven Selbstdarstellung.

Ein Versuch einer weiteren rationalen Argumentation findet sich gleich im nächsten Absatz:

Die besondere Schwierigkeit des Problems liegt in der Einzigartigkeit und Einmaligkeit der Judenfrage, die in der Menschheitsgeschichte nicht ihresgleichen hat. Sie ist keine bloße Frage nationaler Gegensätze, sie ist auch erheblich anders geartet als die Probleme, die entstehen, wenn in einem Lande oder Weltteil verschiedene Rassen aufeinanderstoßen. An ihr werden daher die Lösungsvorschläge gewöhnlicher Nationalpolitik und Rassenpolitik zuschanden, so wie die liberale Aufklärung mit ihrer Auffassung kläglich scheiterte, daß es sich da nur um die, seinem Dünkel keinerlei Schwierigkeiten bereitende Überbrückung, Verwischung und Vermischung, konfessioneller Gegensätze handle. (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 1)

Bemerkenswert ist auch die übertriebene Darstellung des Sachverhalts. Nachdem versucht wird die “Judenfrage” unter rationalen Gesichtspunkten zu betrachten, werden darauf hin alte antisemitische Vorurteile vom Kommentator wiederholt (vgl. Wodak u.a. 2016: 353):

Bloßer Rationalismus vermag überhaupt zur Bewältigung des in Frage stehenden Problems nur recht Unzulängliches beizusteuern. Für den gläubigen Christen spricht in dieser Frage eine höhere Macht mit. Zwischen der Judenfrage des heidnischen Altertums, wenn es damals etwas gegeben hat, worauf diese Bezeichnung anwendbar ist, und der Judenfrage der christlichen Ära besteht ein ganz wesentlicher Unterschied, etwa wie zwischen dem zur Gralsburg reitenden Parsifal der Berufung und dem nach

dem Versäumnis der heilbringenden Frage durch die Welt irrenden Parsifal der Verfluchung. Daher auch ist für den gläubigen Christen die Möglichkeit, den Weg zur Vereinigung der Judenfrage mit Neuheiden oder mit Juden selbst gemeinsam zu wandeln, nicht unbegrenzt; an einem bestimmten Punkte spaltet sich der Weg, weil die Grundauffassungen auseinandergehen. (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 2)

Der Vergleich mit Parzival hilft, das Argument des Kommentators sprachlich zu realisieren. Der Kommentator versucht hier persuasiv seine Einstellung auf die der Leserschaft zu übertragen (vgl. Wodak u.a. 2016: 358). Die LeserInnen sollen von der Andersartigkeit des Judentums im Gegensatz zum positiven Christentum mit allen Mitteln überzeugt werden. Auf inhaltlicher Ebene kommen hier wieder christliche antisemitische Anspielungen zum Einsatz. Das Vorurteil der Juden als ein von Gott verstoßenes Volk wird wiederholt:

Nächstenliebe mag trachten, den Gottesfluch, der Ahasver durch die Welt jagt, zu mildern, ihn aufzuheben ist keine irdische Macht, keine von Menschengestalt ausgeflügelte Satzung imstande. Erst das demütig huldigende, willig annehmende Sicheinfühlen in das Karfreitagmysterium erwirbt auch der Allerweltsverführerin Kundry erbarmende Erlösung und nimmt alten Fluch von ihr, die einst ohne Mitleid den Erlöser auf seinem Leidensweg verlacht hat. Nach christlicher Auffassung ist das Judentum durch eine Art nationaler Erbschuld ähnlich jener großen Urschuld, die das erste Menschenpaar und mit ihm die ganze Menschheit aus dem Paradiese verstieß, zur Zerstreuung verurteilt bis zum Tage seiner Erkenntnis und Erlösung. Aus diesem Grunde kann auch kein Versuch, die Judenfrage territorial zu lösen, je gelingen. (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 2)

Es wird die Fremdheit und Andersartigkeit des verstoßenen Judentums beschrieben. Die "Erbschuld" wird das Judentum laut dem Kommentator nicht mehr los. Es wird daraufhin vom Autor versucht rational zu argumentieren, dass aus diesem Grund, die "Judenfrage" territorial zu lösen, niemals gelingen kann (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 2). Durch die Erwähnung des Werks Dr. Czermaks und die Argumentation, die der Kommentator übernimmt, wird die Verantwortung auf den Autor des Werkes übertragen. Es wird der Eindruck erweckt, dass der Kommentator das "wichtige Thema" den LeserInnen näherbringen will, ohne die volle Verantwortung für das Geschriebene übernehmen zu wollen oder die Publikation kritisch zu reflektieren. Die Meinung des Autors wird vom Kommentator einfach übernommen und der will auch die LeserInnen von dessen Standpunkt überzeugen.

Abwertung des Gegners

Wenn am 18. März 1933 in “Die Abwanderung der Juden” (S. 2) von Deutschland nach Sejm in Polen als “höchst schädlich” für die polnischen Staatsinteressen gesprochen wird, kann man von einer massiven Abwertung der Juden sprechen. Diese Interpellation wird von der *Reichspost* ohne weiteren Kommentar wiedergegeben (vgl. Malin 1997: 125). Es wird weiter ausgeführt, dass “unter den jüdischen Einwanderern viele Personen seien, die seinerzeit Polen verlassen hätten, um sich der Militärdienstpflicht zu entziehen.” (Die Abwanderung der Juden, 18.03.33, S. 2)

Die Juden werden hier ganz klar als “Feinde” dargestellt, die durch die Argumentation und Wortwahl kriminalisiert werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 352). Dass die Einwanderung der Juden nach Polen als “höchst schädlich” (Die Abwanderung der Juden, 18.03.33, S. 2) betrachtet wird, definiert argumentativ eine Feindgruppe und eine Gruppe der “Anderen”. Die polnischen Staatsbürger müssen sich vor dem “schädlichen” Einfluss der Juden in Acht nehmen, da sie Staatsverräter seien, die sich vor dem Militärdienst gedrückt hätten. Man kann hier auch von “Schwarz-Weiß-Malerei” sprechen.

Die Berichterstattung in “Umfassender Boykott der Judenschaft in Deutschland” (29.03.33, S. 3) ist ähnlich aufgebaut. Die Reichspost veröffentlicht unkommentiert einen Aufruf der Parteileitung der Nationalsozialistischen Korrespondenz, in der es heißt:

Die kommunistischen und marxistischen Verbrecher und ihre jüdischen intellektuellen Anstifter, die mit ihren Kapitalien rechtzeitig ins Ausland ausrückten, entfalten nun von dort aus eine landesverräterische Hetzkampagne gegen das deutsche Volk. Die Nationalsozialistische Partei wird nunmehr den Abwehrkampf gegen diese Verbrecher mit den Mitteln aufnehmen, die geeignet sind, die Schuldigen zu treffen. Verantwortlich für die Lügen und Verleumdungen sind die Juden unter uns. Von ihnen geht diese Kampagne des Hasses und der Judenhetze gegen Deutschland aus. Die Boykott- und Greuelhetze darf nicht und wird das deutsche Volk nicht treffen, sondern in tausendfacher Schwere die Juden selbst. (Umfassender Boykott der Judenschaft in Deutschland, 29.03.33, S. 3)

Wieder fällt hier die kriminalisierende Prädikation auf, die verwendet wird, um die Juden zu diffamieren (vgl. Wodak u.a. 2016: 352). Eine Anspielung auf die jüdische Intelligenz und auf ihre “ehrlosen” Absichten findet man in der Wortwahl der “jüdischen intellektuellen Anstifter” (Umfassender Boykott der Judenschaft in Deutschland, 29.03.33, S. 3) Die übertriebene Darstellung der Hetzkampagne der

Juden gegen Deutschland gipfelt in einer Drohung, dass diese Boykott- und Greuelhetze “in tausendfacher Schwere die Juden selbst” (Umfassender Boykott der Judenschaft in Deutschland, 29.03.33, S. 3) treffen wird.

Auch die Strategie der Anonymisierung und Generalisierung tritt hier wieder auf. Es wird kein aktives Subjekt genannt und es wird von einer Gruppe auf die “Juden” generalisiert (vgl. Wodak u.a. 2016: 139). Diese Strategie der absoluten Generalisierung von negativen Eigenschaften auf eine Gruppe, zum Beispiel als die Juden im Text als Lügner und Verleumder bezeichnet werden, dient der Gruppenbildung (vgl. Wodak u.a. 2016: 140). Die Juden werden vom deutschen Volk abgesondert und als Landesverräter und Verbrecher hingestellt. Wer sich auf die Seite der Juden stellt oder ein Jude ist, sei gleichzeitig ein Landesverräter. Durch die negativen Assertionen gegenüber den Juden wird die inhaltliche Gruppendifinition verstärkt, die Feindgruppe wird verbal ausgegrenzt und soll von der positiven Eigengruppe abgegrenzt werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 142).

Im Leitartikel “Der nationale Index im Dritten Reich” (17.05.33, S. 1) von Dr. Josefine Widmar geht es um die Einführung einer nationalen Zensur im Dritten Reich, den die Kommentatorin kritisiert, aber auch begrüßt:

Dieses nationale “Imprimatur”, ohne daß künftighin kein in einem deutschen Verlag erscheinendes Werk seinen Weg in die Welt nehmen darf, wäre der Schlußstein und das krönende Ziel auf der Bahn der nationalsozialistischen Kultur- und Literaturrevolution, deren wichtigste Phase, durch die Bücherverbrennung auf dem Berliner Opernplatz und durch die große Programmrede des deutschen Reichspropagandaministers Dr. Göbbels im Berliner “Kaiserhof” bezeichnet wurde. (Der nationale Index im Dritten Reich, 17.05.33, S. 1)

Dr. Widmar findet, dass

die eine, die innerhalb kurzer Zeit die deutsche Volksseele vergiftete Asphalt- und Zersetzungsliteratur fremdrassiger und einheimischer Provenienz weggeschwemmt hat, ist eine durchaus gesunde Bewegung, die im Namen deutscher Würde und Ehre wärmstens zu begrüßen war; es ist auch erfreulich, daß gerade die deutsche Jugend in diesem Abwehrkampf gegen Schmutz und Schund in der vordersten Reihe steht ... (Der nationale Index im Dritten Reich, 17.05.33, S. 2)

Die “fremdrassige” Literatur wird von der Autorin ohne Erklärung als Schund und Schmutz sowie als “Zersetzungsliteratur” (Der nationale Index im Dritten Reich, 17.05.33, S. 1) beschrieben und dargestellt. Diese Anspielung auf jüdische Autoren und deren “Schundliteratur” soll ganz klar zur Ausgrenzung und Abwertung der

“fremdrassigen” Literatur und ihren Autoren beitragen. Dass Dr. Widmar in ihren weiteren Ausführungen die Zensur im Dritten Reich kritisiert, täuscht nicht davor hinweg, dass sie einen Kontrast zwischen deutscher Literatur und der fremden “Zersetzungsliteratur” herausstellen möchte. Es wird auch kein Subjekt genannt, wieder erkennt man hier klar die Strategie der Generalisierung.

Verzerrung bzw. Übertreibung

Im Leitartikel „Der Straßenterror in München“ vom 28.05.35 (S. 1) wird von einem Angriff nationalsozialistischer „Terrorgruppen“ berichtet, die sowohl jüdische Geschäfte beschmierten und dort eindringen als auch für die Störung der Ruhe im katholischen Vereinshaus in München verantwortlich waren. Der Verfasser des Artikels kann nicht glauben, dass das deutsche Nachrichtenbüro die Gewalttaten gegen die Katholiken nur nebenbei erwähnt.

„Es heißt, daß erst die Mißhandlung „prominenter“ ausländischer – englischer oder amerikanischer – Juden die Behörden in München veranlasst habe, gegen die nationalsozialistischen Terrorbanden einzuschreiten.“ (Der Straßenterror in München, 28.05.35, S. 1)

Das Münchner Exempel beweist, daß heute im Dritten Reich ein Judenprotest weit mehr vermag als alle Proteste der katholischen Bevölkerung und der kirchlichen Autorität, daß das Judentum weit mächtiger und einflußreicher ist als das bodenständige katholische Volk. Vor der Macht des Judentums kapituliert die nationalsozialistische Münchner Polizeidirektion. (Der Straßenterror in München, 28.05.35, S. 1)

Die Verzerrung wird hier durch die Argumentationsstrategie der Übertreibung realisiert. Das „mächtige und einflussreiche“ Judentum wird angegriffen und vor allem die Angriffe gegen „prominente“ Juden wird überhöht dargestellt. Die Aussage, dass sogar die Münchner Polizeidirektion vor der „Macht des Judentums“ kapituliert, ist das beste Beispiel für eine überzogene Wortwahl des Verfassers (Der Straßenterror in München, 28.05.35, S. 1). Man kann von einem irrealen Szenario sprechen, dass hier hochstilisiert wird (vgl. Wodak u.a. 2016: 354 – 355). Dieses nicht-existente Szenario, in dem sogar die Münchner Polizei kapituliert, wird vom Autor entworfen, um die Leserschaft von seinen Argumenten zu überzeugen, die unwiderlegbar erscheinen sollen (vgl. Wodak u.a. 2016: 357).

9.2.2 Umgang mit Antisemitismus

Leugnen oder Philosemitismus

Wenn Antisemitismus geleugnet wird, handelt es sich dabei um eine Rechtfertigungsstrategie (vgl. Wodak u.a. 2016: 138).

Im Kommentar „Kein Antisemitismus im Dritten Reich“ vom 27. März 1933 (S. 2), nach der Machtergreifung Hitlers, wird ironisch davon berichtet, dass die Führungsgrößen in Deutschland beteuern, dass es einen Antisemitismus im Dritten Reich nicht gibt. Auch antisemitische Boykottaktionen werden dementiert und der Kommentator zitiert Goering und findet es „rührend“, dass von den „bombastischen“ Versprechen scheinbar nichts mehr übrig ist:

Es gab kleine Störungen und Demonstrationen vor jüdischen Geschäften und großen Warenhäusern, da und dort wurde einzelnen Juden übel mitgespielt. Aber sofort schritt die Regierung des Dritten Reiches gegen diese Ungehörigkeiten energisch ein und einer jüdischen Abordnung wurde versichert, daß die staatstreuen jüdischen Mitbürger im Dritten Reich nicht das Geringste zu befürchten hätten, sie stünden genau so im vollen Genusse der Gesetze wie die anderen Bürger, nämlich wie die Nordrassischen und Deutschblütigen. (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2)

Goering wird weiter zitiert, er sagt, es würde niemals geduldet, dass im Deutschen Reich ein Mensch nur deshalb Verfolgungen ausgesetzt werde, weil er Jude sei.

„Der jüdische Geschäftsmann könne in Ruhe seinen Geschäften nachgehen, jüdische Beamte seien nur abgebaut worden, weil sie Sozialdemokraten waren; noch eine ganze Reihe Juden haben heute Staatsstellungen inne.“ (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2)

Dass Goering hier antisemitische Ressentiments und Judenverfolgungen leugnet, ist offensichtlich. Der Kommentator erklärt metaphorisch, dass die großen Sprüche vor der Mahlzeit eben nur große Sprüche waren, „nach dem Mahle liest sich anders.“ (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2) Das Dritte Reich kenne keinen Antisemitismus, was den Eindruck macht, als ob der Autor das Ganze fast ein bisschen schade fände.

Der Text geht sogar so weit, das Dritte Reich als judenfreundlich darzustellen. Durch die Strategie des Philosemitismus soll vom Verdacht antisemitisch zu sein abgelenkt werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 139):

“Sogar jüdische Verbände, sogar Zionistenblätter werden bemüht, für die Judenfreundlichkeit des Dritten Reiches Zeugnis abzulegen.” (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2)

Dieser Satz zeigt eine positive Selbstdarstellung, die sich auf das Dritte Reich bezieht.

Es wird von einer Greuelhetze gewisser Kreise gegen das Dritte Reich gesprochen, gemeint ist wohl das Weltjudentum, dabei stellt das Dritte Reich alle judengegnerischen Absichten in Abrede. Dieser Rechtfertigungsdiskurs soll vom Verdacht ablenken, dass das Dritte Reich etwas mit einer Feindlichkeit oder einem Boykott gegen Juden zu tun haben soll. Man findet auch die Strategie der Verharmlosung in dem Artikel. Die jüdischen Geschäftsmänner, gegen die der Boykott gerichtet war, können ihren Geschäften weiterhin nachgehen. Es sind nur vereinzelt Juden zu Schaden gekommen. Es gab außerdem nur kleine Demonstrationen vor jüdischen Geschäften und Warenhäusern. Die Juden hätten aber nichts zu befürchten. Abgebaut wurden natürlich auch nur Sozialdemokraten, die Juden sollen weitestgehend ihre Stellen behalten (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2). Die Juden werden in dem trügerischen Glauben gehalten, dass das Dritte Reich hinter ihnen stehe und sie nichts zu befürchten hätten. Der Eindruck entsteht, dass hier durch übertriebene unwahre Szenarien der Vorwurf des Antisemitismus lächerlich gemacht werden soll (vgl. Wodak u.a. 2016: 138).

In „Der Christ und der Jude“ vom 19.03.1936 (S. 7) wird die Rede von P. Georg Bichlmair im Zuge einer katholischen Vortragsreihe zitiert. Durch offensichtlichen Philosemitismus versucht der Redner antisemitische Vorurteile zu verstecken beziehungsweise herunterzuspielen.

„Die großen kulturschöpferischen Leistungen einzelner hervorragender Juden sollen nicht geleugnet werden, aber es ist Tatsache, daß das deutsche Volk durch den Einfluß des Judentums einen ungeheuren Schaden erlitten hat.“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 8)

Erst wird betont, wie kulturschöpferisch und hervorragend einzelne Juden seien, nur um dann zu kontern, wie schlecht der jüdische Einfluss sei und welcher „ungeheuren Schaden“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 8) das deutsche Volk durch das Judentum erlitten habe. Der Redner betont die eigene Vorurteilsfreiheit (vgl. Gruber 1991: 24). Gerade weil er die Juden erst lobt, wird es dem Redner

erlaubt, im Nachhinein um so direktere und härtere Angriffe gegen die Juden zu äußern. Die Vorurteile haben dadurch aber einen impliziten, indirekten Charakter (vgl. Gruber 1991: 24).

Das Phänomen des „Renommierjuden“ kommt hier zum Vorschein (vgl. Wodak u.a. 2016: 139). „Einzelne“ Juden haben dem Redner zu Folge hervorragende Leistungen erbracht. Die Mehrheit der Juden bringe aber Schaden über das deutsche Volk.

9.2.3 Strategien zur Gruppendefinition

Ausgrenzende Argumentationsstrategie

In dem Bericht „Zwei bedeutsame Reden“ (29.04.36, S. 3) wird die Schuld an der „Phönix“-Affäre den Nationalsozialisten und Kommunisten gegeben. Es werden die Reden der christlichen Volksversammlung Wiens in einer Delegiertenversammlung wiedergegeben, unter anderem sprechen der Verbandsobmann Dr. Fabro, Bürgermeister Schmitz und Minister Czermak. Dieser kommt auch auf das „Judenproblem“ zu sprechen:

Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen verwies der Redner auf die ungenierte Art, in der nichtkatholische, also Minderheitskreise, namentlich in ihrer Presse zu den öffentlichen Vorgängen Stellung nehmen und ihre Ansichten und Wünsche vorbringen, ein Umstand, der die Katholiken erst recht aneifern müsse, auch ihrerseits für ihre Sache *furchtlos zu reden*, wo und wie sie es für notwendig halten. Der Redner kam auch auf das eigenartige Echo zu sprechen, das in inländischen Zeitungen, aber auch in der Weltpresse des Auslandes Vorträge und Reden über das Judenproblem gefunden haben, protestierte energisch gegen die Entstellungen und Mißdeutungen des Vortrages von P. Bichlmair sowie gegen die Art, wie auf die Reden des Staatsrates Kunschak und des Vizebürgermeisters Dr. Kresse reagiert wurde, verwies auf den aggressiven Ton gewisser jüdischer Blätter und sagte, es sei unbillig, für eine Minderheit Mehrheitsrechte in Anspruch zu nehmen. “ (Zwei bedeutsame Reden, 29.04.36, S. 3)

Die Angst vor einer jüdischen Weltverschwörung kommt hier wieder deutlich zum Vorschein. Der aggressive Ton „gewisser jüdischer Blätter“ missfällt dem Redner. Die Aussage, „es sei unbillig, für eine Minderheit Mehrheitsrechte in Anspruch zu nehmen“ (Zwei bedeutsame Reden, 29.04.36, S. 3), unterscheidet klar zwischen einer Wir-Gruppe und einer Gruppe der jüdischen Minderheit. Man distanziert sich von dieser Minderheitengruppe und spricht ihnen Rechte ab, die die Wir-Gruppe

aber hat. Ein Berufen auf die Wir-Gruppe hat immer zur Folge, dass eine Gruppe der “Anderen” oder wie hier eine Gruppe der jüdischen Minderheit entsteht (vgl. Wodak u.a. 2016: 352). Diese Strategie der solidarisierenden Argumentation erzeugt die Definition einer „Wir-Gruppe“ und die Ausgrenzung und Abwertung der Gruppe der “Anderen”. Der Redner stellt mit dem nächsten Zitat das Auftreten von Antisemitismus in Abrede (vgl. Wodak u.a. 2016: 137):

„Wir wollen“, sagte der Redner, “die Juden nicht angreifen und in ihren eigenen jüdischen Angelegenheiten beschränken; im Gegenteil, wir wollen ihnen gerne in jüdischen Dingen mehr Rechte, weitergehende Autonomie geben, als sie derzeit besitzen. Wir wollen aber die leider so häufig wahrgenommene Gelegenheit, in unsere christlichen Dinge, die uns christlich und heilig sind, dreinzureden, nach Möglichkeit beseitigen. Der freudige Kampfgeist, den insbesondere die Juden Palästinas betätigen, das heiße Streben nach Gewinnung eines durch und durch jüdischen, vom jüdischen Geiste erfüllten Staates wird von uns sehr wohl verstanden. Wir verstehen es auch, daß die Juden in Palästina die Unterbietung der Preise, bzw. der Löhne, durch Araber als Störung betrachten, daß sie in allen Berufen den ihnen gebührenden Prozentsatz verlangen, daß sie Grund und Boden an sich bringen, daß sie Handel und Wandel beherrschen wollen. Wir nehmen es ihnen nicht übel, daß sie in ihrem Staat die Minderheit als Minderheit behandeln wollen, wir nehmen gerne zur Kenntnis, daß sie den palästinensischen Minderheiten seinerzeit weitgehende Freiheiten, zum Beispiel den Katholiken im Schulwesen und an den heiligen Stätten, garantieren. Das gleiche muss aber auch bei uns in Österreich gelten.“ (Zwei bedeutsame Reden, 29.04.36, S. 3)

Der Redner stellte fest, daß es eine Gefährdung österreichischer Interessen und eine Störung unserer inneren Entwicklung bedeute, wenn täglich der Aufschrei jüdischer Aufgeregtheit in die Welt hinaus halle. Gewiß haben es, sagte der Redner, die Juden nicht leicht: abgesehen von der panikähnlichen Angst, die sich aus der Nachbarschaft zum Dritten Reich ergibt, haben sie in den letzten Jahren allerlei Schicksalsschläge erfahren. Die Zusammenbrüche Bosel, Castiglione, Bodenkredit- und Creditanstalt und nun insbesondere die “Phönix”-Affäre haben das Judentum empfindlich geschwächt. Aber an diesen Dingen sind die Christen nicht schuld. (Zwei bedeutsame Reden, 29.04.36, S. 3)

Diese Rechtfertigungsstrategie wird vom Redner angewendet, um die Angriffe gegen die Juden abzuschwächen und Verständnis für die Juden zu heucheln. Das stellt eine Form von “Philosemitismus” dar. Der Redner versucht darzustellen, dass er die Juden ja eigentlich versteht und dass ihnen ja eigentlich weitgehende Autonomie zusteht. Der “freudige Kampfgeist” der Juden wird besonders positiv herausgestellt. Auf der anderen Seite betont er dann, dass sie aber “die leider so häufig wahrgenommene Gelegenheit, in unsere christlichen Dinge, die uns

christlich und heilig sind, dreinzureden, nach Möglichkeit beseitigen” (Zwei bedeutsame Reden, 29.04.36, S. 3) wollen.

Durch die Einfügungen der direkten Rede und Zitate des Redners wird versucht, durch autoritäre Personen, in dem Fall der Vorstände der christlichen Volksversammlung Wiens, das Gesagte zu legitimieren. Die Zitate haben auch den Vorteil, alle Verantwortung des Autors, der den Artikel verfasst hat, auf die Redner abzuschieben und das Gesagte unkommentiert stehen lassen zu können.

Durch den Vergleich mit den Arabern und den Österreichern wird eine Wir-Gruppe definiert. Die “guten” Juden und die “bösen” Araber. Die “Schwarz-Weiß-Malerei” gehört auch zu den ausgrenzenden Strategien und findet hier Anwendung (vgl. Wodak u.a 2016: 353). Wenn man aber umgekehrt die Juden als Minderheit in Österreich betrachtet, sind die Juden die “Bösen”. Die Österreicher sehen es als problematisch an, dass die Juden fortwährend die Preise unterbieten, Grund und Boden an sich bringen oder den Handel beherrschen. Dieser Vergleich hat hier eindeutig eine persuasive Funktion und das Geschehene ist außerdem überzeichnet dargestellt (vgl. Wodak u.a. 2016: 358).

Der Redner macht somit klar, dass die Juden an ihrem Schicksal in Österreich und im Dritten Reich selbst schuld wären. Dass sie aufgrund von “Zusammenbrüchen” (Zwei bedeutsame Reden, 29.04.36, S. 3) selbst an ihrem elenden Schicksal schuld seien und die Christen nichts dazu beigetragen haben, sondern im Gegenteil, noch selbstlos auf der Seite der “armen” Juden stehen.

Die Christen schieben alle Verantwortung von sich. Sind die Juden doch schon jahrhundertlang die “Sündenböcke” und an ihrem Leid und Elend selbst schuld sowie unweigerlich damit verbunden. Durch die Aussage “wenn täglich der Aufschrei jüdischer Aufgeregtheit in die Welt hinaus halle” (Zwei bedeutsame Reden, 29.04.36, S. 3), werden die “Feinde” durch übertriebene Abwertung zusätzlich lächerlich gemacht, das heißt ihre Argumente werden nicht ernst genommen und ihr Standpunkt zusätzlich heruntergespielt (vgl. Wodak 1990: 352). Neben den ausgrenzenden Strategien kommen hier auch die Strategien der Abschiebung von Schuld und die Strategie einer positiven Selbstdarstellung zu Tage (vgl. Wodak 1990: 353).

Der Redner bringt die Juden auch mit der sogenannten “Phönix”-Affäre in Verbindung und unterstellt, dass die Juden auch hier ihre Finger im Spiel hatten.

Dabei handelte es sich um eine Versicherungsanstalt, die jahrelang durch Betrug Gelder der Versicherten veruntreut hatte und schließlich aufflog. Der Glaube an die den Juden zugeschriebene “Geschäftstüchtigkeit” und “Intelligenz” wird untergraben (vgl. Wodak 1990: 350). Das bestärkte die Antisemiten natürlich in ihrem Glauben, und sprach den Juden ihre wirtschaftliche Kompetenz ab. Diese Einstellung hatte wiederum zur Folge, dass dem Antisemitismus noch mehr Aufschwung verliehen wurde (vgl. Pauley 2002: 254) und das Feindbild des Juden als “Wucherer” und “Kapitalisten”, der durch Spekulationen und Betrug Gelder veruntreut hat, wird noch unterstrichen (vgl. Wodak 1990: 350).

„Schwarz-Weiß-Malerei“

Im Artikel “Kehraus auf dem deutschen Barnaß” von Dr. Josefine Widmar vom 12. April 1933 (S. 2) kritisiert die Autorin “fremdrassige, in deutscher Sprache schreibende Autoren” (Kehraus auf dem deutschen Barnaß, 12.04.33, S. 2). Die Kommentatorin gibt wieder, was von deutschen Presseorganen und der Dichterakademie angekündigt wird:

Eine neue deutsche, aus nationalen Quellen gespeiste Dichtung und Kunst wurde und wird als Krönung des Monumentalwerkes des neuen deutschen Aufbaues gefordert und die Ausmerzung des Kulturbolschewismus in Wort und Schrift, die Entfernung atheistischer, defaitistischer und die völkische Sittlichkeit gefährdender Werke aus den deutschen Leihbibliotheken von offizieller Seite angekündigt. (Kehraus auf dem deutschen Barnaß, 12.04.33, S. 2)

Dr. Widmar findet diese Kundgebungen richtig:

Diesen Kundgebungen liegt in vieler Hinsicht eine durchaus gesunde und richtige Einsicht zu Grunde. Der Aufstieg eines jeden Volkes, auch des deutschen, kann nur erfolgen, wenn der Volksorganismus eine weitgehende Entgiftung von den Bazillenträgern einer Pseudokunst erfährt, die die höchsten volkhaften Güter und Werte in bewußter und verderberischer Absicht fälscht. (Kehraus auf dem deutschen Barnaß, 12.04.33, S. 2)

Die Autorin spricht von “Literaturverderb”, der “in den Händen fremdrassiger Elemente aus der Moskauer Schule Lunatscharskis” (Kehraus auf dem deutschen Barnaß, 12.04.33, S. 2) lag. Diese Spaltungen in “gute, deutsche” Literatur und in “rassefremder, schlechter” Literatur soll eine Gruppenbildung aufbauen, die “rassefremde” Autoren, auch wenn sie in deutscher Sprache schreiben, von den “deutschen” Autoren abgrenzen soll. Die Autorin bedient sich der Strategie des

„Schwarz-Weiß-Denkens“, das bewirkt einen Kontrast, in dem sprachlich Gegensatzpaare festgelegt werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 354).

In der Nachricht „Dolchstoß des Judentums gegen Polen während des Konflikts mit Litauen. Versuchte Erschütterung der Staatsfinanzen“ am 22. März 1938 (S. 6) wird über eine Kundgebung berichtet, bei der Studenten auf die „verbrecherischen Tätigkeiten der Juden“ und auf die „Rolle“, die die Juden während des polnisch-litauischen Konflikts gespielt hatten, hinwiesen.

„Die Juden hätten, als sie ihre Einlagen aus den staatlichen Banken zurückzogen, versucht, die finanzielle Grundlage des Staates zu erschüttern. Dieser unverschämte Anschlag der Juden sei ein neuer Beweis für die Notwendigkeit, sie aus Polen auszusiedeln.“ (Dolchstoß des Judentums gegen Polen während des Konflikts mit Litauen. Versuchte Erschütterung der Staatsfinanzen, 22.03.38, S. 6)

Die Juden werden als verbrecherisch und unverschämt dargestellt. Die Bevölkerung und der Staat sind von den verbrecherischen Tätigkeiten der „bösen“ Juden schwer geschädigt worden. Die Berichterstattung definiert hier klar zwei Gruppen – die „Guten“ und die Bösen“. Weiters wird noch auf die Berichterstattung über die Juden im Regierungsblatt *Expreß Poranny* hingewiesen:

Auch das Regierungsblatt *Expreß Poranny* weist nachdrücklich auf das tägliche Treiben der Juden hin. Es habe sich hier nicht um ein zufälliges Ereignis gehandelt, sondern um eine Erscheinung, die den volksfeindlichen Egoismus und den Mangel an staatsbürgerlichen Verantwortungsgefühl deutlich gezeigt habe. Wenn Polen größere Aufgaben zu verwirklichen haben sollte, dann werde man wohl wieder damit rechnen können, daß die gleiche Gruppe von Menschen erneut den Versuch unternehmen werde, den polnischen Geldmarkt zu desorganisieren. (Dolchstoß des Judentums gegen Polen während des Konflikts mit Litauen. Versuchte Erschütterung der Staatsfinanzen, 22.03.38, S. 6)

Die Erwähnung der Berichterstattung der polnischen Regierungspresse und die dargestellten „Tatsachen“, soll die *Reichspost* in ihrer Darstellung der Dinge noch bestärken. Der Verfasser spricht von der „gleichen Gruppe von Menschen“ (Dolchstoß des Judentums gegen Polen während des Konflikts mit Litauen. Versuchte Erschütterung der Staatsfinanzen, 22.03.38, S. 6), die erneut den Versuch unternehmen werden, dem polnischen Geldmarkt zu schaden. Die Gruppe der „Bösen“ wird noch weiter kriminalisiert.

Das vorurteilshafte Bild des unehrenhaften Juden und des „jüdischen Drehs“ wird hier aktiviert (vgl. Wodak u.a. 2016: 292). Der Kontrastaufbau zwischen den

Gruppen der „verantwortungsbewussten“ Polen und den „egoistischen und verantwortungslosen“ Juden wird hier zur sprachlichen Strategie des „Schwarz-Weiß-Denkens“ (vgl. Wodak u.a. 2016: 354). Dass damit klar eine „Wir-Gruppe“ definiert wird, die die Gruppe der „verbrecherischen“ Juden ausgrenzt, wird deutlich. Wie die Strategie des „Wir-Diskurses“ noch umgesetzt werden kann, zeigt sich im nächsten Beispiel der solidarisierenden Argumentationsstrategie.

Solidarisierende Argumentationsstrategie - “Wir-Diskurs”

Bei dieser Argumentationsstrategie vertritt der Verfasser nicht seine eigene Perspektive, sondern spricht im Namen einer oder gegen eine Gruppe. Die Zusammengehörigkeit der eigenen „Wir-Gruppe“ steht im Vordergrund (vgl. Wodak u.a. 2016: 296). Das Äußern von Vorurteilen soll das „Wir-Gefühl“ der Gruppe verstärken und den Sprecher als kompetent und als Mitglied der Gruppe darstellen (vgl. Gruber 1991: 23).

Diese Gruppe ist im nächsten Text “Trennung der Brauchbaren von den Unbrauchbaren” vom 17. November 1937 (S. 3) nicht klar definiert (vgl. Wodak u.a. 2016: 354). Als solidarisierend für die Gruppe der ÖsterreicherInnen soll aber das Wort “Volkssinn” im Artikel wirken. “Nationalismus” wird als “Volksbewußtsein, Volksgefühl und Volkswille” (Trennung der Brauchbaren von den Unbrauchbaren, 17.11.37, S. 3) definiert.

Der Leiter des volkspolitischen Referats Dr. Bembauer wird zitiert. Er spricht über die allgemeinen Richtlinien in seinem Referat der Vaterländischen Front und betont, dass beim Staatsaufbau unbedingt “die Brauchbaren von den Unbrauchbaren, die Anständigen von den Unanständigen zu trennen” (Trennung der Brauchbaren von den Unbrauchbaren, 17.11.37, S. 3) seien und dass die Volkspolitik die Ziele aller, die Ziele des Volkes betrachten muss:

„Volkspolitik kann nicht die Interessen einer bestimmten Gruppe oder Partei vertreten, sondern muss notwendig die Ziele des Ganzen, des Volkes, dem wir zugehören, im Auge haben.“ (Trennung der Brauchbaren von den Unbrauchbaren, 17.11.37, S. 3)

„Die Mitarbeit am Staatsaufbau setzt aber voraus, daß alle Bürger nach ihrem Werte gemessen werden. Es gilt nicht mehr Rot, Schwarz und Braun zu scheiden, sondern die Brauchbaren von den Unbrauchbaren, die Anständigen von den Unanständigen zu trennen.“ (Trennung der Brauchbaren von den Unbrauchbaren, 17.11.37, S. 3)

Bembauer stellt die Gruppe der ÖsterreicherInnen, die dem Volk dienen sollen, in den Vordergrund. Die Anspielung, die Unbrauchbaren und Unanständigen von den Anständigen zu trennen, definiert hier eindeutig eine anständige “Wir-Gruppe” und eine Gruppe der unanständigen Anderen. Unterschwellig kann mit den „Unanständigen“ auch die Gruppe der Juden gemeint sein, da die Gruppen nicht klar vom Redner definiert werden. Man kann auch wieder von der Strategie der „Schwarz-Weiß-Malerei“ sprechen.

Im Leitartikel „Österreichs Sendung“ vom 04. Mai 1933 (S.1) wendet der Kommentator Dr. Heinrich Mataja ganz klar die solidarisierende Argumentationsstrategie an. Der Verfasser spricht von einer „Sendung“, die die Gemeinschaft zu erfüllen hat und nach der gelebt werden sollte.

„Das Leben ist ein Kampf und alles kommt darauf an, daß wir am Ende unseres Lebens mit dem Apostel Paulus sagen können: „Ich habe einen guten Kampf gekämpft!“ Dazu müssen wir aber auch an der Sendung unseres Landes und unseres Volkes mitarbeiten.“ (Österreichs Sendung, 04.05.33, S.1)

Das Reflexivpronomen „uns“ soll die LeserInnen ansprechen und die Wir-Gruppe hervorheben. Der Verfasser zählt sich auch selber zu dieser Gruppe. Das Volk und die Wichtigkeit der „Sendung“ werden in den Mittelpunkt gerückt. Subtil werden alle Nicht-ÖsterreicherInnen und alles „unvölkische“ ausgegrenzt.

In „Der junge Strom. Um eine politische junge Generation“ vom 18. Jänner 1934 (S. 13) legt der Verfasser Dr. Hans Jilek dar, wie wichtig die Aufgabe der „Heranschulung eines katholischen, politisch bewußten Jungösterreichs“ ist:

Wir bekennen stolzen Sinnes unser Volkstum – es ist wahres Volkstum, das sich auf keine militärischen Aufmärsche, keine Demonstrationen, auf keine Gleichschaltung gründet. Dieses Volkstum ist nicht zitiert, nicht organisiert und nicht finanziert. Es ist etwas Ewiges an unserem Volkstum: in seiner größten Not und Bedrängnis ist es auf herzlichste von selbst wieder von neuem entstanden. Erstanden zum Heile des gesamten deutschen Volkes. (Der junge Strom. Um eine politische junge Generation, 18.01.34, S. 13)

Die solidarisierende Wirkung wird durch das Personalpronomen und den Satz „Wir bekennen uns zum Volkstum“ erzielt (vgl. Wodak u.a. 2016: 302). Das österreichische Volkstum wird mit der Auferstehung Christi verglichen, als es in seiner größten Not wieder von neuem entstanden sei „zum Heile des gesamten deutschen Volkes“ (Der junge Strom. Um eine politische junge Generation, 18.01.34, S. 13). Durch diesen Vergleich zielt der Verfasser wohl darauf ab, die

LeserInnen auf seine Seite zu ziehen und gleichzeitig die VolksgenossInnen auszuschließen, die sich einem anderen Religionsbekenntnis als dem christlichen Glauben zugehörig fühlen. Es sollen vor allem die katholischen, politisch bewussten „Jungösterreicher“ solidarisiert werden. Alle VolksgenossInnen, die sich nicht zum deutschen katholischen Volk zählen oder bekennen, sollen sich am besten gar nicht angesprochen fühlen.

Im nächsten Kapitel werde ich die Formen der sprachlichen Präsentation, die die antisemitischen Argumentationsstrategien realisieren helfen, vorstellen. Diese sprachlichen Realisierungsformen lassen sich erst in ihrem Kontext mit vorurteilshaften Inhalten verorten und erhalten so antisemitischen Charakter (vgl. Wodak u.a. 2016: 355).

9.3 Strategien der sprachlichen Präsentation

Die Verwendung generischer Bezeichnungen

Gruber (1991: 193) stuft die Verwendung generischer Bezeichnungen als eine Subkategorie der Generalisierung ein. Diese Strategie wird häufig verwendet, um Menschengruppen zu kategorisieren und zählt auch zu den gruppendifinierenden Strategien (Wodak u.a. 2016: 357). Die starre Kategorisierung, die dabei vorausgesetzt wird, soll bei den RezipientInnen bei der Nennung der Bezeichnung sofort die „typischen Merkmale“ (Gruber: 1991: 195) ergänzen. Gruber spricht daher von einer manifesten vorurteilsaktivierenden Strategie (vgl. Gruber 1991: 195). Folgende Beispiele finden sich in der *Reichspost*:

- „die christliche Tradition“ (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 1)
- „die Katholiken Österreichs“, „der Österreicher“ „die Juden“, „die Judenschaft“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 7)
- „die ordentlichen Staatsbürger“, „die christlichen Österreicher“, „das Judentum“, „das bodenständige Volk“ (Die Juden an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung, 19.02.37, S. 5)

- „die Juden“, „das christliche Abendland“ (Die Juden und das christliche Abendland, 07.05.37, S. 9)

Durch die Nennung der Bezeichnungen wird eine positive „Wir-Gruppe“ geschaffen. Alles was nicht in diese Bezeichnungen fällt, wie in diesen Beispielen „der Jude“, wird aus der positiv besetzten Gruppe ausgeschlossen und automatisch als negativ bewertet. Die starre Kategorisierung hat eine Ausgrenzung der negativ besetzten Gruppe der „Anderen“ zur Folge.

Anonymisierung

Die Anonymisierung stellt eine Form der Vagheit dar, die sich auf Personen bezieht (vgl. Wodak u.a. 2016: 355). Durch diese Strategie können tabuisierte Meinungen in Bezug auf eine Gruppe offen geäußert werden (vgl. Gruber 1991: 192). Charakteristisch für die Anonymisierung sind Personalpronomina mit ungeklärter Referenz, Passivkonstruktionen, Agenstilung und die Verwendung einer unpersönlichen Sprecherperspektive (z.b. „man“) (Wodak u.a. 2016: 355). Im folgenden Beispiel vom 02. April 1933 in „Der abgestoppte Judenboykott“ (S. 1) wird diese sprachliche Strategie deutlich:

Wollte man die Namen der Juden aufschreiben, die sich auf solche Art politisch, geistig und wirtschaftlich an dem bodenständigen Volkstum versündigt haben, von den kleinen Journalisten angefangen bis zu den Sklareks und Ehrenfests, es käme ein furchtbares Schuldbuch zusammen. (Der abgestoppte Judenboykott, 02.04.33, S. 2)

Es fällt auf, dass einzelne Personen als Akteure genannt werden. Wodak spricht von der Strategie der Personalisierung, wenn Aussagen oder Handlungen von Vertretern von ganzen Gruppen zu persönlichen Meinungen oder Handlungen einer Einzelperson gemacht werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 357). Die Adressaten werden jedoch nicht ganz offen genannt, wer mit den „Sklareks“ und „Ehrenfests“ gemeint ist, bleibt den RezipientInnen überlassen. Der Verfasser gibt die Verantwortung über das Gesagte an die LeserInnen ab. Durch die scheinbare Distanz und Anonymisierung wird kein Jude persönlich angegriffen, der Verfasser hat sich also scheinbar nichts zu Schulden kommen lassen. Er spricht ja alle Juden an. Die Meinung über diese Juden und der „Feindgruppe“ kann durch die Strategie der

Vagheit und Anonymisierung ungehindert geäußert werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 355).

Anspielungen

Im Leitartikel „Um das Heilige Land“ vom 11.01. 1936 (S. 1) finden wir folgendes Beispiel einer Anspielung. Im Artikel geht es um die Errichtung eines Parlaments in Palästina, um die Interessen und Rechte der katholischen Minderheit im Lande besser vertreten zu können. Die Juden des Landes sind jedoch nicht begeistert darüber. Im Text heißt es:

Nur in einem gewissen, stets nervös gereizten Kreise der Wiener Judenschaft besteht die aus England gemeldete Erregung und nur dieser engere Kreis geht offenbar darauf aus, jede selbstständige Regung zum Schutz katholischer Interessen in Palästina unter eine gewisse internationale Kontrolle zu stellen. (Um das Heilige Land, 11.01.36, S. 1)

Die sprachliche Realisierung der Anspielung wird durch die Wortwahl und durch die Verwendung vager Bezeichnungen im Text realisiert. Beispiele für eine vage Bezeichnung sind die Ausdrücke „gewisse Kreise“ oder unter „gewisse internationale Kontrolle“ stellen. Wer diese „gewissen, nervös gereizten Kreise“ der Wiener Judenschaft sind, wird nicht genannt, die LeserInnen müssen selbst die Verantwortung der Interpretation des Textes übernehmen. Es wird auch ein aktueller Kontext vorausgesetzt, ohne Kontext sind Bezeichnungen dieser Art nicht verständlich (vgl. Gruber 1991: 196). Die Anspielung auf den „engeren Kreis“ und die „gewisse internationale Kontrolle“ (Um das Heilige Land, 11.01.36, S. 1) spielt auf das Klischee der jüdischen Weltverschwörung an und auf ein Motiv der Bedrohung. Indem den Juden eine stets nervöse Gereiztheit unterstellt wird, versucht der Autor die Juden durch die negative Charakterisierung zu diffamieren und abzuwerten. Das hat die Funktion, die „Feindgruppe“ der Juden aus der positiv bewerteten „Wir-Gruppe“ auszugrenzen (vgl. Gruber 1991: 198).

Am 03.03.1936 kommt im Bericht „Wenn Haifische reden könnten...“ (S. 2) eine Anspielung auf die Bibel und die Juden in Form eines indirekten Zitats vor. Zitiert wird Frauenfeld, der eine Rede in einer Berliner Bockbierbrauerei gehalten hat. „Gott habe einen großen Regiefehler begangen, die Juden nicht im Roten Meer zu ersäufen, deshalb müsse man sich mit ihnen auseinandersetzen.“ („Wenn Haifische reden könnten...“, 03.03.36, S. 2)

Diese biblische Anspielung auf die Durchquerung des roten Meeres der Juden kann nur von einer bestimmten Zielgruppe erfasst werden, nämlich die LeserInnen, die die Bibeltexte kennen. Gott hätte die Juden besser nicht verschonen sollen. Die weitere Interpretation der Textstelle wird wieder der Leserschaft überlassen.

Zitate

Zitate werden in der *Reichspost* sehr gerne und häufig verwendet um antisemitische Äußerungen darzustellen, die der Autor nicht selbst getätigt hat, sondern von Politikern oder bekannten Persönlichkeiten stammen und kommentarlos wiedergegeben werden. So werden antisemitische Klischees transportiert, ohne dass der Autor Verantwortung für das Gesagte gegenüber den LeserInnen übernehmen muss. Vorurteile und Äußerungen können damit in den Raum gestellt werden, die von den RezipientInnen dann selbst interpretiert werden müssen. Es kann zu einer Verzerrung der Darstellung kommen und durch die Auswahl der Zitate wird automatisch die Ansicht der Mehrheit und die der „Mächtigen“ übernommen (vgl. Gruber 1991: 44). Dies erweckt den Anschein, dass die *Reichspost* für die Zitate, die oft wörtlich oder in indirekter Rede wiedergegeben werden, nicht verantwortlich sei, da sie ja lediglich Informationen wiedergibt. Zitate kommen in der *Reichspost* häufig in Berichten und Nachrichten, aber auch in den meinungsbetonten Textsorten vor.

Im folgenden Beispiel wird im Leitartikel „Außenpolitik“ vom 13. Februar 1933 (S. 1) der Wiener Führer der Nationalsozialisten, Herr Frauenfeld, zitiert, der mit antisemitischen Anspielungen und Äußerungen um sich wirft. Im Vorfeld kritisiert Frauenfeld die „Wiener Linksblätter“, die den Reichskanzler Hitler verschmähen und mit „giftmischerischen Gemeinheiten“ gegen den Kanzler aufwarten. Der Kommentator zitiert Frauenfeld, der mit antisemitischen Aussagen kontert:

Wenn Herr Frauenfeld in dem gleichen Atemzug darüber spottet, daß unsere Regierung „alleruntertänigst zum amerikanischen Gesandten läuft, wenn ein Judenbengel einige wohlverdiente Ohrfeigen an der Universität erhielt, und dort katzenbuckelnd um Verzeihung fleht, statt der Genugtuung Ausdruck zu geben, daß man irgendeinen galizianischen Halbaffen, der die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, verhaufen hat“, wenn er von „östlichen Schweinehirtenstaaten“, von „der Gesandtschaft der Blechmusikanten“ spricht, gute Beziehungen zu Südslawen und Polen als gleichbedeutend mit Feindschaft gegen das deutsche Volk setzt und Österreich einer Politik im Interesse der „Juden, Tschechen und Franzosen“ zieht, so ist dies eine Außenpolitik deren Gemeingefährlichkeit um kein Jota geringer ist als die,

die er mit dem Pathos sittlicher Entrüstung verurteilt. (Außenpolitik, 13.02.33, S. 1)

Der Kommentator ist über die „gemeingefährlichen“ Aussagen des Herrn Frauenfeld empört, hat aber keine Bedenken, diese extrem herabsetzenden antisemitischen Aussagen des Wiener Nationalsozialisten zu zitieren. Durch die Anführungszeichen hat der Autor die Möglichkeit sich vom Gesagten zu distanzieren (vgl. Gruber 1991: 138). Empört ist der Verfasser vor allem, dass Österreich sich rechtfertigen muss, wieso es mit den Nachbarstaaten und scheinbar auch mit Juden „befreundet“ sei: „Mit dem deutschen Reich befreundet sein, kann und darf nicht bedeuten, daß wir mit allen anderen Nachbarn und Mächten verfeindet sein müssen. Wehe uns, wenn dem so wäre“ (Außenpolitik, 13.02.33, S. 1)

Die Verwendung von metapragmatischen Verben in Bezug auf Frauenfeld im Zitat, wie zum Beispiel „spotten“, ist bewertend und zeigt, welche Einstellung Frauenfeld zu den Juden hat. Das Zitat wird vom Autor verwendet, um Vorurteile zu äußern, ohne dass sich dieser dafür rechtfertigt oder eine Stellung gegen diese Äußerungen bezieht. Er lässt seinen LeserInnen sich selbst ein Bild machen. Wodak weist darauf hin, dass diese Form der Argumentation besonders „objektiv“ und rational wirken soll (vgl. Wodak u.a. 2016: 359). Das Bild und die Einstellung gegenüber Juden, die hier vermittelt wird, ist äußerst problematisch.

In „Die Judenfrage in der Akademikergemeinschaft“ vom 19. März 1935 (S. 2) wird in der Berichterstattung der Schriftleiter einer Wiener jüdischen Familienzeitschrift, Hans Kandl, zitiert. Dieser hielt einen Vortrag über die Frage der „Einordnung der österreichischen Juden in den christlich-deutschen Ständestaat“. Die Verfasserin/der Verfasser des Berichts gibt seinen Vortrag in direkter Rede wieder:

Die Juden haben den großen Fehler begangen, daß sie aus verschiedenen Gründen sich klassenkämpferischen Richtungen angeschlossen haben, wobei sie übersahen, daß eine politische Gruppe, die den Klassenkampf predigt, die Haßinstinkte steigert und so gewissermaßen den Boden auch für den Antisemitismus vorbereitet. (Die Judenfrage in der Akademikergemeinschaft, 19.03.35, S. 2)

Das Zitat wird von der *Reichspost* auch unkommentiert wiedergegeben. Die Argumentationsstrategie der Opfer-Täter-Umkehr, der sich der Vortragende bedient, kann so, ohne Verantwortung für das Gesagte übernehmen zu müssen,

dargestellt werden. Kandl argumentiert also, dass die Juden den Fehler gemacht hätten, sich klassenkämpferischen Richtungen anzuschließen und so Hass und Antisemitismus erst heraufbeschworen hätten. Dadurch wird impliziert, dass die Juden in jedem Fall selbst an ihrem Schicksal schuld seien. Ein weiterer „Fehler“, den sie begangen haben, ist, dass die Juden mit dem Liberalismus sympathisieren würden:

Durch die Emanzipation wurde der bis dahin eigenständige jüdische Volkskörper atomisiert. In der liberalen Ära erhielten die Juden die staatsbürgerliche Freizügigkeit, was bei ihnen ein Dankbarkeitsgefühl für den Liberalismus bewirkte. Auch noch in der Gegenwart hängen die Juden jeder liberalen Tendenz an, wo sich eine solche zeigt. Von dem aus dem liberalen Mutterschutz gekommenen österreichischen Sozialismus befürchteten die Juden keine Gefahr. Gegenüber konservativen Mächten besteht bei den Juden, dem konservativsten Volk der Erde, eine gewisse Scheu. Aus dem Erlebnis der Emanzipationszeit und der früheren Religionskämpfe her erklärt es sich, daß sich diese Scheu ganz besonders gegen die katholische Kirche und gegen eine katholisch orientierte Politik richtet. Die Juden fürchten im Zuge dieser Entwicklung ein neues Getto und treiben daher Abstinenzpolitik. (Die Judenfrage in der Akademikergemeinschaft, 19.03.35, S. 2)

Der Kampf der Juden für Gleichstellung wird als schlecht dargestellt, der das Judentum und seine Kultur quasi „atomisiert“. Eine verzerrte Darstellung der Tatsachen wird sichtbar. Durch Unterstellungen und Zuschreibungen, dass die Juden konservativ seien und sich vor einem „neuen Getto“ (Die Judenfrage in der Akademikergemeinschaft, 19.03.35, S. 2) fürchten, wird eine Strategie der Übertreibung realisiert, der sich der Redner bedient.

Der Vortragende Kandl bedient sich auch der sprachlichen Strategie des Entwerfens eines unrealen Szenarios. Die Argumente Kandls sollen unwiderlegbar erscheinen. Dadurch sollen die LeserInnen in die Wir-Gruppe einbezogen und von seinen Argumenten überzeugt werden (vgl. Wodak u.a. 2016: 357). Die Gruppe der Juden wird ausgegrenzt und es wird ihnen unterstellt, sie seien scheu und hätten Angst vor der Entwicklung eines „neuen Getto“. Daher betreiben sie eine Abstinenzpolitik.

Dass der Redner statt „zerstören“ das Wort „atomisieren“ verwendet, zeigt, dass Euphemismen für die Verharmlosung des Sachverhalts verwendet werden. Der Vortragende bedient sich einer beschönigenden und verharmlosenden Wortwahl, um zu verschleiern, dass das jüdische Volk durch die „Emanzipation“ systematisch „zerstört“ werde. Im nächsten Kapitel folgen noch weitere Beispiele dieser sprachlichen Realisierungsform.

Euphemismen

In „Kein Antisemitismus im Dritten Reich“ vom 27. März 1933 (S. 2) werden Euphemismen zur Verschleierung oder Verharmlosung von Angriffen auf Juden verwendet.

„Gewiß seien während der nationalen Revolution „einige bedauerliche Zwischenfälle vorgekommen“, gibt Herr Reichsminister Goering in einer amtlichen Aussendung zu, wohlgermerkt: „bedauerliche“ Zwischenfälle.“ (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2)

Diese Wortwahl Goerings, die hier in Form eines Zitates wiedergegeben wird, verharmlost den Sachverhalt. Die Angriffe und Attacken auf jüdische Geschäfte und Einzelpersonen werden als „bedauerliche Zwischenfälle“ abgetan. Der Verfasser gibt Goerings Worte wieder und spielt die Vorfälle weiter hinunter:

Es gab kleine Störungen und Demonstrationen vor jüdischen Geschäften und großen Warenhäusern, da und dort wurden einzelnen Juden übel mitgespielt. Aber sofort schritt die Regierung des Dritten Reiches gegen diese Ungehörigkeiten energisch ein und einer jüdischen Abordnung wurde versichert, daß die staatstreuen jüdischen Mitbürger im Dritten Reich nicht das Geringste zu befürchten hätten, sie stünden genau so im vollen Genusse der Gesetze wie die anderen Bürger, nämlich wie die Nordrassischen und Deutschblütigen. (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2)

Die Verharmlosung der Angriffe gegen Juden werden mit Worten, wie „kleine Störungen und Demonstrationen“ oder „Ungehörigkeiten“ (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2) gegen Juden umschrieben. Manchen wurde außerdem „übel mitgespielt“. Was darunter zu verstehen ist und welche Ausmaße die Ausschreitungen wirklich angenommen haben, lässt der Verfasser des Artikels somit im Unklaren.

Weiters wird die Hetze auch als „Entgleisung“ und „Einzelaktion“ heruntergespielt: „Kam es im ersten Eifer der Revolution zu „bedauerlichen“ Entgleisungen, so waren dies eben Einzelaktionen von Leuten, die den Führern und Agitatoren und Parteischriften geglaubt und die Heilsbotschaft des „Rassismus“ zu ernst genommen hatten.“ (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2)

Zynisch wird der „Rassismus“ vom Kommentator als „Heilsbotschaft“ (Kein Antisemitismus im Dritten Reich, 27.03.33, S. 2) dargestellt.

Am 28. November 1935 gibt die *Reichspost* in „Hitler über die Judengesetze. Deutschlands Aufrüstung und Kolonienforderung“ (S. 3) eine Unterredung Hitlers

mit einem amerikanischen Journalisten wieder, in der einige Euphemismen vorkommen.

Die Notwendigkeit der Bekämpfung des Bolschewismus sei auch einer der Hauptgründe für die Judengesetzgebung in Deutschland. Sie sei nicht antijüdisch, sondern prodeutsch. Deutschland sei nur durch wenige Meilen von Sowjetrußland getrennt, so daß es ständiger wirksamer Abwehrmaßnahmen bedürfe, um es gegen die Umtriebe der meist jüdischen Agenten des Bolschewismus zu schützen. Die Judengesetzgebung diene übrigens auch dem Schutze der Juden; ein Beweis hierfür sei, daß seit den einschränkenden Maßnahmen die antijüdische Stimmung im Lande sich gemildert habe. (Hitler über die Judengesetze. Deutschlands Aufrüstung und Kolonienforderung, 28.11.35, S. 3)

Um die Verantwortung über das Gesagte Hitlers nicht übernehmen zu müssen, wird Hitler im Text zitiert und seine Unterredung in indirekter Rede wiedergegeben.

Die Judengesetzgebung als „prodeutsch“ statt „antijüdisch“ zu beschreiben, zeigt die sprachliche Realisierung des Euphemismus in Form einer Verharmlosung (vgl. Wodak u.a. 2016: 357). Der Antisemitismus und die antijüdische Politik im Reich werden im nächsten Absatz überhaupt verleugnet. Die Judengesetze dienen demnach sogar als Schutz gegen die „antijüdische Stimmung“. Auch die aktuelle „antijüdische Stimmung“ in Deutschland ist ein Euphemismus für die feindliche Einstellung und die Anschläge gegen Juden. Den Kampf und die Angriffe gegen das Judentum als „Abwehrmaßnahmen gegen die Umtriebe jüdischer Agenten“ (Hitler über die Judengesetze. Deutschlands Aufrüstung und Kolonienforderung, 28.11.35, S. 3) zu bezeichnen, steht auch für diese Verharmlosung und Verdrehung der Tatsachen. Die *Reichspost* gibt diese Unterredung Hitlers ohne Kommentar oder Stellungnahme wieder.

Am 1. Dezember 1935 wird in „Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft“ (S. 3) von einem süddeutschen Mitarbeiter darüber berichtet, was man sich unter dieser „Ausschaltung“ vorstellen kann:

Die nationalsozialistische Partei hat in den ersten Jahren seit ihrer Machtübernahme auf die Feststellung Wert gelegt, daß sie in erster Linie eine Ausschaltung des jüdischen Einflusses auf dem kulturellen Gebiete und schließlich aus dem öffentlichen Leben überhaupt anstrebe. Dieses Programm ist seither fast restlos zur Durchführung gelangt. (Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft, 01.12.35, S. 3)

Die „Ausschaltung des jüdischen Einflusses“ (Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft, 01.12.35, S. 3) stellt ein extremes Beispiel der mildernden, verharmlosenden Umschreibung für die Vertreibung der Juden, für die Angriffe und

der Gewalt, denen die jüdische Bevölkerung 1935 in Deutschland ausgesetzt war, dar.

Rhetorische Fragen

Rhetorische Fragen erfüllen in den Artikeln meist eine persuasive Funktion, mit dem Wunsch die LeserInnen von dem Gesagten überzeugen zu wollen. Eine Antwort der Autorin/des Autors ist meist nicht vorgesehen (vgl. Wodak u.a. 2016: 358). Rhetorische Fragen können aber auch dazu dienen, von einem Thema zum nächsten zu springen und durch die „quasi-dialogische“ Textform einen kohärenten Text zu signalisieren (vgl. Gruber 1991: 166). Vorurteilsinhalte, die in keinem Zusammenhang miteinander stehen, können so im Text verbunden und angesprochen werden.

Ein Beispiel stellen die rhetorischen Fragen in der Einleitung des Artikels „Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift“ vom 16. November 1933 (S. 1) zum Thema „Judenfrage“ dar:

„Ist eine befriedigende Lösung der Judenfrage möglich? Oder ist uns die Beschränkung auferlegt, eine zur Not annehmbare Ordnung in der Judenfrage anzustreben? Vor allem aber: Gibt es überhaupt eine Judenfrage?“ (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 1)

Die Fragen sollen den LeserInnen die Antworten bereits nahelegen. Der Verfasser muss die Behauptungen nicht argumentativ begründen, da jede Behauptung als Antwort auf die Fragen stehen kann (vgl. Gruber 1991: 167). Der Kommentator Th. bezieht sich auf die Publikation „Verständigung mit dem Judentum?“ von Dr. Emmerich Czermak und weist darauf hin, dass die „Judenfrage“ einzigartig und einmalig in der Geschichte ist und nicht leicht zu beantworten sei:

Daß es da um mehr geht als um eine bloße Rassenfrage, davon muß schon der Umstand überzeugen, daß gerade dem ganz besonders zum Stein des Anstoßes gewordenen Ostjudentum mit Antisemitismus gar nicht beizukommen ist, da es sich bei diesem nicht selten blondhaarig-langeschädelligen Volk gar nicht um Semiten [...] handelt [...]. (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 1)

Die Antworten auf die rhetorischen Fragen zu Beginn und einer Lösung zur „Judenfrage“ seien also den LeserInnen selbst überlassen.

Durch die Einführung der nächsten rhetorischen Frage des Kommentators, „Judenstaat Palästina?“ versucht dieser argumentativ auf eine territoriale Lösung der „Judenfrage“ überzuleiten, auch wenn diese Lösung scheinbar keine ist:

Nur ein der christlichen Tradition entfremdetes, von seiner ruhmvollen Geschichte abtrünniges Europa, nur ein Abendland, das seinen eigenen Geist aufgab, um sich einem fremden zu unterwerfen, konnte sich ein derartiges Projekt zu eigen machen. Nur Staatsmänner, die vom „Gott will es“-Geist der Kreuzzüge sich nicht weniger weit entfernt haben als der Weltumstürzer Bolschewismus von Gott, konnten sich auf den abenteuerlichen Versuch einlassen, den zerstörten Tempel in Jerusalem wieder aufzubauen, ohne zu bedenken, daß eines Tages wieder, wie schon wiederholt in der Vergangenheit, die Flammen des Zorns Gottes hervorbrechen würden, den Frevler zu vernichten. (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 2)

Die nächste rhetorische Frage soll die LeserInnen überzeugen, dass es in der territorialen Frage keine Lösung gibt:

Sind die blutigen Ausbrüche der Erbitterung der bodenständigen arabischen Bevölkerung gegen die jüdische Landnahme nicht Warnung genug? – Madagaskar? Ein klägliches Auskunftsmittel und Eingeständnis der Ratlosigkeit. Um das eigene Land von „Fremdstämmigen“ zu säubern, soll diesen ein Territorium unter völliger Mißachtung der Eingeborenenrechte als Eigentum zugewiesen werden. (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 1)

Dem Kommentator zu Folge kann nur die „Zerstreuung des Judentums“ eine Lösung sein. Dies sei der „Sinn der Geschichte“ (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 2). Es wird auch auf die Vorurteile der Fremdheit und Andersartigkeit der Juden angespielt, wonach die Juden als „Fremdstämmig“, als abgesondert vom Rest der Welt dargestellt werden. Schon früh werden den Juden die Ansprüche auf das Land Israel, als das ihnen von Gott gegebene Land, abgesprochen. Die Juden werden auch im Text als ein heimatloses, ausgestoßenes Volk dargestellt (vgl. Wodak u.a. 2016: 350).

Durch die rhetorischen Fragen nimmt der Kommentator die Antworten der Argumentation bereits vorweg. Dieser Quasi-Dialog mit den LeserInnen hat starke persuasive Funktion (vgl. Wodak u.a. 2016: 358). Die hervorgebrachten Argumente sollen durch die Erwähnung der Publikation Dr. Czermaks noch zusätzlich gerechtfertigt werden.

Prädikation und Assertion

Im folgenden Beispiel soll gezeigt werden, wie durch Prädikation und Assertion sprachlicher Antisemitismus realisiert werden kann und wie das zu einem dichotomen Weltbild beiträgt (vgl. Wodak u.a. 2016: 358).

Die Wiedergabe der Ansprachen der Redner bei der Kundgebung des Wiener katholischen Männervereines im Artikel „Christlicher Geist auch in der Wirtschaft“ vom 30. März 1936, (S. 3) zeigt wie Prädikationen im Text sprachlich realisiert werden können. Zitiert wird auch Kardinal Engelhardt und der Wiener Kardinal, der davon spricht, „daß in unserem christlichen Lande noch sehr viel unchristlicher Geist herrscht.“ (Christlicher Geist auch in der Wirtschaft, 30.03.36, S. 3)

„Glauben Sie, daß derselbe Bischof, der die mangelnde Sittlichkeit der Christen beklagt, den demoralisierenden Einfluss von Juden verteidigt? Bedarf es einer besonderen Erklärung, daß das Schlechte und Zersetzende bei allen bekämpft werden muß, gleichgültig von wem es ausgeht?“ (Christlicher Geist auch in der Wirtschaft, 30.03.36, S. 3)

Die Zuschreibung von demoralisierenden Eigenschaften zu der Gruppe der Juden dient dazu, ein schwarz-weißes Weltbild aufzubauen (vgl. Wodak u.a. 2016: 358). Auch die Zuschreibung der Eigenschaften, dass das Judentum schlecht sei und einen zersetzenden Einfluss habe, kommt in der Berichterstattung immer wieder vor. Der Redner bedient sich der Erwähnung einer Statistik, um glaubhafter zu wirken:

„Am besten wäre es einfach die Zahlen der Statistik sprechen zu lassen und dann die Einflußspähren zu begrenzen. Wenn die Minderheiten auch ihrem Einfluß nach Minderheiten bleiben, wer wird sich daran stoßen?“ (Christlicher Geist auch in der Wirtschaft, 30.03.36, S. 3)

Der Einfluss des Judentums wird als eine den christlichen Geist und die Gesellschaft zersetzende Minderheit dargestellt. Die guten Christen müssen sich gegen die demoralisierenden Eigenschaften des Judentums schützen. Die Textstelle hat durch die rhetorische Frage auch stark persuasiven Charakter. Versucht wird, die Leserschaft davon zu überzeugen, dass das Judentum auf jeden Fall schlecht sei und es besser eine Minderheit in jedem Gebiet bleiben sollte. Der Gegner wird abgewertet und kriminalisiert.

Der Redner sprach sich schließlich dafür aus, daß in der Judenfrage einmal Ordnung gemacht werde. Wenn Österreich ein christlicher Staat sein soll,

dann muss der Christ auch etwas dreinzureden haben. Wir müssen unsere ganze Kraft zusammennehmen, damit das Ziel erreicht wird, und wer uns in unserer Arbeit hindert, der muß eben weg. (Christlicher Geist auch in der Wirtschaft, 30.03.36, S. 3)

Die Anspielung, dass alles weg muss, was dem christlichen Staat nicht dienlich ist, wirkt wie eine Drohung, die unter anderem an die Juden gerichtet ist. Die *Reichspost* bedient sich wieder der sprachlichen Realisierung des Zitats, um antisemitische Argumentation darstellen zu können, ohne diese aber selbst rechtfertigen zu müssen. Die Verantwortung über das Gedruckte wird hier wieder den LeserInnen überlassen.

Im Eigenbericht „Der Unfriede in Palästina“ vom 04. Juli 1936 (S. 2) wird der Zionistenführer Jabotinsky als „rücksichtslos“ beschrieben:

Mit rücksichtsloser Offenheit hat sich kürzlich der Führer des extremen Flügels der Zionisten Vladimir Jabotinsky über die Lage ausgesprochen, die nach seiner Meinung deshalb beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten biete, weil die Juden notwendigerweise darauf ausgehen müssen, die Majorität im Lande zu erreichen, und weil die Araber, die diese Politik der Juden heute bereits erkennen, eine solche Bewegung, die für sie tödlich wäre, bekämpfen müssen. (Der Unfriede in Palästina, 04.07.36, S. 2)

Den Juden in Palästina wird dadurch generell die Eigenschaft der Rücksichtslosigkeit gegenüber den Arabern zugeschrieben, auch wenn nur Jabotinsky erwähnt wird.

In „Aufruf der Christen Palästinas“ vom 04. August 1936 (S. 3) werden die Juden vom Korrespondenten als „unwürdig“, „radikal-kommunistisch“ und als „Frevler“ bezeichnet.

„In unglaublichen Massen kommen die jüdischen Einwanderer mit radikal-kommunistischen Ideen und ohne jede Religion ins Land der Bibel, bringen Sitten und Gebräuche mit, die jeder Religion und Moral spotten.“ (Aufruf der Christen Palästinas, 04.08.36, S. 3)

Das letzte Jahr brachte bereits die ersten Zeichen der verächtlichen Entweihung heiliger christlicher Stätten durch die Juden. Jüdische Mädchen und Burschen entheiligten die Geburtskirche in Bethlehem durch unwürdiges Benehmen: die Polizei musste eingreifen und die Frevler zum Verlassen der Kirche zwingen. (Aufruf der Christen Palästinas, 04.08.36, S. 3)

Diese Zuschreibungen und die Generalisierungen, dass alle Juden unmoralisch seien und unwürdiges Benehmen an den Tag legen würden, soll sie argumentationsstrategisch aus der Wir-Gruppe der guten Christen und Araber in

Palästina ausschließen. Die Vorurteile und die „Schwarz-Weiß-Malerei“ tragen stark dazu bei, dieses dichotome Weltbild aufrechtzuerhalten.

Weitere Zuschreibungen und negative Eigenschaften, mit denen die Juden in Verbindung gebracht werden, finden sich im Bericht „Der Christ und der Jude“ vom 19.03.1936 (S. 7), in dem P. Georg Bichlmair im Zuge einer katholischen Vortragsreihe zitiert wird.

„Es gibt kein Volk von größerer Eigenart, ja Einzigartigkeit, wie das jüdische, und keines, dessen Schicksal so innig und ausschließlich mit der Geschichte des Christentums verflochten wäre.“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 7)

In einem Absatz weiter unten geht es um die Auserwählung der Juden durch Gott im Alten Testament. Es lassen sich negative Zuschreibungen finden, in der die Juden als faul und unbrauchbar charakterisiert werden:

„Gott wählt für seine Hilfspläne nicht immer die Tüchtigsten und Brauchbarsten aus. Es läßt sich demnach aus der religiösen Auserwählung kein Schluß auf die Qualität seiner Rasse und seines nationalen Charakters ziehen.“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 7)

Der Redner schlussfolgert, dass der Schlüssel zum Verständnis des „jüdischen Charakters“ in ihrer Kollektivschuld an der Kreuzigung Christus liege (vgl. Wodak u.a. 2016: 348).

„Israel hat durch schuldhafte Verblendung seiner Führer das Auftreten des Messias verkannt und ist durch die Kreuzigung des eigenen Messias in eine religiöse Apostasie verfallen. In dieser Apostasie liegt der Schlüssel zum Verständnis jüdischen Charakters und jüdischen Schicksals.“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 7)

Dadurch ergibt sich das Bild des „ewigen Juden“, das jüdische Volk ist

haltlos und heimatlos geworden, es hat seinen geistigen Wurzelboden verloren und damit die natürlichen Quellen seiner nationalen Existenz, unter die Völker zerstreut, seinen eigenen Leichnam durch die Geschichte tragend, ist das Volk der Juden durch Gottes Willen zusammengeschmiedet zum Volke des verkannten Messias, zum Volke des ewigen Juden – allen anderen Völkern zum Zeugnis. (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 7)

Weiters wird dem jüdischen Volk „schlimme Erbanlagen“ zugeschrieben. Ein Volk, das „ziel- und ruhelos“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 8) ist.

Im nächsten Absatz werden die Juden als „gefährlich“ eingestuft, da sie aufgrund der „leicht ansteckenden und zersetzenden volkscharakterologischen

Auswirkungen der religiösen Apostasie und der geistigen Heimatlosigkeit“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 8) keinen guten Einfluss auf das „Wirtsvolk“ haben können.

Das „volks- und christusfremde Judentum“ (Der Christ und der Jude, 19.03.36, S. 8) muss bekämpft werden. Die Assertionen tragen hier wieder dazu bei, ein schwarz-weißes Weltbild aufzubauen. Mit den extrem herabwürdigenden Zuschreibungen ist es nicht schwer, das „volksfremde, schlechte Judentum“ vom Volk der „Anderen“ abzukapseln.

Weitere Assertionen sind zum Beispiel:

- „die bodenständigen Ärzte“, „die konfessionslosen Ärzte“ (23.03.34, S. 9, „Ausmusterung unter der Ärzteschaft der Gemeinde Wien“)
- „das bodenständige katholische Volk“, „das Judentum“ (28.05.35, „Der Straßenterror in München“ S. 1)

Auffällig ist, dass das Adjektiv „bodenständig“ sehr häufig zum Aufzeigen der positiven „Wir-Gruppe“ verwendet wird. Das „Judentum“ wird in den Artikeln der *Reichspost* nie als „bodenständig“ charakterisiert. Die Zuschreibungen der „ordentlichen, christlichen“ Staatsbürger werden vor allem zur positiven Selbstdarstellung der eigenen „Wir-Gruppe“ angewendet. Im Artikel „Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift“ wird sogar die arabische Bevölkerung in Palästina als „bodenständig“ im Gegensatz zum jüdischen Volk, das ja nur eine Minderheit im Land darstellt, hervorgehoben (Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift, 16.11.33, S. 1). Die Araber müssten sich gegen den „fremdstämmigen“ Einfluss der Juden in Palästina zur Wehr setzen. Unterschwellig ergibt sich aus dem Text, dass alles Jüdische im Land schlecht und fremdartig sei.

10 Exemplarische Einzeltextanalyse

Mit der exemplarischen Analyse eines Leitartikels aus der *Reichspost* vom 1. November 1933 versuche ich zu zeigen, mit welchen Inhalten und Argumenten und mithilfe welchen sprachlichen Realisierungsformen Antisemitismus in der Berichterstattung umgesetzt wurde. Die Einzeltextanalyse soll nach der Gesamtanalyse noch einmal konkret veranschaulichen, wie die Inhalte und Strategien im Textzusammenhang realisiert werden.

Der Leitartikel „Zurückerobern!“ wurde am 1. November 1933 (S. 1) verfasst und auf der ersten Seite der *Reichspost* abgedruckt. Der Verfasser des Artikels wird nicht genannt. Der „Leitartikel“ gehört zu den argumentativen Texttypen. Schon die Schlagzeile „Zurückerobern!“ hat appellative Funktion und zeigt bereits, dass die LeserInnen durch den Verfasser von einem Sachverhalt überzeugt werden sollen. Zusammengefasst geht es in dem Artikel um die Zunahme des Nationalsozialismus in Österreich und wer daran Schuld trägt. Zum besseren Verständnis habe ich den Artikel in Abschnitte unterteilt.

Text: *Reichspost*

„Zurückerobern!“

Wien, am 31. Oktober 1933

- 1) Es geht zweifellos vorwärts. Der österreichische Gedanke marschiert. Viel Land, daß schon verloren schien, hat er zurückerobert. Es brauchte nur die österreichische Fahne entrollt zu werden, es brauchte nur wieder gut österreichisch zu den Österreichern gesprochen werden, um sie das Land ihrer Seele wiederfinden, wiedererkennen, um sie wieder sich heimisch fühlen zu lassen in ihrer schönen Heimat, deren ehrwürdiger, süßer Name so lange beinahe verpönt und verfehmt gewesen und sogar bereits aus den Schulbüchern verschwunden war. Der Österreicher ist wieder stolz, einer zu sein, er weiß wieder, daß er Ursach' hat, sein Vaterland zu lieben. Österreich, das Österreichische ist auferstanden. Dabei bleibt der täglich neuerlich durch Wahrnehmungen und Aufdeckungen bestätigte seelische Abfall so vieler junger Leute von ihrer österreichischen Heimat erschütternde Tatsache und es ist, seit wir wieder festen österreichischen Boden unter den Füßen haben, die nächste große Aufgabe, den in die Irre gegangenen Teil unserer österreichischen Jugend wieder zur Treue, diesem schönsten Schmuck

deutschen Wesens, zurückzuführen. Es hat tiefsten, erobernden Sinn, wenn die herrliche Armee jugendlicher Kämpfer und Bekenner des österreichischen Gedankens sich gerade die Treue zu Gruß und Wahlspruch sich erkoren hat.

- 2) Der Hindernisse, die überwunden werden müssen, sind nicht wenige. Sie dürfen uns von dem unerlässlichen Werke der Wiedereroberung nicht abschrecken. Zu lange blieb der Acker dem Feind überlassen, der Unkraut säete. In den Drillschulen des Marxismus wurde die Jugend zur Verachtung alles dessen erzogen, was unsern Vätern heilig galt. Heimat, Vaterland, österreichische Geschichte und Tradition, die altherwürdigen Zeichen und Symbole des Österreichertums waren dort ein Gegenstand des Spottes und Hasses. Als die Jugend, die Torheit des Marxismus an seinen russischen Früchten erkennend, der seelenmörderischen Doktrinen überdrüssig und von dem Geschwätz hochmütiger Impotenz angewidert, in hellen Scharen davonlief, gingen viele in die Richtung des lautesten Lärms und gerieten aus dem Regen in die Traufe. Die mit dem Marxismus erlebte Enttäuschung führte viele geradewegs dem mit dem Nimbus polarer Gegensätzlichkeit sich umgebenden Hakenkreuz in die ausgestreckten Fangarme. Dieser Nimbus, von dem urteilsschwache Unreife sich so leicht gefangennehmen ließen, ist nur zum Teile begründet. Von der Anziehungskraft dieses betörenden Nimbus gilt es, die festen Halt suchende Jugend zu befreien, sowohl dadurch, daß wir, ohne das Gegensätzliche in Abrede zu stellen, auch das Verwandte zweier Extreme aufzeigen, die sich nur zu häufig berühren, als auch dadurch, daß wir die eigene Fähigkeit, den Marxismus niederzuringen, nachdrücklich durch Wort und Tat in Erinnerung bringen, wir, deren Standplatz auf jenem ewigen Felsen ist, an dem alle Feinde der christlichen Kultur zerschellen.
- 3) Es sind weniger die Werber des Nationalsozialismus selber, als seine Hasser aus dem Linkslager, die ihm jenen Nimbus verschaffen, der unfehlbar auf die Jugend wirkt. Wieviel Güter und Werte die sogenannte nationale Revolution zerstört, mit wieviel den deutschen Namen schändenden Makeln, sie sich befleckt haben mag, von all dem Morschen und Faulen, das ihr Sturmwind hinweggefegt hat und das sich ringsum das Dritte Reich festsetzen möchte, um bei gegebener Gelegenheit die verlorenen Positionen wieder zu besetzen, will gesunde deutsche Jugend nichts wissen. Und wenn dieses Morsche und Faule nach all dem Unheil, das es, gerade es über unser Volk und unsere Heimat gebracht, sich erdreistet, der stärkeren Wirkung halber sich vaterländisch zu drapieren, so kann die vaterländische Bewegung nicht scharf genug den Trennungsstrich zwischen sich und so

kompromittierender Sippschaft ziehen. Was immer von diesen Linkskreisen, die vielleicht am deutlichsten durch die bereits gangbare Prägung „Kulturbolschewismus“ gekennzeichnet werden, bekämpft wird, gewinnt dadurch an Anziehungskraft. Sie sind, indem sie den Nationalsozialismus beklaffen, geradezu dessen Zutreiber. Ihr Mißbrauch des vaterländischen Gedankens für Zwecke und Ziele, mit denen er nicht nur nichts zu tun hat, sondern die geradezu seinem Wesen widerstreben, hindern ihn an der Rückeroberung der Jugend. Ihre Maßlosigkeiten stoßen ab.

- 4) Schon Jahrzehnte vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus hat es einen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ gegeben und es ist daher Verfälschung eines notorischen Sachverhaltes, wenn der Antisemitismus als eine Erfindung des Nationalsozialismus hingestellt und jeder, der auch nur irgendwie in den Verdacht antisemitischer Neigungen gebracht wurde, als Nationalsozialist von fragwürdiger österreichischer Gesinnung angeprangert wird. Es ist mit wärmstem österreichischen Patriotismus sehr wohl vereinbar, in der Hypertrophie des Judentums in einzelnen Berufen keinen Idealzustand zu erblicken. Einsichtige Juden selber teilen diese Auffassung und haben beispielsweise seinerzeit eindringlich davor gewarnt, zum Präsidenten der Wiener Anwaltskammer einen Juden zu wählen. Es mag schwer fallen, in allen Dingen das rechte Maß einzuhalten, aber der Ruf nach dem Numerus Clausus, gegen den es jetzt erregte Proteste regnet, wäre nie laut geworden, wenn eine der bewährtesten Spruchweisheiten, die zum Maßhalten rät, besser befolgt worden wäre. Das starrköpfige, einsichtslose Beharren auf seinem Schein hat Shylock übel angeschlagen. Eine allzu wörtliche, allzu irdische Auffassung der großartigen Vision des apokalyptischen Sehers von den je zwölftausend Bezeichneten aus jedem der zwölf Stämme Israels empfiehlt sich nicht. Sein humanes Wesen schützt den Österreicher vor der Versuchung, Kulturwidrigkeiten nachzuahmen, wie sie ihm das Ausland vormacht. Aber wenn eine Presse, die die in der Weltgeschichte beispiellosen Blutgreuel des russischen Bolschewismus, die Atrozitäten gegen Katholiken in Mexiko, die Mordbrennereien gegen Klöster und Kirchen in Spanien durch eine „Verschwörung des Schweigens“ in Schutz nahm oder gar offen ihre Nachahmung empfahl, unaufhörlich die paar antisemitischen Exzesse im Dritten Reiche als das schmachvolle Ereignis und furchtbarste Verbrechen der Weltgeschichte ausruft, so versteht jeder, daß die Wirkung auf das Publikum eine andere ist als die erwartete. Wenn ein Richter, der die Erklärung zweier die Scheidung anstrebenden Ehegatten, ihre gegenseitige, eine Scheidung gesetzlich

begründete unüberwindliche Abneigung habe ihren Hauptgrund in der verschiedenen Abstammung, zur Kenntnis nimmt, darob den Rassepolitikern des Dritten Reiches zugezählt wird; wenn jeder Künstler, jeder Philharmoniker, dem einmal im Privatgespräch angeblich eine antisemitisch klingende Äußerung entschlüpft ist, öffentlich angeprangert und seine Maßregelung gefordert wird; wenn ein dekadentes Literatur, das im Dritten Reich resolut aus dem Musentempel verjagt wurde, den es bisher als herrsüchtiger unduldsamer Klüngel in Alleinbesitz genommen hatte, uns in aufdringlicher Reklame zur Uebernahme offeriert wird; wenn uns in denselben Zeitungsspalten Schriftsteller wie Thomas Mann und Hauptmann abwechselnd, je nachdem, ob sie sich mit den Entthronten solidarisch erklären oder den geänderten Verhältnissen sich anzugleichen scheinen, als Gipfel des deutschen Geistes oder als charakterlose feige Schwächlinge, die der Beachtung unwert sind, geschildert werden: dann wendet sich jeder Gast von Geschmack mit Grausen. Nein, das ist nicht das Oesterreichertum, das er sucht, das Vaterland seines Herzens sieht anders aus. Die Gleichschaltung mit dem Nationalsozialismus wird nicht abgelehnt, um einer Gleichschaltung zu verfallen, von der unser Volk und Land zu befreien erste Sehnsucht des wiedererwachten Heimatgeistes war.

- 5) Allen seinen Bürgern will das Vaterland Heimat sein, alle Landeskinder, die sich zu ihm in Wort und Werk bekennen und ihm dienen, sind ihm willkommen, aber den Sinn der vaterländischen Erneuerungsbewegung zu verdrehen und zu verfälschen soll niemand wagen. Dem verwegenen Versuch von Elementen, deren Metier das Herunterreißen jeder Autorität ist, den autoritären Kurs als den ihren auszugeben und vor unserem Volke bloßzustellen, wird der feste Wille, die ganze Jugend für Österreich zurückzuerobern, zu begegnen wissen. Was zur Verteidigung gegen den Nationalsozialismus zwingt, ist, daß er aus imperialistisch-annexionistischer Neigung oder aus einer falschen nationalsozialistischen Doktrin Österreichs Unabhängigkeit nicht achtet, daß er unser Selbstbestimmungsrecht negiert, daß er uns unser staatliches Eigenheim nicht gönnt und es unterminiert, um es zu zerstören. Dagegen wehren wir uns, und für diese Abwehr ist jeder Österreicher zu gewinnen, wenn er die Gewähr hat, daß sie nicht Kapitulation vor einer Geistesrichtung ist, deren Verwüstungen eine grundlegende Erneuerung der Gesellschaft unerläßlich gemacht haben. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1 – 2)

Geschäftstüchtigkeit und Intelligenz

Weiterführend im 4. Abschnitt wird wieder auf das Klischee der Geschäftstüchtigkeit der Juden hingewiesen und „Shylock“ erwähnt.

Es mag schwer fallen, in allen Dingen das rechte Maß einzuhalten, aber der Ruf nach dem Numerus Clausus, gegen den es jetzt erregte Proteste regnet, wäre nie laut geworden, wenn eine der bewährtesten Spruchweisheiten, die zum Maßhalten rät, besser befolgt worden wäre. Das starrköpfige, einsichtslose Beharren auf seinem Schein hat Shylock übel angeschlagen. Eine allzu wörtliche, allzu irdische Auffassung der großartigen Vision des apokalyptischen Sehers von den je zwölftausend Bezeichneten aus jedem der zwölf Stämme Israels empfiehlt sich nicht. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2)

„Shylock“ gilt als der Prototyp des geschäftstüchtigen, gierigen Juden (vgl. Straus 1964: 69). Auch ist er eine Anspielung an den „jüdischen Dreh“ (vgl. Wodak u.a. 2016: 349). Demnach sind alle Juden macht- und geldgierig, sie arbeiten mit faulen Mitteln. Der Kommentator beschreibt „Shylock“ als starrköpfig und einsichtslos. „Maßhalten“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) wäre besser gewesen, da die Juden schon viel zu viele Berufszweige und Stellen für sich besetzt hätten. Der Ruf nach dem Numerus Clausus ist dem Autor zu Folge mehr als berechtigt. Das legt auch eine Angst vor der jüdischen Intelligenz nahe. Umso mehr Juden angesehene Posten innehaben, umso mehr müssen österreichische Bürger um ihre Posten kämpfen und sich gegen die jüdische „Hypertrophie“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) zur Wehr setzen. Die Bedrohung durch die Macht und den Einfluss des Judentums ist allgegenwärtig und muss bekämpft werden.

Diese mythische Darstellung von Shylock und die biblischen Anspielungen der Stämme Israels soll scheinbar dazu dienen, die Juden lächerlich zu machen und zu diffamieren. Alle Juden werden hier mit Shylock gleichgesetzt, sie werden alle als starrköpfig und uneinsichtig bezeichnet. Man solle die Auffassung einer „großartigen Vision“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) des apokalyptischen Sehers auch nicht wörtlich oder ernst nehmen. Diese starke Abwertung und die Erwähnung, dass ein Numerus Clausus gewünscht ist, weil wichtige Berufszweige von den Juden besetzt wurden, sollen die antisemitischen Ressentiments des Kommentators legitimieren und als Rechtfertigung für Antisemitismus dienen. Wenn die Juden dann ihre Posten verlieren sollten, muss keine Verantwortung dafür übernommen werden, denn die Juden sind ja selbst schuld an ihrem Schicksal.

Opfer-Täter-Umkehr und das Abschieben von Schuld

Im dritten Abschnitt des Artikels wird thematisiert, dass die Zunahme des Nationalsozialismus, der auch in Österreich immer mehr Zustimmung erfährt, die Schuld gewisser “Linkskreise” sei:

Es sind weniger die Werber des Nationalsozialismus selber, als seine Hasser aus dem Linkslager, die ihm jenen Nimbus verschaffen, der unfehlbar auf die Jugend wirkt. ... Was immer von diesen Linkskreisen, die vielleicht am deutlichsten durch die bereits gangbare Prägung “Kulturbolschewismus” gekennzeichnet werden, bekämpft wird, gewinnt dadurch an Anziehungskraft. Sie sind, nachdem sie den Nationalsozialismus beklaffen, geradezu dessen Zutreiber. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1)

Im vierten Absatz wird daraufhin auf das Aufkommen und die Abwehr des Antisemitismus übergeleitet. Diese Überleitung legt nahe, dass es sich bei diesem “Linkslager”, der die Jugend zum Nationalsozialismus treibt, ohne Zweifel unter anderem auch um Juden handeln muss.

Schon Jahrzehnte vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus hat es einen “Verein zur Abwehr des Antisemitismus” gegeben und es ist daher Verfälschung eines notorischen Sachverhaltes, wenn der Antisemitismus als eine Erfindung des Nationalsozialismus hingestellt und jeder, der auch nur irgendwie in den Verdacht antisemitischer Neigungen gebracht wurde, als Nationalsozialist von fragwürdiger österreichischer Gesinnung angeprangert wird. Es ist mit wärmstem österreichischen Patriotismus sehr wohl vereinbar, in der Hypertrophie des Judentums in einzelnen Berufen keinen Idealzustand zu erblicken. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2)

Diese Strategie der Abschiebung von Schuld wird angewendet, um die Juden selbst für das “Übermaß” des Judentums in manchen Berufszweigen verantwortlich zu machen und auch um Antisemitismus im Land zu rechtfertigen. Es handelt sich hierbei wieder um eine Opfer-Täter-Umkehr, da von den antisemitischen Österreichern und Deutschen abgelenkt werden soll, in dem den Juden selbst die Schuld an ihrem Unglück gegeben wird. Antisemitismus wird hier verharmlost. Es fällt auch die positive Selbstdarstellung auf, mit der der Kommentator die LeserInnen auf seine Seite ziehen will.

Im gleichen Absatz kommt auch der “Entlastungsjuden” wieder zum Einsatz:

“Einsichtige Juden selber teilen diese Auffassung und haben beispielsweise seinerzeit eindringlich davor gewarnt, zum Präsidenten der Wiener Anwaltskammer einen Juden zu wählen.” (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2)

Die Erwähnung der “einsichtigen Juden” (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) des Kommentators fungiert als Rechtfertigung, um zu beweisen, dass Antisemitismus

in Österreich deshalb existiert, weil die Juden zu viele Berufe und Stellen besetzen sowie zu viel Macht haben. Die Juden warnen ja selbst davor, einen Juden zum Präsidenten der Wiener Anwaltskammer zu wählen. Durch diesen Einwand soll die Ausgrenzung inhaltlich legitimiert werden.

Verharmlosung und solidarisierende Argumentationsstrategie

In dem nächsten Beispiel sollen die Argumentationsstrategien aufgezeigt werden, die verdeutlichen, wie der Kommentator Antisemitismus verharmlost und das Leiden der Österreicher in den Vordergrund spielt (vgl. Wodak u.a. 2016: 354).

Der Titel des Artikels impliziert bereits, was zurückerobert werden soll, nämlich der “Heimatgeist”. Im 4. Abschnitt beschreibt der Kommentator Antisemitismus als eine Abwehr gegen “Kulturwidrigkeiten” (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1) und spielt die Angriffe gegen Juden im Dritten Reich herunter. Die Verbrechen am Christentum wiegen demnach viel schwerer und werden gegen die Angriffe an Juden aufgerechnet:

Sein humanes Wesen schützt den Österreicher vor der Versuchung, Kulturwidrigkeiten nachzuahmen, wie sie ihm das Ausland vormacht. Aber wenn eine Presse, die die in der Weltgeschichte beispiellosten Blutgreuel des russischen Bolschewismus, die Atrozitäten gegen Katholiken in Mexiko, die Mordbrennereien gegen Klöster und Kirchen in Spanien durch eine “Verschwörung des Schweigens” in Schutz nahm oder gar offen ihre Nachahmung empfahl, unaufhörlich die paar antisemitischen Exzesse im Dritten Reiche als das schmachvolle Ereignis und furchtbarste Verbrechen der Weltgeschichte ausruft, so versteht jeder, daß die Wirkung auf das Publikum eine andere ist als die erwartete. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1)

Die Anspielung an “eine Presse”, die das alles so darstellt, kann als eine Anspielung an die jüdische Presse und die jüdische Weltverschwörung interpretiert werden. Eine “Verschwörung des Schweigens” (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) legt diese Interpretation auch nahe. Die Vorfälle, die sich zugetragen und die Angriffe, die sich gegen die katholische Kirche gerichtet haben, wiegen dem Autor zu Folge um einiges schwerer, als die “paar antisemitischen Exzesse” (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) in Deutschland. Das internationale Judentum versteht es, dem Kommentator zu Folge, diese Verbrechen als die furchtbarsten in der Weltgeschichte darzustellen. Der Kommentar macht im nächsten Absatz mit der Verharmlosung und sogar Leugnung von Antisemitismus in überzogener Weise weiter und versucht damit strategisch die Verbrechen und den Hass gegen die Juden zu relativieren:

Wenn ein Richter, der die Erklärung zweier die Scheidung anstrebenden Ehegatten, ihre gegenseitige, eine Scheidung gesetzlich begründete unüberwindliche Abneigung habe ihren Hauptgrund in der verschiedenen Abstammung, zur Kenntnis nimmt, darob den Rassepolitikern des Dritten Reiches zugezählt wird; wenn jeder Künstler, jeder Philharmoniker, dem einmal im Privatgespräch angeblich eine antisemitisch klingende Äußerung entschlüpft ist, öffentlich angeprangert und seine Maßregelung gefordert wird; wenn ein dekadentes Literatur, das im Dritten Reich resolut aus dem Musentempel verjagt wurde, den es bisher als herrsüchtiger unduldsamer Klüngel in Alleinbesitz genommen hatte, uns in aufdringlicher Reklame zur Uebernahme offeriert wird; wenn uns in denselben Zeitungsspalten Schriftsteller wie Thomas Mann und Hauptmann abwechselnd, je nachdem, ob sie sich mit den Entthronten solidarisch erklären oder den geänderten Verhältnissen sich anzugleichen scheinen, als Gipfel des deutschen Geistes oder als charakterlose feige Schwächlinge, die der Beachtung unwert sind, geschildert werden: dann wendet sich jeder Gast von Geschmack mit Grausen. Nein, das ist nicht das Oesterreichertum, das er sucht, das Vaterland seines Herzens sieht anders aus. Die Gleichschaltung mit dem Nationalsozialismus wird nicht abgelehnt, um einer Gleichschaltung zu verfallen, von der unser Volk und Land zu befreien erste Sehnsucht des wiedererwachten Heimatgeistes war. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2)

Die Gleichschaltung unter dem Nationalsozialismus wird hier mit dem Antisemitismus gleichgestellt und in Beziehung gesetzt. Das eigene Vaterland und das Heimatgefühl der Österreicher sei sehr viel wichtiger als ein paar angeblich entschlüpfte antisemitische Äußerungen. Die Strategie der Abwertung des „Gegners“ wird in diesem Absatz realisiert. Alles Jüdische wird als „schlecht“ und negativ bewertet. Es fällt daher nicht sehr schwer, auch ohne Nationalsozialismus, antisemitisch zu sein.

Im 5. und letzten Absatz kommen auch die solidarisierenden und ausgrenzenden Argumentationsstrategien zum Einsatz. Der Kommentator spricht im Namen der ÖsterreicherInnen und vertritt allem Anschein nach nicht nur seine eigene Meinung und Perspektive, sondern die der „Wir-Gruppe“, die der ÖsterreicherInnen (vgl. Wodak u.a. 2016: 354). Dadurch sollen die gemeinsamen Interessen der österreichischen Bürger und deren „Heimatgeist“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1) gegen die Interessen und das Leid der Juden und des „Fremden“ aufgerechnet werden. Die Gruppe der „Anderen“ wird klar herausgestellt, als weniger bedeutsam, sogar als gefährlich eingestuft und so als Feind-Gruppe diffamiert. Der Österreicher darf keiner „jüdischen, linken Gleichschaltung“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1) zum Opfer fallen.

Sprache

Im Leitartikel finden sich zahlreiche Beispiele, wie mithilfe von sprachlichen Formen antisemitische Argumentationsstrategien realisiert werden können (vgl. Wodak u.a. 2016: 355).

Der Autor arbeitet zum Beispiel mit subtil formulierten **Anspielungen**. Im 4. Absatz kommen Anspielungen aus den Heiligen Schriften des Judentums vor. Diese können die RezipientInnen nur verstehen, wenn sie die Textstellen der hebräischen Bibel kennen oder gelesen haben. Der Abschnitt wirkt ironisch und versucht das israelische Volk sowie das gesamte Judentum ins Lächerliche zu ziehen. Außerdem kann die Anspielung auf das Motiv der „Shylock“-Gestalt nur mit Hilfe von Kontextwissen verstanden werden. Anspielungen können unterschiedlich realisiert werden. Zum Beispiel durch Vagheit, Wortwahl, formalen Textaufbau oder Zitaten. Es wird keine konkrete Verbindung zwischen den zwei Inhalten gemacht. Wodak weist darauf hin, dass die inhaltliche Verbindung durch die Konnotation der verwendeten Sprache hergestellt wird. Die Verantwortung und die Interpretation der Anspielung wird den LeserInnen zugeschoben (vgl. Wodak u.a. 2016: 356).

Der 2. Abschnitt des Artikels ist bestimmt von **Verzerrungen** und **übertriebener Ausdrucksweise** des Kommentators:

Dieser Nimbus, von dem urteilsschwache Unreife sich so leicht gefangen nehmen ließen, ist nur zum Teile begründet. Von der Anziehungskraft dieses betörenden Nimbus gilt es, die festen Halt suchende Jugend zu befreien, sowohl dadurch, daß wir, ohne das Gegensätzliche in Abrede zu stellen, auch das Verwandte zweier Extreme aufzeigen, die sich nur zu häufig berühren, als auch dadurch, daß wir die eigene Fähigkeit, den Marxismus niederzuringen, nachdrücklich durch Wort und Tat in Erinnerung bringen, wir, deren Standplatz auf jenem ewigen Felsen ist, an dem alle Feinde der christlichen Kultur zerschellen. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2)

Die Strategie der Verzerrung wird auch im 4. Abschnitt realisiert. In der Wortebene wird die Verzerrung vor allem durch Vagheit, **Prädikation** und **Assertion** erfasst. Beispiele für die Zuschreibung bestimmter Eigenschaften zu Personengruppen finden sich im 3. Abschnitt: Den „Linkskreisen“ wird zugeschrieben, sie bringen „Morsches und Faules“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1 – 2) über die Jugend und das Volk. „Die vaterländische Bewegung“ soll daher den „Trennungsstrich zwischen sich und so kompromittierender Sippschaft ziehen.“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) „Ihre Maßlosigkeiten stoßen ab.“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) Der „Sippschaft der Linkskreise“ werden keine guten Eigenschaften zugeschrieben. Diese Strategie

dient dazu ein zweiseitiges Weltbild der „Schwarz-Weiß-Malerei“ aufzubauen, das dem Autor hilft, die Gruppen bewusst voneinander abzugrenzen und die „Feindgruppe“ schlecht zu machen. Im 4. Abschnitt wird der geschäftstüchtige Jude als starrköpfig und einsichtslos charakterisiert:

„Das starrköpfige, einsichtslose Beharren auf seinem Schein hat Shylock übel angeschlagen.“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2)

Auch die Verwendung von **Metaphorik** in der Sprache ist in den Abschnitten auffällig. Metaphern lassen sich generell sehr viele im gesamten Text finden. Zum Beispiel, wenn im 2. Abschnitt vom „ewigen Felsen ist, an dem alle Feinde der christlichen Kultur zerschellen“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1) gesprochen wird.

Im 3. Abschnitt finden sich Metaphern auf der Textebene:

Wieviel Güter und Werte die sogenannte nationale Revolution zerstört, mit wieviel den deutschen Namen schändenden Makeln, sie sich befleckt haben mag, von all dem Morschen und Faulen, das ihr Sturmwind hinweggefegt hat und das sich ringsum das Dritte Reich festsetzen möchte, um bei gegebener Gelegenheit die verlorenen Positionen wieder zu besetzen, will gesunde deutsche Jugend nichts wissen. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1)

Der Kommentator möchte seine LeserInnen um jeden Preis davon überzeugen, dass der Marxismus einen der größten Feinde der christlichen Kultur darstellt. Nur „urteilsschwache Unreife“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1) würden ihm zum Opfer fallen.

Durch die Strategien der **Vagheit** und **Anonymisierung**, die den Leitartikel durchziehen, können tabuisierte Meinungen in Bezug auf eine Gruppe offen geäußert werden (vgl. Gruber 1991: 192). Diese Strategie wird vor allem im 3. Absatz realisiert, wenn durch unkonkrete Zuschreibungen von einem „gewissen Linkslager“ und von „Linkskreisen“ gesprochen wird.

„Was immer von diesen Linkskreisen, die vielleicht am deutlichsten durch die bereits gangbare Prägung „Kulturbolschewismus“ gekennzeichnet werden, bekämpft wird, gewinnt dadurch an Anziehungskraft. Sie sind, indem sie den Nationalsozialismus beklaffen, geradezu dessen Zutreiber.“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 1)

Durch anonymisierte Sprache kann der Gegner abgewertet werden, ohne dass der Kommentator Stellung beziehen muss. Wer genau mit diesen Linkskreisen gemeint ist, lässt der Autor offen. Dadurch legt er alle Verantwortung über das Gesagte ab

und lässt die Interpretation des Gesagten unabgeschlossen. Im 5. Abschnitt wird durch eine weitere unklare Zuschreibung („Elemente“) Vagheit realisiert:

Allen seinen Bürgern will das Vaterland Heimat sein, alle Landeskinder, die sich zu ihm in Wort und Werk bekennen und ihm dienen, sind ihm willkommen, aber den Sinn der vaterländischen Erneuerungsbewegung zu verdrehen und zu verfälschen soll niemand wagen. Dem verwegenen Versuch von Elementen, deren Metier das Herunterreißen jeder Autorität ist, den autoritären Kurs als den ihren auszugeben und vor unserem Volke bloßzustellen, wird der feste Wille, die ganze Jugend für Österreich zurückzuerobern, zu bezeugen wissen. (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2)

Durch diese vagen, unkonkreten Zuschreibungen hat der Autor die Möglichkeit antisemitische Äußerungen zu verschleiern.

Der gesamte Text ist außerdem von **Brüchen in der Textkohärenz** geprägt. Die Argumente werden vom Kommentator sprunghaft wiedergegeben und aus verschiedenen Zusammenhängen hervorgeholt. So hat der Autor die Möglichkeit, die eigenen Vorurteile rechtfertigen und bestätigen zu können. Es ergibt sich jedoch keine kohärente Argumentationslinie (vgl. Wodak u.a. 2016: 356). Im zweiten und dritten Abschnitt geht es noch um die „Linkskreise“ und Marxisten, die die Jugend scheinbar in die Hände der Nationalsozialisten treiben. Im 4. Abschnitt werden dann die Juden als die Schuldigen diffamiert (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2).

Resümee

Die exemplarische Analyse des Artikels hat gezeigt, dass der Kommentator antisemitische Klischees und Vorurteile durch die Anwendung verschiedener Strategien und sprachlicher Formen im Text realisiert.

Das Klischee der Geschäftstüchtigkeit und Intelligenz der Juden wird angesprochen. Durch die scheinbare Tatsache und der Gefahr der „Überrepräsentation“ der Juden in bestimmten Berufszweigen, sieht der Autor genug Anlass, Antisemitismus nur als „wärmsten österreichischen Patriotismus“ (Zurückerobern! 1.11.33, S. 2) abzutun. Durch die Strategien der „Opfer-Täter-Umkehr“, der Abwertung des Gegners, der Verharmlosung und der solidarisierenden Argumentationsstrategien werden die antisemitischen Tendenzen realisiert und an die Oberfläche befördert. Sprachliche Formen, wie die Anspielung, die Vagheit, Metaphern oder Brüche in der Textkohärenz helfen diese Argumentationsstrategien zu realisieren.

Der Text ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Leserschaft durch die persuasive Sprache des Autors von seiner Einstellung und Meinung überzeugt werden soll und mit welchen Mitteln das umgesetzt wird.

11 Zusammenfassung und Fazit

Das abschließende Kapitel soll die Ergebnisse meiner Analyse zusammenfassen und sie auf diskursanalytischer Ebene einordnen.

Die Rolle der Österreicher im 2. Weltkrieg wird in der Geschichtsforschung oft unterschiedlich dargestellt. Gerne wird Österreich als das erste Opfer von „Hitlerdeutschland“ dargestellt (vgl. Reisigl 2007: 2). Gruber stellt fest, dass diese Sichtweise der Opferthese dazu führt, die NS-Vergangenheit und ihre Bedeutung in der Gesellschaft zu verharmlosen und zu tabuisieren (vgl. Gruber 1991: 29). Vor allem die Medien, die Kirche sowie die Politik haben bereits vor dem zweiten Weltkrieg und vor der NS-Zeit judenfeindliche Tendenzen verbreitet und dazu beigetragen, antisemitische Vorurteile zu transportieren. Österreich war nicht allein ein „Opfer“ einer antisemitischen Nazi-Diktatur. (vgl. Gruber 1991: 30).

Die Analyse der Artikel und Berichte der *Reichspost* haben ergeben, dass die AutorInnen im Untersuchungszeitraum von 1933 bis 1938 sehr stark mit antisemitischen Klischees und Argumentationsstrategien arbeiten, die auch mit Hilfe der Sprache realisiert werden. Diese antisemitischen Vorurteile können sowohl manifeste als auch subtile Formen annehmen und sind nicht immer klar zu erkennen. Die Konstruktion eines jüdischen Feindbildes ist das Ziel dieses Antisemitismus, die trotz der politischen pro-jüdischen Einstellung im „Ständestaat“ in der *Reichspost* manifest wird.

Die Wiener diskursanalytische Methode ist aufgrund ihres Methodenpluralismus, der praktischen Ausrichtung und Interdisziplinarität sowie der Herangehensweise für die Untersuchung der Zeitungsberichte der *Reichspost* von 1933 bis 1938 herangezogen worden. Die von Ruth Wodak (2016) aufgezeigten Darstellungs- und Präsentationsformen von antisemitischen Ressentiments, im Rahmen der untersuchten Texte, finden sich in ähnlicher Form auch in der Berichterstattung der *Reichspost*.

Die Diskursanalyse stellt aufgrund ihrer qualitativen Relationalität, Vernetzung und der Interaktivität sprachlicher Phänomene auch immer eine Form von Kulturanalyse dar (vgl. Spieß 2011: 550). Das bedeutet Sprache und Kultur stehen in einem engen Verhältnis zueinander und konstituieren sich dabei gegenseitig.

Auch Diskurse stellen gesellschaftliche und soziale Praxis dar, die Kultur emergieren (vgl. Spieß 2011: 550). Für Spieß (2011: 550) entspricht das Konzept einer Diskursanalyse folglich Kulturtheorien, die dynamisch und konstruktiv sind. Außerdem wird das Wechselverhältnis von sprachlichen und außersprachlichen Faktoren als Grundannahme vorausgesetzt. Auch in der von mir, unter Anwendung der Wiener Methode, durchgeführten Analyse geht hervor, dass Sprache „kein starres, kontextenthobenes System darstellt, sondern vor allen Dingen als dynamisch, flexibel und kontextsensitiv zu beschreiben ist.“ (Spieß 2011: 550)

Der historische Kontext wurde in meiner Analyse miteinbezogen und auch kulturelle Bezüge systematisch in die Analyse integriert, was die diskursanalytische Untersuchung erst vollständig macht. Spieß (2011: 551) bezieht sich auf Jäger (2006: 37), der von der Bedeutung und der Verwobenheit von kulturellen, medialen und sprachlich-kommunikativen Prozessen spricht und folgert, dass sich Bedeutungskonstituierungsprozesse auch nur so innerhalb des Diskurses verstehen lassen. Ausgegangen wird dabei von dem Ansatz einer Bedingtheit von Sprache, Kultur und Wirklichkeit. Ein Ansatz, der auch meine Analyse beeinflusst hat.

Der von mir untersuchte Ausschnitt der Berichterstattung der *Reichspost* zeigt, wie sehr Antisemitismus den öffentlichen Diskurs im „Ständestaat“ geprägt hat. Meine Analyse hat ergeben, dass die AutorInnen zahlreiche antisemitische Inhalte, Argumentationsstrategien und sprachliche Realisierungsformen in der *Reichspost* vermitteln. Die *Reichspost* bedient sich meist altbekannter judenfeindlicher Klischees.

Die am häufigsten vorkommenden Inhalte und Argumentationsstrategien finden sich im Zusammenhang mit der Geschäftstüchtigkeit der Juden und der jüdischen „Überrepräsentanz“ in einzelnen Berufszweigen und des kulturellen Lebens in Österreich. Der „jüdische Dreh“ und die Ehrlosigkeit werden mit den „wucherischen Praktiken“ der geschäftstüchtigen Juden in Zusammenhang gebracht. Diese wurden daraufhin zu Symbolfiguren der Überfremdung, eines verhassten neuen Systems und zu Prototypen des „Kapitalisten“, die Schuld am

wirtschaftlichen Ruin aller „bodenständigen“ Gewerbetreibenden sind (Wodak u.a. 2016: 350).

Auch Antisemitismus aus christlicher Tradition und biblische Anspielungen kommen in den Artikeln der *Reichspost* sehr häufig zum Vorschein und haben vor allem die Funktion, die Juden als ein von Gott verstoßenes Volk darzustellen, die eine Kollektivschuld an der Kreuzigung Jesu hätten (vgl. Wodak u.a. 2016: 348).

Die Strategien werden vor allem dazu benutzt, um Juden zu diffamieren und auszugrenzen. Die jüdischen Bürger fungieren in der Berichterstattung häufig als „Sündenböcke“, auch die Strategie der „Opfer-Täter-Umkehr“ wird dazu verwendet, um den Opfern von Antisemitismus selbst die Schuld für die Angriffe zuzuschieben. Auf inhaltlicher Ebene findet sich häufig das Motiv der Bedrohung durch die jüdische Welpresse. Die Erwähnung einer intellektuellen jüdischen Weltmacht ist sehr präsent in der Berichterstattung und wird sehr häufig in der Argumentation verwendet, um die Gegner und „Feindgruppen“ abzuwerten und die positive „Wir-Gruppe“ der Österreicher herauszustellen. Die Inhalte und Argumentationsstrategien sind jedoch häufig „passiv“. Es kommt auch vor, dass man sich in der Berichterstattung zunächst als „Judenfreund“ definiert. Dieser Philosemitismus kann aber auch als antisemitisch entlarvt werden, da er verwendet wird, um versteckte, judenfeindliche Ansichten zu transportieren. Oft finden sich nur subtile Anspielungen, die Vorwissen und Kontext benötigen (vgl. DeCillia-Wodak 1987: 99). Die am häufigsten verwendeten sprachlichen Mittel, die durch meine Analyse sichtbar wurden, stellen die Anspielung, Prädikation und Assertion sowie Zitate und Vagheit in der Sprache dar.

Auch aus meinen Untersuchungen geht klar hervor, dass es eine „Sprache des Antisemitismus“ (Wodak 2016: 12) nicht gibt. Die sprachlichen und inhaltlichen Strategien und Formen, die ich in den Artikeln und Texten gefunden habe, lassen sich nur in ihrem Kontext verorten und erhalten ihren antisemitischen Charakter erst in Verbindung mit vorurteilshaften Inhalten (vgl. Wodak u.a. 2016: 355).

Weinzierl (1981: 330) sieht die Funktion des Antisemitismus in der *Reichspost* vor allem als Argumentationshilfe, die zur Emotionalisierung und besserer „Lenkbarkeit“ der LeserInnen beitrug. Der Jude sei immer schuld, „ob nun in Gestalt des Marxisten, des Schiebers oder des Sittenstrolchs in artibus.“ (Weinzierl 1981: 330)

Annemarie Fenzl (2008: 27) betont, dass auch Christen und die katholische Kirche ihre Mitschuld an der Shoa bekennen müssen, da sie dem Antisemitismus zu keiner Zeit entschieden entgegengetreten sind, im Gegenteil sogar mit ihrem christlich geprägten Antijudaismus und Antisemitismus Judenfeindlichkeit verbreitet haben. Natürlich darf nicht vergessen werden, dass nicht alle Prediger und Katholiken rassistischen Antisemitismus verbreitet haben und auch viele von ihnen in den Konzentrationslagern gestorben sind, weil sie sich gegen das nationalsozialistische Regime gestellt haben (vgl. Fenzl 2008: 30). Eine differenzierte Betrachtung ist unumgänglich, dennoch ist es mir wichtig aufzuzeigen, wie und in welcher Form Antisemitismus in christlicher Tradition trotz allem sehr stark vom Klerus und der Politik verbreitet wurde. Dass die Medien, und in meinen Analysen vor allem die *Reichspost*, die als Sprachrohr der Christlichsozialen Partei galt, zur Lenkung ihrer Leserschaft antisemitisches Gedankengut verbreiteten, geht klar aus meinen Analysen hervor.

Da Antisemitismus in Österreich sowie die Verharmlosung der NS-Vergangenheit auch heute noch eine große Rolle spielen, war es mir sehr wichtig, das Thema für meine Arbeit aufzugreifen, um zu zeigen, dass es viele subtile Formen und sprachliche Realisierungsmöglichkeiten von Antisemitismus gibt, die auch schon vor der NS-Zeit in der Medienlandschaft und im politischen Alltag des „Ständestaats“ vertreten war und definitiv zu einer Beeinflussung der Gesellschaft und schließlich zur Vernichtung der Juden einen entscheidenden Beitrag geleistet haben.

12 Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Das Christlichsoziale Parteiprogramm, mit Erläuterungen von Richard Schmitz, Wien 1932.

Die soziale Botschaft des Papstes. Vorträge über “Quadragesimo anno”. Hrsg. v. der Zentralstelle des Volksbundes der Katholiken Österreichs. Bearbeitet v. August Maria Knoll, Wien 1931.

Die *Reichspost* von 1933 bis 1938. <https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt> (14.09.21).

Sekundärliteratur

Botz, Gerhard [u.a] (Hg.) (2002): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Wien: Czernin Verlag.

Bucher, Hans-Jürgen (1986): Pressekommunikation. Grundstrukturen einer öffentlichen Form der Kommunikation aus linguistischer Sicht. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.

Busshoff, Heinrich (1968): Das Dollfuß-Regime in Österreich. In geistesgeschichtlicher Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der "Schöneren Zukunft" und "Reichspost". Band 6. Berlin: Duncker & Humblot.

Cohen, Adam Joshua (2013): Christian social anti-semitism in Vienna: A textual analysis of Die Reichspost. 1894-1897. Universität Maryland: Master of Arts.

DeCillia, Rudolf / Mitten, Richard / Wodak, Ruth (1987): Von der Kunst, antisemitisch zu sein. In: Judentum in Wien. Heilige Gemeinde Wien. Sammlung Max Berger. Wien: Eigenverlag der Museen der Stadt Wien.

Duchkowitsch, Wolfgang (1991): Das unfreie “Haus der Presse”. Zensur im “Ständestaat”. In: Weinzierl, Erika / Ardelt, Rudolf G.: Justiz und Zeitgeschichte VIII. Wien, Salzburg: Geyer-Edition.

- Edlinger, Gunter (1964): Friedrich Funder und die "Reichspost" in ihrer Stellungnahme zur Politik des Nationalsozialismus gegenüber Österreich von 1930 bis zum "Anschluß" 1938. Universität Wien.
- Enderle-Burcel, Gertrude / Reiter-Zatloukal, Ilse (2018): Einleitende Streiflichter. In: Enderle-Burcel Gertrude / Reiter-Zatloukal Ilse (Hrsg.): Antisemitismus in Österreich 1933 – 1934. Wien: Böhlau Verlag. S. 17 – 37.
- Fenzl, Annemarie (2008): Kardinal Innitzer, die Juden und die Hilfsstelle für nichtarische Katholiken. In: Die österreichischen Bischöfe 9. Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte! Siebzig Jahre nach 1938. Heft 9. Wien: Österreichische Bischofskonferenz. S. 27 – 43.
- Fischer, Fabian (2018): Die konstruierte Gefahr. Feindbilder im politischen Extremismus. In: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Extremismus und Demokratie. Band 36. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Gruber, Helmut (1991): Antisemitismus im Mediendiskurs. Die Affäre „Waldheim“ in der Tagespresse. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag GmbH.
- Hartmann, Gerhard (2007): Kirche und Nationalsozialismus. Kevelaer: Topos plus Verlagsgemeinschaft.
- Hodik, Avshalom / Malina, Peter / Spann, Gustav (1982): Juden in Österreich 1918 – 1938. Materialmappe. Zusammengestellt von Hodik Avshalom, Malina Peter, Spann Gustav. Wien.
- Hudal, Alois (1937): Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Eine ideengeschichtliche Untersuchung von katholischer Warte. Leipzig, Wien: Johannes Günther Verlag.
- Huemer, Peter (2005): Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich. Eine historisch-politische Studie. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Jäger, Ludwig (2006): „ein nothwendiges Uebel der Cultur“. Anmerkungen zur Kulturwissenschaftlichen Linguistik. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 34.1/2, 28–49.
- Jagschitz, Gerhard (1983): Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945. In: Pürer, Heinz / Lang, Helmut W. / Duchkowitsch, Wolfgang (Hg.): Die österreichische Tagespresse. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Hefte des "Kuratoriums für Journalistenbildung". Heft 5/1983.

- Jedlicka, Ludwig (1975): Vom alten zum neuen Österreich. Das autoritäre System in Österreich. St. Pölten: Niederösterreichisches Pressehaus.
- Köhler, Walter (1985): Amtliches Nachrichtenwesen und Nachrichtenpolitik im “Austrofaschismus”. Amtliche Nachrichtenstelle und “Politische Korrespondenz” im Umfeld des “austrofaschistischen” Mediensystems 1933 bis 1938. Dissertation Uni Wien.
- Königseder, Angelika (2005): Antisemitismus 1933 – 1938. In: Tálós, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur. 1933 – 1938. Wien: LIT Verlag. S. 54 – 65.
- Lang, Answer (2002): Darstellung von Gewalt in ideologischen Medien. Am Beispiel des 15. Juli 1927. Vergleich der Berichterstattung in “Arbeiter-Zeitung” und “Reichspost”. Diplomarbeit Uni Wien.
- Link, Jürgen / Link-Heer, Ursula (1990): Diskurs/Interdiskurs und Literaturanalyse. Philologische Grundbegriffe. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 20. Heft 77. Stuttgart: Metzler. S. 88 – 99.
- Lohrmann, Klaus (2002): Vorgeschichte. Juden in Österreich vor 1867. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar/ Pollak, Michael/ Scholz, Nina (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Wien: Czernin Verlag. S. 35 – 47.
- Lüger, Heinz-Helmut (1995): Pressesprache. Germanistische Arbeitshefte, 28. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
- Maletzke, Gerhard (1976): Ziele und Wirkungen der Massenkommunikation. Grundlagen und Probleme einer zielorientierten Mediennutzung. Band 7. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.
- Malina, Peter (1997): Die “Reichspost”. Deutsch-nationalsozialistischer Antisemitismus und österreichisch-christliche Judenfeindschaft 1933/1934. In: Das jüdische Echo. Wien Vol. 46, Oktober 1997. S. 125 – 129.
- Mommsen, Hans (1981): Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaats 1934 bis 1938. In: Norbert Leser (Hg.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit (=Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 1). Wien 1981. 174-192.
- Nöbauer, Daniela (2004): Avantgarde des Antisemitismus. Der Alpenverein als Vorkämpfer des Nationalsozialismus? Eine diskurshistorische Textanalyse

- der "Mitteilungen des Deutschen und Österreichischen Alpen-Vereins" der Jahre 1918 – 1925. Univ. Wien: Diplomarbeit.
- Oxaal, Ivar (2002): Die Juden im Wien des Jungen Hitler. Historische und Soziologische Aspekte. In: Botz, Gerhard/ Oxaal, Ivar/ Pollak, Michael/ Scholz, Nina (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Wien: Czernin Verlag. S. 47 – 67.
- Pauley, Bruce F. (2002): Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Botz, Gerhard / Oxaal, Ivar / Pollak, Michael / Scholz, Nina (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Wien: Czernin Verlag. S. 241 – 259.
- Paupié, Kurt (1960): Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848 – 1959. Band 1. Braumüller: Wien/Stuttgart.
- Pulzer, Peter (2002): Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Botz, Gerhard / Oxaal, Ivar / Pollak, Michael / Scholz, Nina (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Wien: Czernin Verlag. S. 129 – 147.
- Reisigl, Martin (2007): Projektbericht. Der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse. In: Forum: Qualitative Sozialforschung. Volume 8 (2).
- Raisp, Egon (1952): Die Wiener Tagespresse 1848 – 1950. Versuch einer Typologie. Wien: Univ. Diss.
- Reichhold, Ludwig (1984): Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluss 1933–1938. Eine Dokumentation. Wien: Österreichischer Bundesverlag.
- Scheichl, Sigurd Paul (2002): Nuancen in der Sprache der Judenfeinde. In: Botz, Gerhard / Oxaal, Ivar / Pollak, Michael / Scholz, Nina (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Wien: Czernin Verlag. S. 165 – 185.
- Scholz, Nina (2002): Antisemitismus in den Wiener Pfarren. In: Botz, Gerhard / Oxaal, Ivar / Pollak, Michael / Scholz, Nina (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Wien: Czernin Verlag. S. 283 – 301.

- Schwarz, Valentin (2013): "Austrofaschismus" - mehr als nur ein Kampfbegriff? Begriffsgeschichte der konkurrierenden politisch-wissenschaftlichen Paradigmen des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes. Wien: Diplomarbeit.
- Siegfried, Klaus-Jörg (1974): Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spann's. Zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatskonzeption. Wien: Europaverlag.
- Spieß, Constanze (2011): Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte.
- Spira, Leopold (1981): Feindbild "Jud". 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich. Wien, München: Löcker Verlag.
- Stadler, Matthias Michael (1990): Die Situation der Presse in der ersten Republik mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der "Arbeiter-Zeitung" und der "Reichspost" und der politischen Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen von 1918 – 1934 in diesen beiden Zeitungen. Univ. Wien: Magisterarbeit.
- Staudinger, Anton (1983): Christlichsoziale Partei. In: Erika Weinzierl / Kurt Skalik (Hg.): Österreich 1918 – 1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz, Wien, Köln: Styria.
- Staudinger, Anton (2002): Katholischer Antisemitismus in der ersten Republik. In: Botz, Gerhard / Oxaal, Ivar / Pollak, Michael / Scholz, Nina (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. 2. Auflage. Wien: Czernin Verlag. S. 261 – 280.
- Staudinger, Anton (2005): Austrofaschistische "Österreich"-Ideologie. In: Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur. 1933 – 1938. Wien: LIT Verlag. S. 28 – 48.
- Straus, Raphael (1964): Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft. Untersuchungen zur Geschichte einer Minorität. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hg.) (2005): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur. 1933 – 1938. Wien: LIT Verlag.
- Titscher, Stefan [u.a.] (1998): Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Vilsmeier, Gerhard (1987): Deutscher Antisemitismus im Spiegel der österreichischen Presse und ausgewählter Zeitungen in der

- Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Die Jahre 1933 bis 1938. Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Bd./Vol. 334. Frankfurt: Verlag Peter Lang GmbH.
- Van Dijk, Teun A. (2015): Critical Discourse Analysis. In: The Handbook of Discourse Analysis. Second Edition. Volume 1. Hoboken, NJ, USA: John Wiley & Sons, Inc. S. 466 – 485.
- Weinzierl, Ulrich (1981): Die Kultur der “Reichspost”. In: Kadernoska Franz (Hg.): Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938. Wien: Europa Verlag.
- Weiss, Hilde (1981): Antisemitische Vorurteile in Österreich. Theoretische und empirische Analysen. Wien: Univ. Habil-Schr.
- Wibhail, Gisela (1994): Der politisch-ideologische Antisemitismus im Ständestaat und das “Wiener Montagblatt”. Antisemitismus zwischen 1934 und 1938 als Wegbereiter der Judenverfolgung im 3. Reich anhand einer diskurs-historischen Textanalyse. Univ. Wien: Diplomarbeit.
- Wisshaupt, Walter (1950): Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch (1933 – 1945). Univ. Wien: Dissertation.
- Wodak, Ruth / Reisigl, Martin (2015): Discourse and Racism. In: The Handbook of Discourse Analysis. Second Edition. Volume 1. Hoboken, NJ, USA: John Wiley & Sons, Inc. S. 576 – 596.
- Wodak, Ruth [u.a.] (2016): Wir sind alle Unschuldige Täter. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

13 Anhang

Untersuchte Zeitungstexte

1933

13.02.1933, S. 1	Außenpolitik
18.03.1933, S. 2	Die Abwanderung der Juden
26.03.1933, S. 4	Gegen die Greuelnachrichten über Deutschland
27.03.1933, S. 2	Kein Antisemitismus im Dritten Reich
28.03.1933, S. 4	Verschärfte Abwehr der deutschfeindlichen Boykottbewegung
29.03.1933, S. 3	Umfassender Boykott der Judenschaft in Deutschland
02.04.1933, S. 1	Der abgestoppte Judenboykott
12.04.1933, S. 2	Kehraus auf dem deutschen Barnaß
04.05.1933, S. 1	Österreichs Sendung
17.05.1933, S. 1	Der nationale Index im Dritten Reich
01.11.1933, S. 1	Zurückerobern!
16.11.1933, S. 1	Bemerkungen zu einer aktuellen Schrift

1934

16.01.1934, S. 6	Der Verband deutsch-arischer Rechtsanwälte Österreichs
18.01.1934, S. 13	Der junge Strom. Um eine politische junge Generation
22.01.1934, S. 3	Handelspolitische Belagerung Deutschlands
02.02.1934, S. 6	Hauswirtschaft und Volksgemeinschaft
12.02.1934, S. 4	Die „Arbeitsmethoden“ moderner Wucherer
23.03.1934, S. 9	Ausmusterung unter der Ärzteschaft der Gemeinde Wien
07.04.1934, S. 3	Mahnrufe des Zionistenführers an seine Glaubensgenossen
13.04.1934, S. 5	Der Handelsminister über die Zukunft der Konsumvereine
11.06.1934, S. 1	Generaloffensive gegen das Verbrechen
21.06.1934, S. 3	Der Judaslohn
01.11.1934, S. 4	Das neue Gewerberecht

1935

19.03.1935, S. 2	Die Judenfrage in der Akademikergemeinschaft
------------------	--

25.03.1935, S. 3	Nichtarier nicht mehr deutsche Schriftsteller
28.05.1935, S. 1	Der Straßenterror in München
28.07.1935, S. 2	Geistiger Bolschewismus unterm Hakenkreuz
01.08.1935, S. 1	Pseudo-Mythos
28.11.1935, S. 3	Hitler über die Judengesetze. Deutschlands Aufrüstung und Kolonienforderung
01.12.1935, S. 3	Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft
07.12.1935, S. 8	Wiener, in die Wiener Landsmannschaft!
22.12.1935, S. 3	Bedrohte Rechte in Palästina

1936

11.01.1936, S. 1	Um das Heilige Land
03.03.1936, S. 2	„Wenn Haifische reden könnten...“
04.03.1936, S. 6	Der Aufbau des Ständestaates und die Judenfrage
19.03.1936, S. 7	Der Christ und der Jude
30.03.1936, S. 3	Christlicher Geist auch in der Wirtschaft
29.04.1936, S. 3	Zwei bedeutsame Reden
04.07.1936, S. 2	Der Unfriede in Palästina
04.08.1936, S. 3	Aufruf der Christen Palästinas

1937

19.02.1937, S. 5	Die Juden an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung
07.05.1937, S. 9	Die Juden und das christliche Abendland
13.05.1937, S. 6	Die Juden und das Reich Gottes
17.11.1937, S. 3	Trennung der Brauchbaren von den Unbrauchbaren
27.12.1937, S. 2	Das Judentum in Sowjetrußland

1938

07.03.1938, S. 1	Lösung der Judenfrage in Ungarn?
22.03.1938, S. 6	Dolchstoß des Judentums gegen Polen während des Konflikts mit Litauen. Versuchte Erschütterung der Staatsfinanzen.

1 Name
sagt Ihnen alles
niedrige Preise, reiche
Auswahl in allen Kopf-
weilen, erlesener Ge-
schmack u. immer Mode-
neuheiten in schickten
Damenhüten nur bei
OBERWALDER
L. Kärntnerstraße 39 u.
Vl. Mariahilferstr. 61
Permanente Wiener Modell-
herstellung

Reichspost

Preis 30 Groschen

Unabhängiges Tagblatt für das Großliche Volk

Redaktion, Verwaltung, Expedition, Druckerei: Wien, A. Reich, Straußgasse 5, Telefon Nr. 12-45. — Druckkosten: Wien, A. Reich, Straußgasse 5, Telefon Nr. 12-45. — Druckkosten: Wien, A. Reich, Straußgasse 5, Telefon Nr. 12-45.

Hüte
Dich vor
minderer Qualität
kaufe also
Geschka Hüte
s 12", 15", 18", 20"
Kaiserstraße 123
Aiserstraße 6

Nr. 93

Wien, Sonntag, den 2. April 1933

Nationalrates

40. Jahrgang

Die im redaktionellen Texte enthaltenen amtlichen Mitteilungen sind durch ein vorgedrucktes Formblatt zu ersetzen.

Auskehr beim Schutzbund.

Beschlagnahmen in Brunn a. G., Krems, Fischamend und Graz.

Im Zusammenhang mit der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes wurde heute von den beschuldigten Organen in drei größeren Orten Niederösterreich, und zwar in Brunn a. G., Fischamend, Krems und in Wien sowie in einzelnen kleineren Ortschaften, in denen der Schutzbund Lokalanstalten hatte, nach Waffen gesucht. Es wurde reichliches Kriegsmaterial gefunden, darunter mehrere Dutzend Mannlichergewehre und Pistolen, ferner Säbel und Bajonette, in Brunn insbesondere große Mengen verschiedener militärischer Ausrüstungsgegenstände, beispielsweise 100 Patronen, 300 Sanitätskassetten (aus deren großer Anzahl ist mit Sicherheit darauf zu schließen, daß diese Ausrüstung nicht etwa Sportzwecken dienen sollte), 72 Patronen, 72 Protokolle, eine große Anzahl von Gewehrriemen, 23 Stahlhelme, 300 Messingkugeln, etwa 30 Feldpatronen und Patronen und eine ganze Anzahl kleinerer Ausrüstungsgegenstände.

In Fischamend entdeckte die Gendarmerie 12 komplette Feldtelefonanschlüsse, Strophmaschinen, Maschinenwergewehre, zum Teil mit, zum Teil ohne Munition, Leuchtpistolen und Leuchtrasteren, Telefonmaterial und eine Anzahl kleinerer militärischer Dinge ergänzen das Material. Verzeichnisse der Mitglieder des Schutzbundes wurden allerdings nur zum Teil gefunden.

Die Aktion wurde störungslos durchgeführt. Es wurde nirgends der Versuch eines Widerstandes gemacht. Auch die heute noch andauernde Durchsuchung der Schutzbundeslokale ging anstandslos vonstatten. Das hiebei gefundene Schriftmaterial wurde beschlagnahmt. Die Ruhe wurde im ganzen Land nicht gestört. Die von den Sozialdemokraten für alle Orte, in denen Ortsgruppen des Schutzbundes bestanden, beschlossenen S-B-Sammlungen wurden von der Beschlagnahme ausgenommen.

Ein aufsehndes Arsenal im Grazer Schutzbundesheim.

Graz, 1. April.
Wie die Polizeidirektion mitteilt, wurde im Zuge der Hausdurchsuchung im Heim des Republikanischen

Schutzbundes in der Ungargasse heute nachmittag neben der Kellerkammer eine mit einer Holzverkleidung, an der Kleiderkasten angebracht waren, verborgene geheime Kammer gefunden, die als Waffen- und Sprengstofflager diente. In der Kammer befanden sich folgende Gegenstände: 39 frisch eingefettete Mannlichergewehre, 28 Rifen mit je 10 Stück abjurierter Rohre, handgranaten, 2 Rifen mit scharfer Infanteriemunition, 2 Eide Schwarzpulver, 1 Gewehrflinten, 1 Armeepistole, 1 Leuchtpistole, 1 Leuchtraster, 1 Leuchtraster und eine große Menge Spreng, Krampfen, Weispfen und Stahlhelme. Die Gegenstände wurden beschlagnahmt und die Handgranaten durch die Militärverwaltung zur Militärkassette auf dem Felberhof gebracht.

Vormittags wurde im Gebäude sehr viel wichtiges schriftliches Material sichergestellt. Die Hausdurchsuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Bei der weiteren Durchsuchung wurde im Rangierzimmer der Hofstelle V des Republikanischen Schutzbundes ein Schlüssel mit einer Holzverkleidung, auf der Name und Adresse eines Unterführers des Schutzbundes verzeichnet war. Polizeibeamte begaben sich in dessen Wohnung und fanden nach einem Suchen einen schweren Leberkoffer und eine Aktentasche mit der gesamten Kasse des Schutzbundes und sonstiges Schriftmaterial. Sie sind erst kürzlich in die Wohnung des Unterführers gebracht worden und wurden beschlagnahmt.

Der Rufus des Wiener Heimathauses erfolgreich.

Der Auflösungsbescheid der Wiener Landesregierung aufgehoben.

Wien, 1. April.
Das Bundeskanzleramt hat dem Rufus des Wiener Heimathauses gegen den Auflösungsbescheid des Bürgermeisters als Landeshauptmannes von Wien Rat gegeben und den angeforderten Bescheid mit entsprechender Begründung vollinhaltlich aufgehoben.

Die Verleumdung als nationalsozialistische Waffe.

Das geistige Niveau des Wiener Gauleiters Frauenfeld.

Gestern hat das Blatt des Wiener nationalsozialistischen Gauleiters Frauenfeld mit einer auf den ersten Blick erkennbaren Fälschung einen angehenden ausländischen Publizisten, dessen freundliche Gefinnungen für Österreich bekannt sind, in eine erfindene Ständeführer hineinzuzeichnen gesucht, die mehrere Ständeführer beiseite stellt. Obgleich durch die äußeren Merkmale ebenso wie durch die Aussage des angegriffenen Publizisten die Fälschung unzweifelhaft erwiesen ist, hat Gauleiter Frauenfeld heute im Wiener Landtag den auf ein entwertetes Briefpapier ohne Unterschrift hinweisenden Brief zur Grundlage persönlicher Angriffe gemacht. Bei welchem Grade der politischen Verwirrung die Kampfesweise des nationalsozialistischen Gauleiters bereits angelangt ist, beweisen die Verleumdungen, die er heute weiterhin unter dem Schutze der Immunität, begleitet von dem Beifall seiner sozialdemokratischen Zuhörer und tatsächlichen Bundesgenossen, im Wiener Landtag vorgebracht hat. In seiner Rede sagte Frauenfeld:

„Der Rangin benötigt die parlamentarische Freiheit, um sich als Landesbeamter, der er in der Tat, trotz der Stellenperrre in den Staatsdienst überführen zu lassen, um als Ständeführer früher

oder später mit 1400 Schilling in Pension gehen zu können.“

„Unter Ministerpräsident Dollfuß hat sich in dieser parlamentarischen Zeit ein Groß- & Ständebogen um etwa 100.000 Schilling angeordnet. Wozu braucht Herr Dollfuß einen solchen Bogen?“

Es folgten dann ähnliche persönliche Ausfälle.

Hierauf riefen wir: 1. Minister Rangin hat nicht das Geringste unternommen, um sich aus dem Landesdienst in den Bundesdienst überführen zu lassen. Er bezieht nach wie vor seinen Gehalt als Landesbeamter und den Status der Rechnungsbeamten angehörig, aus der Landeskasse.

2. Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat keinen Groß- & Ständebogen, um etwa 100.000 Schilling“ angeordnet. Die Wahrheit ist folgende: Der Dienstwagen des Bundeskanzlers, der für den Bundeskanzler bestimmt ist, wurde infolge seines Alters — er war über zehn Jahre in Benutzung — betriebsunfähig; er hatte zuvor mehrere schwere Verletzungen bei Dienstfahrten, zuletzt bei der Fahrt von den Verfassungsfestlichkeiten für Kardinal Prümmer. Hierauf wurde dem Kanzler ein sechs-

zählender Dienstwagen, für den 26.000 Schilling bezahlt wurden, zur Verfügung gestellt. Das Kraftfahrzeug ist kein Luxuswagen und wird überdies vom Bundeskanzler für private Zwecke überhaupt nicht verwendet.

Man vergleiche mit diesem Tatbestand die Anschuldigungen des nationalsozialistischen Gauleiters!

Jeder aufrechte deutsche Mann würde sich schämen, verleumderische Verdächtigungen und verbreiten, mit denen heute Herr Frauenfeld seine eigene Partei und die von ihm vertretene Sache entwürdigt.

Der abgestoppte Judenboykott.

Wien, am 1. April.
Mit einer großen Geste hat die deutsche Reichsregierung ihren Kampf gegen den unheilvollen Einfluß des Judentums auf das kulturelle, geistige und wirtschaftliche Leben Deutschlands aufgenommen, zugleich auch den Kampf gegen die Verleumdung Deutschlands, denen der Umsturz das Signal zu einer Geistespropaganda gegeben hat, die an die schlimmsten Kriegszeit erinnert. Die nationalsozialistische Partei antwortete auf diese Propaganda mit einem Boykott, der alle Juden in der Wirtschaft Deutschlands und in vielen Zweigen des freien Erwerbes treffen sollte. Nun wurde aber der Boykott nach dem ersten Tage abgestoppt. Die Gründe dafür sind dem ersten Tage abgestoppt, aber man hätte sie übergeign realpolitisch fundiert, aber man hätte sie überdenken sollen, bevor die Verleumdung des Gegners so laut angelündigt und zum Schloße ausgeführt wurde. Für politische Aktionen solcher Art gelten ja ganz ähnliche Gesetze wie für Kampfhandlungen im Kriege. Wer den uneingeschränkten U-Boot-Krieg beginnt, bevor er weiß, ob er durchhalten kann, begibt sich in die Gefahr, Mißerfolge zu erleiden.

Das Schwanken in der Boykottfrage kennzeichnet die Schwierigkeit der Aufgabe, vor die sich die nationalsozialistische Partei und mit ihr die Regierung seit dem 5. März gestellt sieht. Die Zeit, wo „die Nacht der langen Messer“ als eine Art Programmpunkt gelten konnte, ist vorbei. Es kommt jetzt darauf an, den Antisemitismus, der im ganzen Reich — keineswegs nur in der Partei — so tief zu Wurzeln dringt, in geordnete Bahnen zu leiten, damit er Staats- und Kulturpolitik zu voller Wirksamkeit kommen kann, ohne daß dabei die Grundlagen der Rechts- und Wirtschaftsordnung gefährdet werden. Aus einer anfänglichen Parole ist ein ernstes soziales Problem geworden, für dessen Lösung es noch keinen Bezugspunkt gibt.

Gegen einen staatspolitisch geleiteten Antisemitismus in Deutschland wird die Propaganda des Weltjudentums aus ohne besondere Gegenmaßnahmen verlogen. Es handelt sich hier um eine Bewegung, die nicht einer Konjunktur oder der Laune einiger Führer entzogen ist, sondern aus der tiefsten Seele des deutschen Volkes kommt und im Grunde defensiven Charakter hat, obwohl sie jetzt aggressiv auftritt. Die alte Methode, jede antisemitische Bewegung als „Bogym“, als „Kulturjude“ zu denunzieren, verfährt heute nicht mehr. Auch das Argument, daß sehr viele Juden gute Staatsbürger geworden sind und dem deutschen Volke in Kunst und Wissenschaft viele Werte gegeben haben, bringt nicht zum Kern des Problems. Entscheidend für die Genesung des Antisemitismus in den deutschen Ländern war und ist, daß ein national und moralisch entwurzelter, oft auch fälschlich angeführtes Judentum viele Schlüsselstellungen im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Nation erobert und in diesen Positionen jedes Augenblick für die Rolle verloren hat, die der Jude innerhalb der Grenzen christlicher und deutscher Kultur einnehmen darf, ohne die bodenständige Bevölkerung zurückzudrängen, zu beleidigen, zu korrumpieren.

Hier ist nicht die Geschichte des Judentums oder des Antisemitismus in den deutschen Ländern zu schreiben. Aber es ist daran zu erinnern, daß Juden und Christen an dem Umsturz der alten Ordnung führend beteiligt waren, daß sie an der politischen Verleumdung des deutschen Volkes besonders Anteil hatten und daß Juden überall zu finden sind, wo der Kampf gegen die christlichen Kirchen, gegen die christliche Staatsordnung und gegen die christliche Familie geführt wird. Es stellen die fanatischsten Führer, die gefährlichsten Doktriniere der jüdischen Völker und sind andererseits an den aufreizendsten Erscheinungen des Sozialismus mit-

Wohn- und Geschäftsräume:
Haus, Kellerhaus (Vollpaw
 Wien, 1. Bezirk, 3. St.
Haus, Geschäftshaus (Vollpaw
 Löttertonn, 1. St. 20-
Haus, Geschäftslokalitäten 3 P 4 10
Deutschland (Vollpaw)
 München 3325 RM 2.60
 Station 1. 15-
 Hebriges Ausland:
 S. 5 7. - 1. St. 4-
Unternehmenshaltung:
 Wien, 1. Bezirk, Strassgasse 8
 Geschäftsbau 1. 24-45 Serie
Städtegemeinnutz:
 Wien, 1. Bezirk, Eduardstrasse 11
 1. St. 20-11
 Kasse, Kasse, Verwaltung, Expedition
 und Druckerei: Wien, 8. Bezirk,
 Strassgasse 11
Wohn- und Geschäftsräume:
 Wien, 1. Bezirk, Strassgasse 8
 Geschäftsbau 1. 24-45 Serie

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk



Sicherheits- und Ertrag!

BIETEN HINZU
DAS
FINANZBLATT
„DER ANLAGEBOTE“

WIEN, L. GLUCKSGASSE 2, TEL. Q 23-2-00
PROBENUMMER GRATIS!

40. Jahrgang

Die im redaktionellen Texte enthaltenen entgeltlichen Mitteilungen sind durch ein vorgeführtes + gekennzeichnet.

Zurückerobern!

Wien, am 31. October.

Es sind weniger die Vertreter des Nationalsozialismus selber, die einen Götter aus dem Himmel jagen, die ihm einen Nimbus beschaffen, der unschlagbar auf die Jugend wirkt. Vieciel Güter und Werte die sogenannte nationale Revolution gestiftet, mit wieviel den deutschen Nationalsozialisten selbst sie sich selbst haben gemacht, von all dem Moränen und Gauden, das ihr Sturmwind hinweggefegt hat und das sich ringsum das Dritte Reich festigen möchte, um bei gegebener Gelegenheit die verlorenen Utopien wieder zu besetzen, will gesunde deutsche Jugend nichts wissen. Und wenn dieses Morde und Raub noch all dem Unheil, das es, gerade es über unser Volk und unsere Heimat gebracht, sich erdreistet, der härtesten Wirkung halber sich vaterländisch zu drapieren, so kann die vaterländische Bewegung nicht stark genug den Trennungstirg zwischen sich und so kompromittierender Stupität ziehen. Was immer durch diesen Unfressen, die vielleicht am deutlichsten durch die bereits gangbare Prägung „Kulturbolshewismus“ gekennzeichnet werden, besäpft wird, gewinnt dadurch an Unheimlichkeit. Wie sich, indem sie den Nationalsozialismus selbst als „Kultur des neuen Antichrist“. Ihr Mißbrauch des vaterländischen Gedankens, ihr Hock und die Größe, mit denen er nicht nur wider sich, sondern auch der zerbrechenden seinem Leben widerstreben, hindern ihn die Widereroberung der Jugend. Ihre Maßlosigkeit ist ihnen ab.

Die Wirtschaftsverhandlungen in Rom.

Rom, 6. April.

Die österreichischen Delegierten besaßen sich heute, nachdem gestern der Austausch der Ziffern jener Exportartikel erfolgt war, die für Österreich und Italien von besonderem Interesse sind, mit der Sichtung des Materials im Sinne der Bestimmungen, wie sie Protokoll II und III vorsehen. Die einzelnen Warengruppen wurden insofern in Gruppen geordnet, als sie ohne weitere Diskussion verfahrensmäßig befunden wurden oder Grundlage weiterer Beratungen der Vertreter gleichartiger Industriezweige in beiden Staaten zu bilden haben oder aber für Kontingentbestimmungen in Frage kommen.

Ungarischerseits nahm heute auch Sektionschef Dr. v. Winckler zeitweise an den Arbeiten teil, die im harmonischen Zusammenwirken rasch vorwärts schreiten.

Ueber die Einzelinteressen hinaus zur Gemeinamkeit.

Heute fand im Niederösterreichischen Gewerbeverein die feierliche Ueberreichung der Ehrenpläne an Bundeskanzler Dr. Dollfuß und Vizekanzler Major Fey statt. Der zu diesem Zwecke einberufenen außerordentlichen Generalversammlung wohnten u. a. bei: Bundesminister Stodlanger, Staatssekretär Dr. Schindl, Landesbankpräsident Dr. Eder, Generalmajor Alois Kirchner in Vertretung des Bundesministers für Landesverteidigung, Kammerpräsident Streeruwitz, der niederländische Gesandte van Soeren und der belgische Gesandte Le Chat, der britische Konsul Taylor, Vizepräsident Dr. Seydel mit Vizepräsidenten Schulz u. v. a.

Präsident Bergart Dr. Böckler sagte in seiner Begrüßungsansprache u. a., daß der Niederösterreichische Gewerbeverein die höchste Pflicht erfülle, die Pflicht, Tatkraft zu beweisen. Im Auslande habe man sich kein Bild von der historischen Bedeutung der Gewerbevereine der letzten Wochen machen können. Erst jetzt wird deutlich, wie ihm und den anderen Teilnehmervereinen klar geworden, welche außerordentliche Tat von den verantwortlichen Männern der österreichischen Regierung geleistet worden ist. Es habe sich um die Befreiung von Jähren gehandelt, die uns jahrelang gehindert haben, uns wirklich zu entfalten. Der Gewerbeverein habe daher befohlen, die Männer, die die Exponenten dieser Leistungen sind, zu Ehrenmitgliedern zu ernennen.

Die ganze Versammlung spendete fürmischen Bei-

Der Linzer Gefangenhäusdirektor verhaftet.

Linz, 6. April.

Die Bundespolizeidirektion in Linz hat im Zuge der Erhebungen über die Flucht der ehemaligen Schulbuchführer Bernagel und Genossen sowie des Justizwachtmeisters Dobler und einiger Nationalsozialisten bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen, da der Fluchtplan auf größere Vorbereitungen schließen ließ.

Unter den Verhafteten befinden sich auch einige Justizwachbeamte, die als Geinungsgenossen Doblers bekannt waren. Auch der Leiter des landesgerichtlichen Gefangenenhauses in Linz, Gefangenhäusdirektor Ernst Sailer, dessen Sohn bereits wiederholt wegen verbotener Parteilichkeit bestraft worden war, wurde verhaftet.

Schließlich wurden auch mehrere Beamte und Bediente der Gefängnisse in Linz, die durch den Verhaftungsfall des Dobler mit ihren in Haft gewesenen und nunmehr flüchtigen Freunden in Verbindung standen und die Flucht gefördert haben. Die Erhebungen werden mit allem Nachdruck fortgesetzt. Die Meldungen verschiedener Blätter, wonach Bergart an einer seiner Einnahmen sein Eintreffen in Bayern telegraphisch bekanntgegeben habe, wurde bisher

amtlich nicht bestätigt. Sichergestellt erscheint aber, daß die Flüchtlinge in Passau gefangen wurden.

Zu den Zeitungsmeldungen über den angeblichen

Uebertritt Bernagels und Genossen zum Nationalsozialismus

ist bemerkenswert, daß Bernagel, der in der österreichischen Sozialdemokratie eine prominente Figur spielte, keinen Parteigenossen bis zu den Aufbruchstagen immer wieder das Schicksal der deutschen Sozialdemokraten vor Augen geführt und die gegen den Nationalsozialismus, wie er sich ausdrückte, aufgebracht hat. Bernagel war jener Schulbuchführer, der bekanntlich darauf war, daß schon sein Vater und sein Großvater Vermandtschaft im marxistischen Lager stand. Er selbst galt überall als ein fanatischer, aus der Schule Otto Bauers hervorgegangener Marxist, der jedes Kompromiß mit Parteigenossen in der eigenen Partei jederzeit auf das Schärfste verurteilte, ein Urteil, durch das er nun selbst gerichtet erscheint.

Ueber die verdrängte Fluchtbereitschaft des Justizwachbeamten Dobler ist das Urteil der Bevölkerung ausnahmslos vernichtend.

wird der Entwicklung, der Gruppierung und Bildung der einzelnen Berufsgruppen einen weiten Spielraum lassen und in der Gesetzgebung werden Formen festgelegt werden, in denen die Berufsgruppierung sich vollziehen wird. Das hiebei auf der Gewerbeverein mit Rat und Tat beihilft ist, ist meine Bitte, die ich heute an Sie richte. Täuschen wir uns nicht, es wäre vollkommen falsch, wenn jemand glaubt, daß die Tätigkeit der Berufsstände zu einem Nebeneinander oder gar zu einem Gegeneinander überlebensfähig führen wird.

Gerade beim künftigen Aufbau brauchen wir Menschen und Organisationen, die über die Einzelinteressen eines Berufes hinaus immer auch wieder die Gemeinamkeit betonen, und das nicht nur in den Spitzenzusammenschlüssen des öffentlichen Lebens oder der dazu gehörenden Körperschaften, sondern auch sonst im übrigen Leben möglichst vielfältig, ist mein Wunsch.

Dazu wird niemand mehr beitragen können, als eine Organisation, die wie die Ihre seit einem Jahrhundert wirkt.

Vizekanzler Major Fey, gleichfalls von Beifall begrüßt, erinnerte daran, daß er unmittelbar nach seiner Ernennung zum Staatssekretär für das

heißt es in dem Schreiben weiter: „Diese Erkenntnisse führen zu der Schlussfolgerung, daß der Staat vor der Notwendigkeit steht, der Ueberkapitalisierung und Ueberindustrialisierung entgegenzutreten und das Einzelunternehmen zu fördern, zu schützen und zu beschützen. Die Parole für die Zukunft in dieser Frage kann daher wohl nur lauten, für den kleinen Gewerbetreibenden und den kleinen Geschäftsmann Arbeit zu schaffen, damit die in großen arbeitlos gewordenen Kleinunternehmer und Arbeiter als Geschäftsteile und als Gewerbetreibende wieder ihre Existenz und ihr Lebensunterkommen finden können. Dadurch würden selbständige Kleinrentner neu geistigt werden, die den Fabrikbetrieben eine bedeutend größere Ausnutzung ihrer Kapazität ermöglichen. Außer diesen wirtschaftlichen Vorteilen würde die Schaffung kleiner selbständiger Existenzen auch höchst günstige moralische und ethische Wirkungen ausüben. Die Familienbildung und -erhaltung würde erleichtert, die Familie auf gesunde Grundlagen gestellt werden, während die Klassen-gegensätze gemildert und der politische Radikalismus abgemildert werden würde, alles Umstände, die das Selbstvertrauen der Bevölkerung befeuchten. Eine solche Entwicklung zum Besseren ist mein Wunsch für die Familien und Gewerbetreibenden Österreichs. Gebe Gott, daß es

Kein Wunder, daß alle Frauen von dieser neuen Seife so begeistert sind. Strahlend weiß die Seife und noch weißer die Wäsche. Diese Seife ist so rein, so mild, so schonend, daß sie für alles zu verwenden ist — für zarte Gewebe genau so gut wie für Körper und Hände.



W. S. O. 3-34

fall, als der Präsident dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler die Ehrenpläne überreichte.

Beifall begrüßt, erklärte hierauf Bundeskanzler Dr. Dollfuß u. a. Ich weiß, daß der Gewerbeverein in einer Zeit, in der die Trennung der Menschen in sogenannte Unternehmer und Proletariat eigentlich das allgemeine Ethos war, in einer Zeit, in der auch das öffentliche Leben und die Gesetzgebung von diesen falschen Grundgedanken aus die Dinge gesehen und behandelt hat, daß der Gewerbeverein die Gemeinamkeit der Interessen immer wieder betont und durch alljährliche Auszeichnung trauer Mitarbeiter auch öffentlich nach außen zur Schau getragen hat. Sie haben nicht nur die Anstalt, nicht nur das Gewerbe, nicht nur den Handel, sondern über alle Wirtschaftsgruppen hinaus alle Kreise, die für die Wirtschaft und die Zusammenarbeit der Interessen eintreten, immer herangezogen und damit ihren Mitgliedern, der Wirtschaft, dem österreichischen Volke und Staat in guter, meist besser Form geboten.

Nun stehen wir in einer neuen Zeit, in der wir für das Zusammenleben unseres Volkes neue Formen des öffentlichen Lebens erarbeiten. Ich habe wiederholt betont, daß schließlich mit den Reformulierungen nichts getan ist, wenn wir nicht wirklich die Erneuerung der Zeit vorsetzen.

daß der neue Geist und die neue Auffassung die Bevölkerung durchdringt.

Nur das kann die Grundlage sein, daß die Menschen bereit durch ihre Berufe aneinander gebunden, gegenseitig verpflichtet werden, und daß darüber hinaus auch in allen Dingen die Zusammenarbeit der Wirtschaftskräfte im Interesse der Gesamtheit wirklich gewährleistet werden muß. Wir werden in der neuen Form des Staates, in der für das, was bisher durch die Parteien befördert wurde, kein Platz mehr ist, in der die Parteien im Rahmen dieses Organismus keinen Weg finden können, in der die Berufstände die Gruppierung der Gesellschaft und Wirtschaft darstellen werden, wir werden bei diesem ständischen Neuaufbau besonders Wert darauf legen, daß wir wirklich verstanden werden, daß wirklich jeder in seinem Berufe und in seiner Berufsgruppe, so gut es kann, mitwirkt. Es ist selbstverständlich, daß wir die verschiedenen Organismen des wirtschaftlichen Organisationslebens für diesen Neuaufbau heranziehen wollen. Die Verfassung selbst

Sicherheitswesen in diesem Saal zwei Vorträge gehalten habe. In dem einen habe ich erklärt, daß die Regierung danach strebe, die Parteienwirtschaft aus der Welt zu schaffen und vor allem den Marxismus zu beseitigen. Was damals beinahe noch wie eine Utopie gelaufen habe, sei jetzt Wirklichkeit geworden. In dem zweiten Vortrage habe ich verdrängt, bezüglich der Sicherheitsinstitutionen und des Sicherheitswesens überhaupt Wandel zu schaffen, da es ein Ding der Unmöglichkeit sei, daß neben der staatlichen Macht eine Parteimacht bestehe, wie sie der Republikanische Schutzbund war. Auch dieses Versprechen sei gehalten worden. Wir haben Österreich und seine Wirtschaft aus diesem unmöglichen und unglücklichen Erbschein herausgeführt und es befreit. So wie wir in diesen zwei Punkten in der Vergangenheit unter Wort und unter Versprechen gehalten haben, so glaube ich wohl auch im Sinne des Herrn Bundeskanzlers sprechen zu können, wenn ich sage: Wir wollen unter Wort und in Zukunft halten. Wir versprechen nur das eine, daß wir den besten Willen haben zu helfen: dem Staat, der ganzen Bevölkerung, jedem einzelnen Berufsstand und damit selbstverständlich auch der Wirtschaft. Und auch in Zukunft wird in Zusammenhang mit diesem guten Willen dafür vorgeplant werden und vorgeplant sein, daß auch das Sicherheitswesen wie in der Vergangenheit allen Eventualitäten gewachsen ist, um eine freie Entwicklung und ein gelingendes Gedeihen der Wirtschaft und des Staates zu ermöglichen.

Im Anschluß daran hielt der Kultus der Kunst- und Sakristie des Stilles Klosterneuburg Dr. Wolfgang C. Bauer einen Nachbegrüßungsvortrag über „Die Stellung des Stilles Klosterneuburg im Kulturleben der österreichischen Heimat“.

Für die Schaffung selbständiger Existenzen.

Wie gelegentlich einer hofständischen Kundgebung der Union bürgerlicher Kreise und der Arbeiter- und Angestelltenunion im Saal „Der goldenen Angel“ vom Vizepräsidenten der Vereinigung Dr. Grienfeldt mitgeteilt wurde, hat die Union von ihrem Protektor Otto von Salsburg eine Kundgebung erhalten, worin es heißt:

„Wie liegen die Interessen eines jeden Standes der österreichischen Bevölkerung am Herzen, ganz besonders aber die Interessen jener, die am härtesten um ihre Existenz zu ringen haben.“ Nach einem Hinweis auf die Verwertung von Produktionsstätten und deren Folgen

mir vergönnt sei, selbst in der Heimat hiezu beizutragen.“ Präsidialrat Glöckner sprach dann über die notwendige Reform bei den Konsumvereinen. Präsidialrat Bodanzky befaßte sich mit der geplanten Veränderung der Gewerbesteuer; Sektionsleiter Witzthaler begründete die Maßnahmen der Regierung, welche die Arbeitsbeschaffung für Angehörige des Bauhandwerks in der Wege geleitet haben.

Wahrhafte des Zionistenführers an seine Glaubensgenossen.

In einer in Mariabühl-Neubau abgehaltenen Versammlung der (zionistischen) jüdischen Volkspartei sprach nach anderen Rednern auch der Parteiführer Oberbaurat Ing. Stricker, der, nachdem er auf die Zunahme des Antisemitismus selbst in Ländern, wo er bisher unbekannt gemein, wie in der Schweiz, in Irland, in Südafrika, verweisen konnte, nach dem Berichte der Korrespondenten des Volks- und Glaubensgenossen die folgenden beherzigenswerten Lehren für ihr Verhalten gab:

Wir müssen uns den anderen gegenüber aber richtig verhalten. Wir müssen die anderen genau so respektieren wie uns selbst. Wir brauchen nicht niedriger sein, haben aber auch nicht arrogant zu sein. Es ist nicht wahr, daß wir irgendeine Vortrefflichkeit gewonnen haben, daß wir es in irgendeiner Weise tüchtiger sind als die anderen. Wir sind genau so wie die anderen und haben uns daher nicht vor ihnen hinstellen, als wenn wir besser, weiser, geistvoller wären. Wir haben zu sagen, daß wir ein Recht zu leben haben unter denselben Bedingungen wie die anderen Bürger dieses Staates. Wir müssen aufhören, die anderen schuldig machen zu wollen. Wir haben uns auch nicht in die Angelegenheiten der anderen hineinzuweisen. Alle haben einen Anspruch darauf, daß sie gleiche Rechte haben, nicht mehr, nicht weniger. Was ist das für ein Recht? Das ist das Recht der Gleichheit. Wie die Katholiken ihre Katholizität nicht als Vorrecht ansehen, so auch wir unsere jüdische Herkunft nicht als Vorrecht. Wir haben keinen Kampf für die freie Welt zu führen. Wie die Katholiken ihre Katholizität nicht als Vorrecht ansehen, so auch wir unsere jüdische Herkunft nicht als Vorrecht. Wir haben keinen Kampf für die freie Welt zu führen.

Alle Redner in der Versammlung forderten zum organisatorischen Zusammenhelfen der Juden zur Vertretung ihrer staatsbürgerlichen Rechte auf.

London will ein Militärbündnis mit Aegypten.

Sairo, 10.änner. (Reuter.)

Der britische Oberkommandeur Lampson setzt seine Besprechungen mit den Führern der Einheitsfront über die künftigen Beziehungen zwischen England und Ägypten fort. Die Stimmung scheint sich gebessert zu haben. Nach glaubwürdigen Quellen habe Lampson die Bildung der einheitsfrontigen Gattelle beurteilt und die Hoffnung ausgedrückt, daß sie zum Wohle des Landes bestehen bleibe. Er soll auch versichert haben, daß England den Vertrag vom Jahre 1936 zugunsten Englands unterzeichnen wüßte. Auch die militärischen Bestimmungen sollen unter dem Gesichtspunkt der internationalen Lage besprochen worden sein. Alle Fragen bezüglich der britischen Truppenstärke und des Kontingents an Fliegertreppern zur Sicherheit Ägyptens verlangen mit Rücksicht auf den italienisch-ägyptischen Konflikt eine aufmerksame Prüfung und England wäre sehr dafür, daß die ägyptischen Führer ihre Haltung in diesen Fragen klar umschreiben.

29. Kairo, 10. Jänner.

Der Vertragsentwurf von 1930 begrenzt die eng-

lischen Streitkräfte in Ägypten mit 8000 Mann und beschränkt sie zudem auf die Kanakzone. Nach englischer Auffassung würde eine solche Regelung heute weder den englischen noch den ägyptischen Interessen entsprechen, wobei besonders darauf hingewiesen wird, daß die Aufstellung einer den Bedürfnissen genügenden ägyptischen Armee nicht nur lange Zeit in Anspruch nehmen würde, sondern auch sehr große Summen verschlingen müßte.

Unter diesen Umständen scheint die englische Regierung ihre Zustimmung zum Vertragstauschwort von 1930 vom Abschluß eines englisch-ägyptischen Militärbündnisses abhängig machen zu wollen, wobei es späteren Verhandlungen überlassen bleiben soll, die Stärke der in Ägypten zurückbleibenden englischen „Bundesgruppen“ festzusetzen.

Wie unterrichtete Kreise erklären, ist, so lange die gegenwärtige Krise anhält, unter keinen Umständen mit einer Zurücknahme der zur Zeit in Aegypten stationierten englischen Land-, See- und Luftstreitkräfte zu rechnen.

Um das Heilige Land.

Wien, am 10. Jänner

Es sind gegenwärtig Entwicklungen im Auge, die kereien für die Palästina-Entscheidungen vor, die im gleichem Maße, wenn auch für günstig vertriehen gelagerte Interessenführern, Katholiken und Juden angehen. Western tagen in Wien drei jüdische Massenverammlungen, die dem Protest gegen den Plan der britischen Mandatskommission galten, ein Parlament für Palästina zu errichten. Die Redner ließen es an der Schärfe nicht fehlen: Der Bevölkerung der Araber, die unter jähzähliger Verfolgung durch die jüdische Kolonialpolitik zu leiden hätten, wurde die Unterstützung widerproche dem Sinn des Völkermandates, das England erhalten und das eine Heimstätte für alle Juden verschaffen habe. Palästina dürfe kein Schachstein für englische Politik werden. Ein Sprecher bezeichnete die Ansicht auf ein Parlament in Palästina als eine Katastrophe; wie England kein Mandat bestelle, zeigten jene Kriegsschiffe vor Haifa, und ein anderer, der die Kolonialpolitik als die bisherige jüdische Widerbegegnung und erhoffte Majorität proklamierend, von „Kassernenrednern“ auf Eigenbedarf, gegen den die Wiener Diskussion geltend gemacht werden dürfe.

Es ist noch konfessionelles Vorurteil, das öftentliches Mißtrauen gegen die österreichischen Katholen bewegt, rassistische Mode in einer Umgebung, bei der auch der Kardinal-Erzbischof von Wien sprechen wird, gleichfalls zu den Gefaltungen in Bolafina Stellung zu nehmen. Nicht so sehr das rasche Steigen der jüdischen Einwohnerzahl in Bolafina, die in den letzten beiden Jahren Vierundsechzigtausend erreicht hat, als vielmehr die verelende Anwartschaft, die sich der kleinen katholischen Minderheit gegenüber immer härter bemerkbar macht, erregt tieferen Vorstellungen von dem nicht kommenden und Sorgen um die Benennung der traditionellen katholischen Bolafina. Die kleine katholische Bevölkerung des Welt als beständig sinkend wurde. Man kann sich heute auf Grund der gemachten Erfahrungen leider keinem Zweifel mehr darüber hingeben, wie tief begründet diese Sorgen sind, denen jetzt die Katholiken in aller Welt Ausdruck finden.

Wir veröffentlichen vor Weihnachten eine Darstellung der Lage der Katholiken in Palästina, die daran erinnert, daß das internationale katholische Komitee zur Bereinigung der katholischen Ämter in Palästina das in Brüssel seinen Sitz habende Völkerrecht als seine Grundlage in Betracht zieht. Es ist bekannt, daß die trotz der komplizierten Situation im Lande einen möglichst unparteiischen Standpunkt einnehmen, wohl aber gerne gewünscht, daß die Völkerröcht im eigenen Interesse eine Erklärung abgebe, durch welche die den Katholiken Palästinas traditionell zustehenden Rechte offiziell anerkannt werden. Der konkrete Wunsch der katholischen Welt ist, daß durch Approbation des Völkerröchtes diese feierliche Anerkennung der alten Privilegien der Katholiken im Heiligen Lande dem Völkerröcht einverleibt werde. Die stürmischen politischen Vorgänge in Palästina und die bevorstehende Einrückung einer parlamentarischen Vertretung geben diesem Wunsch Dringlichkeit.

Die Ausführungen unseres Vattes fanden auch in der jüdischen Presse des In- und Auslandes viel Beachtung. Ein führendes jüdisches Blatt des Auslandes bemerkte unter wörtlicher Zitiierung unserer Stellungnahme, daß von jüdischer Seite gegen die Garantie der katholischen und sonstigen christlichen Rechte und gegen ein Exterritorialrecht der christlichen heiligen Stätten nichts einzuwenden ist. Das war erfreulich und erlöschte das erste Anzeichen einer befriedigenden Auseinandersetzung zu sein.

Zoch mir befehlen eine Ueberzählung. Bereits in der Vorwoche veröffentlichte das Wiener Organ des österreichischen Führers der Jugendpartei, des gewesenen Nationalrates Strider, eine Liste, die den Aufmarsch der „Reichspol“ als unbegrenzten „Mammr“ bezeichnet, deren den „Reichspolstriden“ föhre, eine Auslegung, der heutigen jenes Organ eine Meldung, in der Londoner Korrespondenten zu lesen ist, daß die Welt, in der politischen Freiheit zu wachen, die Angriffe, die die Wiener „Reichspol“ auf die katholischen österreichischen Regierungsräte geleitet, gegen die englische Palästinarenierung große Woffnung haben hervorgerufen; man glaube, daß diese Angriffe von einer Seite kommen, die daran interessiert ist, in Palästina

Neue Politik Englands im Fernen Osten.

London, 10. Jänner. (Reuter.)

Mit Bezug auf die Flottenkonferenz, wird hervorgehoben, daß das Aussehen der Japaner erstens eine Neuorientierung der britischen Politik im Fernen Osten, zweitens eine englisch-amerikanische Annäherung in ihrer fernöstlichen Politik und drittens das Aufheben der Anelei des Washingtoner Vertrages, betreffend die Nichtbesetzung, herbeiführen könnte. Der letzte Punkt könnte auf die britische und die amerikanische Flottenpolitik eine bedeutende Wirkung haben. Die Flotte des Großreiches, wenn sie sich zu vergrößern beginnt, wird die Flotten der Vereinigten Staaten, eine Flottenbasis auf den Philippinen zu errichten.

Stollentanzergesamt geneigt seien, den japanischen Plan neuerlich zu prüfen. Die italienischen und die französischen Delegierten haben bis jetzt keinerlei Andeutungen gemacht, daß sie dazugegen Einwände erheben. Es scheint daher fast sicher zu sein, daß die Japaner in der Sitzung am Montag die Frage neuerlich zur Debatte stellen werden und dort einen Ergänzungsplan vorlegen wollen, nachdem sie Verifikationen innerhalb derer gewisse japanische Gräber in verschiedenen Gräbern der Erdumbarkeit der einzelnen Mächte vorzunehmen haben.

Indessen meint man zu der Ansicht, daß dieser Vorschlag wenig geeignet ist, den Grundsat der gemeinsamen oberen Küstungsgrenze den übrigen Mächten annehmbar zu machen. Man zieht daraus den Schluß, daß ein Ausscheiden Japans aus der Konferenz binnen wenigen Tagen unvermeidlich ist und daß dann Deutschland und Rußland eingeladen werden könnten, an den Besprechungen, betreffend die qualitative Begrenzung der Seeeröffnungen, teilzunehmen.

Ein japanischer „Ergänzungsplan“ auf der Flottenkonferenz.

London, 10. Jänner. (Reuter.)

Bei einem Dejeuner, an dem Außenminister Eden teilnahm, versicherte diesem Norman Davis, daß die amerikanischen Delegierten auf der

Die Brager Reise des Bundes- kanzlers.

Drahtbericht der „Reichspost“.

Prag, 10. Jänner

Da die Prager Reise des österreichischen Bundeskanzlers streng privaten Charakter trägt, so ist man hier in dem dadurch gegebenen Rahmen befreit, zu zeigen, wie sehr man die Persönlichkeit des österreichischen Staatsmannes schätzt.

Im Namen der tschechoslowakischen Regierung wird Bundeskanzler Dr. Schuschnigg bei seiner Ankunft von dem Gefandten und bevollmächtigten Minister Dr. Krofta begrüßt werden. Am Tage des Vortrages des Kanzlers, der am 16. d. im Industriellenklub stattfindet, wird anschließend in den Räumen des Autoklubs ein Raut stattfinden.

Am nächsten Tage, für den der Kanzler Besuche bei Ministerpräsident Dr. Hodza, Kardinal-Erzbischof Dr. Kaspar und Staatspräsident Dr. Venes in Aussicht genommen hat, wird von seiten des Staatspräsidenten zu Ehren des österreichischen Gastes ein Frühstück und von seiten des Ministerpräsidenten Doktor Hodza ein Diner gegeben.

Berichterstattung Chambruns an Laval.

Paris, 10. Jänner. (Sabaz.)

Ministerpräsident Laval empfing heute den französischen Botschafter in Rom Chamberlain und sodann

die Führer der „Vereinigung von Frontkämpfern Frankreichs und Italiens“, die gekommen waren, um ihm ihr Vertrauen in die von der französischen Regierung verfolgte Politik auszusprechen.

Verlängerung des Gesetzes über den Stabilisierungsfonds in USA.

Washington, 10. Jänner. (Reuter.)

Eine Proclamation des Präsidenten Roosevelt verlängert jenen Teil des Gesetzes, betreffend die Goldreserve, der die Errichtung eines Stabilisierungsfonds vorsieht und am 29. Jänner erlischt, um ein Jahr. Als man den Präsidenten fragte, ob ihm dadurch die Macht gegeben werde, den Dollar abzuwerten, wies Roosevelt die Fragesteller an den Attorney General.

Die Wallstreet legt diese Proklamation im Sinne einer Ausdehnung der Vollmachten des Präsidenten in dieser Beziehung aus.

Ein folgenschwerer Beschluss.

Washington, 10. Jänner. (Neuter.)

Das Repräsentantenhaus hat mit erdrückender Mehrheit den Gesetzentwurf angenommen, der die sofortige Zahlung eines Bonus in Bargeld an 3½ Millionen ehemalige Soldaten vorsieht. Diese Zahlung würde eine Ausgabe von ein bis zwei Milliarden Dollar mit sich bringen.

Fernsprecher A 23-5-45 Serie

Reichspost

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk

Monatsbezugspreis:
 Für Tschechoslowakei (Postsparkassen-
 Konto 30.656) S. 8 5—
 Ungarn (Postsparkassenkonto) S. 8 5—
 Deutschland (Postcheckkonto
 München 53.325) S. 8 50
 derzeit M 2-60
 Hebräisches Ausland
 S. 7—

Anzeigenannahme:
 Wien, I., Schülerstraße 11,
 Wohnung 16.
 Fernsprecher R 29-5-50 Serie

Mr. 65

Wien, Montag, den 7. März 1938

45. Sabreano

Die im redaktionellen Texte enthaltenen entgeltlichen Mitteilungen sind durch ein vorgezeichnetes + gekennzeichnet.

LA. London, 7. März.

Die heutigen Morgenblätter werden im Zusammenhang mit dem Beginn der englisch-italienischen Gespräche darüber, daß sich bei dem für Mittwoch zu erwartenden Besuch des italienischen Ministers v. Ribbentrop in London nicht bloß eine formenlose Abschiedsbesuch des früheren deutschen Botschafters am Hofe von St. James handle, sondern daß der Besuch Ribbentrops der ersten Schritt zu einer künftigen englichen Verfügbarmachung darstelle, der eine Lösung aller Fragen zwischen den beiden Ländern in erhebenden Fragen zum Gegenstand haben werde.

Allgemein vermutet man hier, daß der Reichskanzler in seiner jüngsten Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir Neville Henderson zum Ausdruck ge-

bracht habe, daß Deutschland die Fortsetzung des von Lord Salisbury eingeleiteten Meinungsaustausches lieber in Gesprächen, die sich durch die üblichen diplomatischen Kanäle abwickeln, sehen würde, als etwa durch die gegenseitige Entsendung von Kabinettsmitgliedern, die direkt mit der betreffenden Regierung die Fühlungnahme einleitet.

Reichsaussenminister v. Ribbentrop werde nach London kommen, um den Boden für die Gespräche zu ebnen, wobei er den Wunsch des Reichsführers nach einer vorläufigen Klärung der zukünftigen Haltung der englischen Presse zum Ausdruck bringen werde. Obgleich sich der englische Ministerpräsident gegen jede Unterbrechung von Kommentaren in der englischen Presse werde, so hoffe man in London doch, daß es möglich sein werde, einen Weg zur Einigung zu finden.

Putscheng-Eisenbahn besetzen konnten, ihren Vorräth fortgesetzt und begonnen, die chinesischen Streitkräfte allmählich in die Südwestecke der Provinz Schansi abzu-
drängen.

Kämpfe in der nordchinesischen Wüste.

Sanlau, 6. Māra. (Sava

An der Grenze der Inneren Mongolei ist ein Kampf entbrannt. Die Meldungen besagen, daß die Japaner einen Einbruch in die Provinzen Ninghsia und Kansu von ihrem Stützpunkt Pao-tu aus vorberitten.

Gestern unternahmen achtzehn japanische Flugzeuge einen Angriff auf den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Tschengtschau. Nach chinesischen Meldungen mußten fünf Flugzeuge beschädigt niedergehen, eines wurde abgeschossen.

Ein unteilbares Ganzes.

223 i e n. am 7. 2023

Die kostende Unsicherheit hat ein Ende, die Zweifel sind gebannt. Nunmehr, nach den abschließenden Mitteilungen der Bundesminister Seyß-Inquart und Bernatzki, besteht volle Klarheit darüber, wie der Österreich nach dem „deutschen Frieden“, auf Grund der von beiden deutschen Staatsführern in ihrer gründlichen Aussprache am Oberloisberg getroffenen Vereinbarungen, sein politisches Verhalten einzurichten hat.

Der Wille, nun, wie sich die Zusammenkunft in der BZ gestalten soll. Wir wissen, was auf Grund der Vereinbarungen vom 12. Februar „dem nach seiner Auf-
fassung und Weltanschauung nationalsozialistisch denkenden Teil“ unserer Bevölkerung künftig erlaubt ist und was nach wie vor untersagt bleibt. Die Grenzen sind unverschiebbar scharf gezogen. Alle die tapferen Verteidiger Deutschlands und seiner Eigenstaatlichkeit in den Jahren des Bruderkampfes sind von der Sorge befreit, daß viele in den letzten Wochen bedrückt haben mag, daß der Mangel klarer, fester Richtlinien den bisher so sorgsam behüteten stolzbaren Charakter noch neuerlich in Gefahr bringen könnte, denn nun sind diese heisererlehnten hand-
festen Richtlinien da. Keiner tappt mehr im Dunkeln. Jeder kann dem Befehl finden ein Zweifel, treuer der Parteihaftigkeit nicht Anlaß zu nehmen braucht, und wo die Möglichkeit beginnt, sie jedoch zu weichen rufen.
Die Weiche wird künftig viel fruchtbarer sein als geschehen können, weil die Möglichkeit seit Verschiedenem auch viel übleren Charakter erhalten hat. Sie ist nicht mehr eine Aufhebung gegen Duldungs-Deutscher allein, sie ist Aufhebung gegen beide deutsche Staaten, gegen die gesamte deutsche Volk, gegen die Autorität sowohl der österreichischen Staats- wie der deutschen Reichs- und der mit ihr identischen nationalsozialistischen Parteiführung. Die Möglichkeit nach dem 12. Februar ist nicht mehr von Österreich allein verweist, sie ist es auch und muß es sein von allen Deutschen außerhalb der österreichischen Grenzen, von allen, die der Fahne des Dritten Reiches verpflichtet sind. Jeder würdige Bekenner der nationalen sozialistischen Weltanschauung und Anhänger ihres Führers muß künftig mit uns die Möglichkeit, das ist die Voraussetzung gegen das gemeinsame Werk des Deutschen Reiches und des österreichischen Bundeskanzlers, beschaffen und weiterführen trachten. Denn es soll nicht mehr Streit und Verwirrung herrschen, nicht mehr Sabotage und unterirdische Mährerei, sondern es soll allenthalben nur deutscher Friede sein. So wurde am Oberelsberg von den beiden deutschen Staatsführern, von denen der eine zugleich Führer jener Partei ist, deren Auffassung und Weltanschauung von den bisherigen Opponenten gegen den österreichischen Staat geteilt werden vereinbart, Punkt für Punkt festgelegt und mit deutschem Pannschloß bekräftigt. Und „fürwahr, es muß die Welt vergehen, vergeht das feste Männerwort.“

Vieleicht war es die Wahrnehmung, daß am Samstag bei der Ansprache des Innenministers an die im Linger Redoutensaal versammelten Nationalsozialisten die sonst Güt für Göt behandelnden Zustimmungsforderungen recht förmlich wurden, ja völlig aussetzten, als der Bundesminister nach der Aufzählung befehl, was künftig gefordert ist und was dem österreichischen Nationalsozialismus an Brüdern des deutschen Friedens in den Göt fällt, auch auf die Pflichten, die aus der Erfüllung sein werden, und auf die Verdor, die stresse aus beachtet sein werden, zu sprechen kam. Vielleicht war es die Wahrnehmung, die den Generalretirer der

Lösung der Judenfrage in Ungarn?

Subbest. 7. Möra. (1925.)

Staltus- und Unternehmungskonzepte von Romanen erweiterte in einer Note im Zentes das Arbeitsprogramm der ungarischen Regierung für die nächsten Jahre, und drückte dann über die Judenfrage. Er verurteilte darauf, daß das Judentum in Ungarn zu unverhältnismäßigem Einfluß und Beteiligung auf dem Gebiete der Wirtschaft, aber auch des kulturellen Lebens und in der Presse gelangt ist, wobei bei einzelnen Juden, so ganz besonders bei jenen, die in der letzten Zeit erst eingewandert seien, sich Weltanschauungen feststellen ließen, die dem ungarischen Volk fremd seien und auch immer bleiben würden. Die Teilnahme dieser Elemente an gewissen ungarischen Angelegenheiten, die zu Veräglichkeiten geführt, so daß ein Interesse der seit langem hier anwesenden Juden liege, daß diese Frage gelöst werde.

An gewaltsame Mittel dürfe dabei nicht gedacht werden. Sie begnügen uns, sagte der Minister, mit den geschäftlichen Mitteln zur Lösung dieser Frage. Die christliche ungarische Jugend soll durch eine entsprechende Erziehung konfessionsfähig gemacht und mit entsprechender Unterweisung in das Wirtschaftsleben eingeführt werden. Ferner soll das illegale, eingefriedete und unerwünschte Judentum entfernt und die neuerliche Einwanderung solcher Elemente verhindert werden. Schließlich — und dies ist eine Aufgabe des Judentums selbst — sollen die Juden dazu erzogen werden, sich der allgemeinen nationalen Auffassung anzupassen und alle jene Elemente aus ihrer Gemeinschaft auszuscheiden, die sich der allgemeinen nationalen Auffassung und dem allgemeinen Geist entgegenstellen.

Genugtuung über die Erklärungen Daranhis.

Subneft. 6. Möra. (M33.)

Die ganze ungarische Presse begrüßt mit einer mächtigen Begeisterung die große Rede des Ministerpräsidenten. Die Wärier sehen insbesondere die Festflügel über die Zukunft der ungarischen nationalen Kräfte, das unbezweigte Festhalten an der tausendjährigen ungarischen Verfassung, die Ablehnung aller extremistischen Gedanken sowie die Feststellung hervor, daß das Fundament der Regierungspolitik die innere Ruhe und der äußere Frieden sei. Vor diesem Frieden wolle auch der angestrebte Ausbau der Landesverteidigung dienen, den die ganze ungarische Nation als unerlässliche Notwendigkeit empfindet und wofür sie kein Opfer scheut.

Das Regierungsblatt „Budapesti Hirlap“ schreibt, Ungarn werde sich am Betrügen auch in Zukunft nicht beteiligen. Der Ausbau der Landesverteidigung verfolge überhaupt keine aggressiven, sondern lediglich defensive Ziele. Die Regierung wolle die Verteidigung des Landes nicht durch Betrügen,

sondern durch Eliminierung sozialer und wirtschaftlicher Mißverhältnisse sichern.

Der bürgerlich oppositionelle „Magyarzág“ betont, daß die Ausführungen des Ministerpräsidenten die ungeteilte Zustimmung des ganzen Landes fanden. Sie standen in vollem Einklang mit allen Forderungen der Landesverteidigung und, waren auch außenpolitisch wie wirtschaftlich beruhigend.

Zustimmung in Deutschland.

Berlin, 6. März.

Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Daranyi wird in der deutschen Presse ausführlich veröffentlicht und, so weit Kommentare vorliegen, freundlich und mit Verständnis für die berechtigten ungarischen Lebensinteressen aufgenommen. Große Beachtung findet auch die Verlobung eines außerordentlichen Botschaftersprogrammats. Die „Berliner Börsenzeitung“ schreibt: „Ungar hat zu seinen Entschärfen die vollen Sympathien Deutschlands auf seiner Seite“.

Der polnische Außenminister in Rom.

Nov, 7. Wed.

Zu den bevorstehenden Besprechungen des vormaligen Außenministers Graf mit Mussolini und Außenminister Graf Ciano schreibt „Popolo d'Italia“, der Besuch Bras habe ein besonderes wichtiges Ereignis für die neue Politik der Zusammenarbeit in Europa. Die Gerundschaft zwischen Italien und Polen, die durch den Besuch noch inniger und wirksamer gestaltet werde, stütze sich auf die gemeinsame Kultur, auf das Gefühl politischer Gegenseite, auf die Uebereinstimmung der natürlichen Interessen sowie auf den Wunsch nach Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen.

Außenminister Deß ist Sonntag um 19 Uhr 30 in Rom angekommen. Er wurde im Bahnhof von Außenminister Ciano und zahlreichen Persönlichkeiten

begrüßt. Der Bahnhof und die Nachbarstraßen waren in den polnischen und italienischen Farben beflaggt. Eine Grenadierabteilung leistete die Ehrenbeziehung und eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte den Minister beim Verlassen des Bahnhofes.

Der Gelbe Fluß von den Japanern in Schanfi überschritten.

LN. Schanghai, 7. März

Die japanischen Truppenverbände haben auf ihrem Marsch gegen die Provinz Schansi bei Hotjichu den Gelben Fluß überquert. Hotjichu liegt rund 500 Kilometer nördlich des Punktes, an dem der Gelbe Fluß von der Nord-Südrichtung in die West-Ostrichtung übergeht.

In der Provinz Schansi haben die japanischen Truppen, die Samstag Linjona und Kuma an der

Abstract

Das Ziel der Arbeit soll sein, das Ausmaß und die Form judenfeindlicher Vorurteile und antisemitische Inhalte sowie sprachliche Realisierungsformen in der Berichterstattung der *Reichspost* in den Jahren 1933 bis 1938 aufzeigen. Die Analyse soll veranschaulichen, wie sehr Judenfeindlichkeit im öffentlichen Diskurs und im Alltagsdiskurs integriert war und wie selbstverständlich judenfeindliche Äußerungen vielfach in den Berichten zu finden sind. Da Antisemitismus in Österreich sowie die Verharmlosung der NS-Vergangenheit auch heute noch eine große Rolle spielen, war es mir sehr wichtig, das Thema für meine Arbeit aufzugreifen, um zu zeigen, dass es viele subtile Formen und sprachliche Realisierungsmöglichkeiten von Antisemitismus gibt, die auch schon vor der NS-Zeit in der Medienlandschaft und im politischen Alltag des „Ständestaats“ vertreten war und definitiv zu einer Beeinflussung der Gesellschaft und schließlich zur Vernichtung der Juden einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. In meiner Arbeit orientiere ich mich an dem Konzept der diskurshistorischen Textanalyse der Wiener Schule. Der behandelte geschichtliche Aspekt soll dabei in der Analyse und den Diskursen Berücksichtigung finden und zeigt, wie sehr Judenfeindlichkeit in der Gesellschaft und in den Medien bereits integriert war und in Österreich bereits längere Tradition besaß.